

115. Sitzung

Mittwoch, den 24.04.2013

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Emde, CDU	11014
Blehschmidt, DIE LINKE	11014
Berninger, DIE LINKE	11014

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Die Zukunft findet man nicht in der Picardie'? - die Bedeutung der Regionalpartnerschaften für die Zukunft Thüringens in Europa“ 11015

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5936 -

Bergner, FDP	11015
Bergemann, CDU	11016
Kubitzki, DIE LINKE	11017
Mühlbauer, SPD	11018, 11019
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11019, 11020

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei	11020
---	-------

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Zukunft 2020 - Impulse für eine moderne Wirtschafts-, Arbeits- und Energiepolitik in Thüringen“	11021
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/5945 -	
Lemb, SPD	11021, 11022, 11022, 11022
Leukefeld, DIE LINKE	11023, 11024
Heym, CDU	11024, 11025, 11033
Siegismund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11025, 11026, 11026, 11034
Kemmerich, FDP	11026, 11027
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	11027, 11032
Barth, FDP	11032
Ramelow, DIE LINKE	11033, 11034, 11034
c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Steuerflucht und Steuerhinterziehung bekämpfen - Thüringens Landeshaushalt stärken“	11035
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/5971 -	
Kuschel, DIE LINKE	11035, 11036, 11036
Lehmann, CDU	11036, 11037
Dr. Pidde, SPD	11037, 11038
Barth, FDP	11039, 11040
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11040
Dr. Voß, Finanzminister	11041
d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Verkehrssicher fahren - ein Leben lang“	11044
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/5994 -	

Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11044
Tasch, CDU	11045
Dr. Lukin, DIE LINKE	11046, 11047
Doht, SPD	11047
Untermann, FDP	11048
Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr	11049

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Rechtsextremistische Netzwerke auch in Thüringer Gefängnissen?“ 11051

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5996 -

Aussprache

Fiedler, CDU	11051
Berninger, DIE LINKE	11052, 11053
Marx, SPD	11053
Bergner, FDP	11054
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11055
Dr. Poppenhäger, Justizminister	11056

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen (Gesetz zur Stärkung der Personalvertretung im öffentlichen Dienst) 11058

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 5/5837 -
ZWEITE und DRITTE BERATUNG

Die ZWEITE BERATUNG findet statt.

Die erneut beantragte Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innenausschuss sowie den Justiz- und Verfassungsausschuss wird jeweils abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird in DRITTER BERATUNG abgelehnt.

Bergner, FDP	11058
Hey, SPD	11058
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11059
Gumprecht, CDU	11060
Renner, DIE LINKE	11060
Geibert, Innenminister	11063

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Groß, Günther, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauß, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzel, Worm, Wucherpfennig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Hellmann, Hennig, Jung, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Möller, Nothnagel, Ramelow, Renner, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Machnig, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 14.01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüÙe auch die Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen Herr Abgeordneter Kellner. Die Rednerliste führt Frau Abgeordnete Hennig.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Gentzel, Herr Abgeordneter Metz, Herr Abgeordneter Recknagel, Herr Abgeordneter Hausold, Herr Abgeordneter Huster und Herr Abgeordneter Kalich.

Gestatten Sie mir folgende allgemeine Hinweise: Die CDU-Fraktion hat mich darüber unterrichtet, dass ein Mitarbeiter der Fraktion in den Plenarsitzungen am Mittwoch, Donnerstag und Freitag von der dafür vorgesehenen Fläche im Plenarsaal Foto- und Filmaufnahmen der Abgeordneten der CDU-Fraktion fertigen will. Gemäß Ältestenratsbeschluss vom 15. Dezember 2009 ist dazu keine Genehmigung, sondern lediglich die Unterrichtung der Präsidentin erforderlich. Die Parlamentarischen Geschäftsführer wurden darüber informiert.

Der mediative Thüringen e.V., ein Zusammenschluss von Akteuren des Gesundheitswesens, hat für heute zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, der am Ende der Plenarsitzung gegen 19.00 Uhr beginnen soll.

(Beifall CDU)

Bis 15.15 Uhr verfolgen die Teilnehmer des Schülerparlaments, die im Rahmen des Jahres der Verfassung in Kürze bei uns tagen werden, heute im Rahmen einer Vorbereitungsveranstaltung auf der Tribüne unsere Sitzung. Ich heiÙe die jungen Damen und Herren recht herzlich willkommen.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, folgende Hinweise zur Tagesordnung: Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 31, Beratung der GroÙen Anfrage „Berufsakademien, Hochschulen und Hochschulentwicklung in Thüringen“ in den Plenarsitzungen auf jeden Fall aufzurufen.

Darüber hinaus regt der Ältestenrat an, zum Tagesordnungspunkt 1, „Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen“, im Anschluss an die zweite Beratung, sofern keine Ausschussüberweisung beschlossen wird, gleich die dritte Beratung durchzuführen. Wird dem widersprochen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann

würden wir das noch mal abstimmen. Wer dafür ist, dass wir, sofern keine Ausschussüberweisung beschlossen wird, nach der zweiten Beratung gleich die dritte machen, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt 2 hat die Drucksachenummer 5/5995. Zu Tagesordnungspunkt 3 wurde ein Änderungsantrag in der Drucksache 5/6004 und ein Entschließungsantrag in der Drucksache 5/6005 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verteilt.

Der angekündigte Antrag zu Tagesordnungspunkt 9 wurde als ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der SPD unter dem Titel „Bosch-Arbeitsplätze in Arnstadt erhalten“ in der Drucksache 5/5977 eingereicht. Hierzu wurde ein Alternativantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/6002 verteilt.

Die Beschlussempfehlungen zu den Tagesordnungspunkten 10 a und 10 b haben die Drucksachenummern 5/5972 und 5/5973. Die Berichterstattung für Abgeordneten Huster übernimmt Herr Abgeordneter Kowalleck.

Der Tagesordnungspunkt 21, „Abschiebestopp von Roma, Ashkali und Ägyptern in die Staaten der Balkanhalbinsel verlängern“ in Drucksache 5/5878 wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen.

Zu Tagesordnungspunkt 34, der Fragestunde, kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/5952/5957/5964/5970/5974/5975/5976 und 5/5978 bis 5/5982 hinzu.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, neben den bereits zu den letzten Plenarsitzungen angekündigten Sofortberichten zu den Tagesordnungspunkten 12, 14, 15, 16 und 19 auch zu den Tagesordnungspunkten 28 und 30 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Es gibt den Hinweis, dass der Gesetzentwurf zu TOP 5, „Thüringer Gesetz zu dem Finanzvermögen-Staatsvertrag“, in der Drucksache 5/5946 im Anschluss an die erste Beratung gleich in der zweiten Beratung durchzuführen ist. Falls dieser Hinweis stimmt, frage ich noch mal den Parlamentarischen Geschäftsführer: Ist dem so?

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Wir beantragen das.)

Sie beantragen das, die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Dann würden wir darüber abstimmen, sofern keine Ausschussüberweisung beantragt und beschlossen wird, gleich nach der ersten Beratung die zweite Beratung hier vorzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzei-

(Präsidentin Diezel)

chen. Das sind die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? Es enthalten sich die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag beschlossen.

Gibt es weitere Anträge zur Tagesordnung? Herr Abgeordneter Emde, bitte.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, ich möchte beantragen, den Tagesordnungspunkt 13, „Für einen zielgerichteten und ausgewogenen EU-Haushalt“, am Donnerstag auf jeden Fall aufzurufen mit der Begründung, weil Frau Ministerin Walsmann am Freitag zu einem dringenden Termin in Berlin sein muss. Deshalb würden wir gern den Punkt nach vorn ziehen.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Weitere Anträge? Herr Abgeordneter Blechschmidt, bitte schön.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Aufgrund der Tatsache, dass in der letzten Plenarsitzung der jetzige Tagesordnungspunkt 15 durch die Mehrheit nicht politisch debattiert werden wollte und die entsprechenden Entscheidungen auf Bundesebene gelaufen sind, ziehe ich namens meiner Fraktion diesen Tagesordnungspunkt zurück.

Zum Zweiten möchten wir gern den Tagesordnungspunkt 23, „Diskriminierungsfreie Residenzpflichtverordnung für Asylsuchende und Geduldete“, auf alle Fälle am Freitag beraten haben. Die damit verbundene Dringlichkeit würde die Kollegin Berninger dem Hohen Haus begründen. Danke schön.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Gibt es weitere Anträge zur Tagesordnung? Das sehe ich nicht.

Dann kommen wir als Erstes zum CDU-Antrag, Tagesordnungspunkt 13 am Donnerstag auf jeden Fall zu beraten. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? Da sehe ich keine Stimmen. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion der LINKEN. Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 15 ist zurückgezogen.

Wir kommen zur Abstimmung, TOP 23 auf jeden Fall am Freitag zu beraten. Die Begründung für die Dringlichkeit gibt die Frau Abgeordnete Berninger.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich habe mir schon gedacht, dass Sie die „Darbietung“ nicht vergessen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erst recht, da die Landesregierung nun signalisiert hat, dass es zum Tagesordnungspunkt 23 keinen Sofortbericht geben wird, wollen wir, dass dieser Tagesordnungspunkt aber auf jeden Fall noch jetzt im April-Plenum beraten und behandelt wird. Der Landtag hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU und SPD im Dezember einen Beschluss gefasst in Drucksache 5/5390, in dem die Landesregierung beauftragt wurde, bis Ende März die derzeit geltenden Regelungen zur Residenzpflicht in Thüringen zu evaluieren,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Hört, hört!)

einer Prüfung zu unterziehen und dem Kabinett einen Vorschlag für künftige Regelungen zu unterbreiten. Inzwischen hat das Innenministerium -

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Die Menschen warten darauf.)

- die Menschen warten darauf - mittlerweile angekündigt, dass es nicht in der Lage gewesen ist, einen Vorschlag zu unterbreiten. Aber dass die Evaluation stattgefunden hat, das kriegen wir als Plenum oder als Landtag so langsam kleckerweise über einzelne Pressemitteilungen mit, unter anderem auch aus der SPD-Fraktion oder aus Statements des stellvertretenden Ministerpräsidenten oder aus Beiträgen in Thüringer Medien. Eine der Informationen, die wir daraus haben, ist, dass zwei Drittel der Thüringer Ausländerbehörden die derzeit geltende Residenzpflicht ablehnen.

Meine Damen und Herren gerade auch der beiden Fraktionen, die für diesen Beschluss im Dezember verantwortlich zeichnen, der Landtag hat das Recht, die Ergebnisse der Evaluation zu erfahren, und zwar nicht kleckerweise,

(Beifall DIE LINKE)

sondern in einem Bericht, den die Landesregierung dem Landtag geben soll. Deswegen möchte ich Sie bitten zuzustimmen, dass wir in diesem April-Plenum diesen Tagesordnungspunkt behandeln können. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Möchte jemand gegen die Dringlichkeit sprechen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass dieser Tagesordnungspunkt 23 auf jeden Fall am Freitag beraten wird, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist Zustimmung bei der Fraktion DIE LINKE

(Präsidentin Diezel)

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Fraktionen der CDU und SPD. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Sprachlos!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 39**, Aktuelle Stunde. Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten für jedes Thema. Die Redezeit der Landesregierung beträgt grundsätzlich 10 Minuten für jedes Thema. Hat die Landesregierung eine Redezeit von mehr als 10 Minuten in Anspruch genommen, so verlängert sich die Redezeit für das jeweilige Thema um die über die 10 Minuten hinausgehende Zeit. Die Aufteilung der Verlängerungszeit auf jede Fraktion erfolgt in gleichen Teilen.

Ich rufe auf den **ersten Teil**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Die Zukunft findet man nicht in der Picardie“? - die Bedeutung der Regionalpartnerschaften für die Zukunft Thüringens in Europa“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5936 -

Ich eröffne die Aussprache mit dem Abgeordneten Dirk Bergner. Bitte schön.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man mit dem Auto über die französische A 4 in die Picardie reist, kommt man an Sedan vorbei und an Verdun. Man sieht die Wälder der Ardennen und es fällt auf, dass es dort nur sehr wenige alte knorrige Bäume gibt. Wer ein wenig der jüngeren Geschichte mächtig ist, meine Damen und Herren, der weiß, dass diese Wälder vor allem in den Stellungskämpfen des Ersten Weltkriegs völlig zerschossen worden sind. Vor nicht ganz 100 Jahren, meine Damen und Herren, war dieser Boden blutgetränkt, blutgetränkt vom Blut französischer und deutscher Soldaten, die dort für einen sinnlosen Krieg ihre Haut zum Markte tragen mussten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir solche schrecklichen Ereignisse nicht mehr persönlich kennenlernen mussten, dass wir die Vokabel „Erbfeind“ aus unserem aktiven Wortschatz streichen konnten, dass wir sie, wie ich hoffe, ein für alle Mal gegen Versöhnung, Freundschaft und Partnerschaft ersetzt haben, schon allein das wäre in meinen Augen das kleine Wort mit großem Inhalt, das Wort Zukunft wert.

(Beifall FDP)

Und unsere Zukunft als Deutsche mit unseren Nachbarn, auch und gerade den Franzosen, meine Damen und Herren, wird geprägt von Frieden und Partnerschaft. Das, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist keine Selbstverständlichkeit, das ist vielmehr ein zerbrechliches Gut, ein zartes Pflänzchen, bei dem durch ungeschicktes Verhalten schnell, viel zu schnell alte Wunden aufgerissen und Ressentiments bedient werden können. Deshalb verhehle ich mein Entsetzen nicht, als ich zur Kenntnis nehmen musste, dass mit dem Thüringer Wirtschaftsminister ausgerechnet ein Mitglied unserer Landesregierung in ungehöriger, ja blamabler Weise eine Partnerregion düpiert mit den Worten „Die Zukunft findet man nicht in der Picardie“.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, wenn das die Privatmeinung eines x-beliebigen SPD-Basismitglieds ist, mag das ja noch angehen. Beim Minister einer Landesregierung jedoch erhalten solche Aussagen ein anderes Gewicht in der öffentlichen Wahrnehmung.

(Beifall FDP)

Im Bemühen, die Ministerpräsidentin im lächerlichen Koalitions-Klein-Klein zu düpieren, schießt der Wirtschaftsminister gewaltig über das Ziel hinaus und brüskiert letztlich nicht nur die Picardie, nicht nur Frankreich, sondern Partnerregionen insgesamt.

(Beifall FDP)

Es soll doch, meine Damen und Herren, niemand glauben, dass so ein rüpelhaftes Benehmen nicht in den Partnerregionen wahrgenommen wird. Und es soll doch bitte schön niemand denken, dass Thüringen so den Ruf besonderer Zuverlässigkeit, besonderer Fairness erlangt.

(Beifall FDP)

Die Aussage, die Zukunft finde man nicht in der Picardie, ist erst in zweiter Linie ein Affront gegen die Ministerpräsidentin. In erster Linie brüskiert Minister Machnig damit die Thüringer Partnerregionen Picardie, Klempen, Shaanxi in China und unsere Partnerländer Ungarn sowie auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit Kambodscha.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wirtschaftsminister brüskiert damit alle Anstrengungen für ein vertrauensvolles Verhältnis mit den Partnerregionen. Er brüskiert das Engagement vor allem der ehrenamtlich aktiven Thüringer Bürger, Vereine und Organisationen, die sich außerhalb der Politik um einen engen Kontakt zu den Partnerregionen bemühen und die sich mit vielfältigen Projekten, zum Beispiel im kulturellen Bereich oder durch gemeinsame Initiativen Umwelt, Naturschutz und so weiter und so fort um die Internatio-

(Abg. Bergner)

nalität Thüringens verdient gemacht haben. Mittlerweile sind daraus zahlreiche persönliche Kontakte entstanden, meine Damen und Herren. Was Thüringer in den letzten zwei Jahrzehnten mit den Händen aufgebaut haben, das reißt ein temporärer Landesbürger mit seinem Hintern wieder ein.

(Beifall FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es eben nicht in Ordnung, wenn die Ministerpräsidentin milde oder vielleicht sogar feige darüber hinweggeht, als gelte es nur, einen persönlichen Affront zu übersehen.

(Beifall FDP)

Vielmehr, meine Damen und Herren, muss man hier die Frage stellen, wie die Ministerpräsidentin zu ihrer eigenen Richtlinienkompetenz steht und ob sie diese Landesregierung überhaupt noch führt.

Meine Damen und Herren, es ist höchste Zeit, sich offiziell zu entschuldigen und den Vertrauensverlust zu begrenzen.

Meine Damen und Herren, unsere Zukunft - und ich komme damit zum Ende - liegt vielleicht nicht ausschließlich in der Picardie, aber sie liegt im friedlichen Miteinander mit den Völkern dieser Welt, im gegenseitigen Respekt und Verständnis, sie liegt im Miteinander mit unseren Partnern und Partnerregionen und nicht zuletzt in diesem Sinne ganz besonders auch in Frankreich und in unserer Partnerregion Picardie. Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Gustav Bergemann das Wort.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Die Zukunft findet man nicht in der Picardie“, jeder hier im Saal weiß, von wem dieses Zitat stammt. Wenn ich Lehrer wäre, würde ich sagen, setzen - 6.

(Beifall FDP)

Das ist wohl die beste Benotung dafür. Aber wir wissen auch, in einem immer enger zusammenwachsenden Europa und seinen Regionen, da kann sich heute nur der Gehör verschaffen, der tatsächlich auch miteinander redet, der gemeinsam seine Interessen bündelt und sie auch vertritt. Minister Poppenhäger ist im Moment gerade nicht da, aber wir merken das ja im AdR oder in der KGRE, auf dieser Ebene kann man hautnah miterleben, wie sich Regionen zusammenschließen, wie sie gemeinsam abstimmen und wie sie auch miteinander gleiche

Ziele verfolgen. Durch so eine Aussage wird das sicherlich nicht der Fall sein in der Zukunft.

(Beifall FDP)

Wenn man in Zukunft auf partnerschaftliche Beziehungen baut, ich will nur mal sagen, ob das jetzt in der Wirtschaft ist oder im Tourismus, in der Landwirtschaft, in der Bildung, in der Forschung, Entwicklung - man muss halt selbige auch pflegen, das gehört dazu. Die Zukunftsstrategie „Thüringen 2020“, durch die Ministerpräsidentin ins Leben gerufen, bietet uns den notwendigen Rahmen dafür. Es ist gut, dass sie gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen, auch mit Parlamentariern im Rahmen von Wirtschaftskontakten solche Projekte annimmt, da gibt es auch den politischen Dialog. Aber all das sind ja auch Bedingungen oder Auswirkungen unserer europapolitischen Strategie der Thüringer Landesregierung, die wir hier alle im Saal gemeinsam beschlossen haben.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Offenbar nur von bestimmten Teilen der Landesregierung, nicht von allen.)

Deshalb reden wir ja darüber. Ich selbst konnte '93 damals noch als Mitarbeiter im Europaministerium dabei sein, als wir einen Grundstein für viele Partnerschaften gelegt haben. Dass wir mit der Picardie diese enge Partnerschaft haben, ist letztendlich der damaligen Europaministerin Christine Lieberknecht zu verdanken, auf diesem Sektor überhaupt diesen Kontakt hergestellt zu haben nach der Wendezeit.

(Beifall CDU)

Dass der Wirtschaftsminister noch nicht so lange in Thüringen ist, gut, da kann er offensichtlich die Bedeutung für partnerschaftliche Entwicklung in Thüringen, die jetzt nicht nur zwischen Erfurt, Jena und Weimar stattfinden soll, sondern dem Zitat zufolge wahrscheinlich auch nicht beurteilen. Diese Partnerschaften leben ja vor allem auch von den Menschen in den Regionen.

(Beifall CDU)

Das beweisen auch die vielen Initiativen, die wir haben, ob das in den Vereinen ist oder in den Kommunen oder in den Schulen. Mit 37 Prozent ist die Partnerschaft zur Picardie die höchste prozentual. Gerade deshalb war es wichtig, dort auch hinzufahren und zu sagen, wir Thüringer sind dabei. Was mir noch wichtig ist, ist der Wettbewerb Adream. Frau Ministerin Walsmann hat voriges Jahr hier in der Staatskanzlei die Ehrung vorgenommen, wir haben die Projekte gesehen, Architektur und Design aus nachwachsenden ökologischen Materialien.

Auch die Initiierung von Wirtschaftskooperationen ist dort gegeben, wenn man dort hinfährt, wenn man das dort auch - wo wir es gesehen haben, einige Kollegen waren mit dabei - das liegt auf der

(Abg. Bergemann)

Hand. Wenn das keine Zukunftsfragen sind, was sind dann Zukunftsfragen? Noch ein Beispiel: Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung der Universität in Compiègne mit der Technischen Universität Ilmenau letztes Jahr, Herr Minister Matschie, das sind bestehende Partnerschaftsprogramme. Ich denke, auch das ist ein Beispiel dafür, das muss gepflegt werden. Auch das französische Studentenwerk, das Thüringer Studentenwerk macht hier Zusammenarbeit in Bildungsfragen. Man könnte viele solcher Beispiele aufzählen, die eigentlich unmissverständlich klarmachen, die Zukunft Thüringens liegt auch ganz wesentlich in den zu pflegenden Partnerschaften, in den Beziehungen, die

(Beifall FDP)

der Freistaat Thüringen hat, aber die auch das Parlament hat. Herr Kollege Bergner, ich will nur an die Partnerschaft mit Litauen erinnern. Nicht nur die Landesregierung, sondern auch wir als Parlament haben Partnerschaften zu pflegen, tun das

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Genau.)

und da weiß man, wer dabei war, da sind immer Gespräche über Zukunftsinvestitionen dabei über Projekte, die man gemeinsam macht. Diese Beziehungen sind ein wichtiger Punkt. Wie sagt man immer? Beziehungen schaden nur dem, der keine hat. Der Wirtschaftsminister hat wahrscheinlich keine Beziehungen. Gut, dass die Ministerpräsidentin die Kontakte knüpft und auch pflegt. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort der Abgeordnete Jörg Kubitzki.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, als ich die Ankündigung bekam mit dem Thema Ihrer Aktuellen Stunde, war ich erst einmal erschrocken, das gebe ich zu. Ich musste sagen, was will denn hier die FDP, hat die etwas gegen die Beziehung zur Picardie und dergleichen. Ende November, Frau Vizepräsidentin Hitzing, haben wir gerade hier die Delegation der Picardie in diesem Haus empfangen, haben über unsere Arbeit hier als Landtag berichtet, haben Gespräche geführt und haben dafür auch geworben, die Zusammenarbeit der Parlamente, des Parlaments der Picardie und unseres Parlaments zu stärken, und dann lese ich diesen Antrag. Bis man dann einmal hinterfragt hat und ich dann auch recherchiert habe und die Ursache dieses Antrags auch erkannt habe, die bei der Äußerung des Wirtschaftsministers liegt.

Ich weiß ja jetzt auch nicht, ob das angebracht ist, mit diesem Thema, wie Sie das formuliert haben,

die Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsminister zu führen. Wenn ein Außenstehender das liest, die Überschrift kommt von Ihnen,

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: In der Sache schon.)

in dem Moment erkenne ich nicht, dass dies ein Zitat des Wirtschaftsministers ist. Wichtig ist, dass da - ich sage das einmal sprichwörtlich - der Herr Wirtschaftsminister - manche werden sich noch daran erinnern - hier eine echte Gurke geschossen hat oder gezeigt hat mit diesem Ausspruch,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil - ich muss sagen, wie das meine Vorredner schon gesagt haben - gerade Europa beginnt in der Zusammenarbeit mit der Picardie, gerade Europa beginnt in der Zusammenarbeit mit Klempolen, gerade Europa beginnt mit dem Schüleraustausch und gerade Europa beginnt unter anderem mit Jugendaustausch, mit Städtepartnerschaften. Wir haben im vorigen Jahr auch hier in diesem Landtag eine Veranstaltung gehabt mit Jugendlichen, in der ihnen die Perspektive aufgezeigt wurde, die die Zusammenarbeit in Europa hat. Deshalb ist die Formulierung des Wirtschaftsministers falsch und schädlich und hilft uns in keiner Weise,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch die Menschen in diesem Land für Europa zu begeistern. Das ist doch das Problem. Wir sollten dort wirklich - wie das schon gesagt wurde - sehr sensibel mit diesem Thema umgehen. Gegenwärtig erleben wir in Vorbereitung der Bundestagswahl, dass sich hier eine neue Partei gründet und am Wochenende soll die sich in Thüringen gründen. Es steht mir an dieser Stelle erst einmal nicht zu, diese Partei zu bewerten, aber ihre Haltung zu Europa und zum Euro hat diese Partei schon dargelegt. Gerade jetzt, wo sich die Menschen in der Staatsschuldenkrise befinden, die wir hier in Europa haben, oft über den Euro reden, ohne die Ursachen für diese Krise, diese Staatsschuldenkrise zu kennen, ist es leicht für Demagogen, eine europafeindliche Stimmung zu erzeugen. Und wir, die wir hier eigentlich in diesem Haus fraktionsübergreifend diese Vereinbarung auch, die jetzt zwei Jahre alt ist, abgeschlossen haben, die die Europaarbeit stärkt in diesem Haus, wir sollten nichts tun, sowohl vonseiten dieses Hauses als auch vonseiten der Landesregierung, dass im Prinzip da Sachen stattfinden, die diesen Weg beeinträchtigen. Aus diesem Grunde auch namens meiner Fraktion sagen wir, jawohl, wir als LINKE stehen zu einer europäischen Zusammenarbeit, wir stehen zu Europa, auch wenn wir hier mit anderen Fraktionen zu bestimmten Inhalten der Europapolitik unterschiedliche Ansichten haben, das ist normal. Aber wir möchten diese Zusammenarbeit pflegen, diesen

(Abg. Kubitzki)

Austausch und distanzieren uns auch von dieser Äußerung, die hier getätigt wurde.

(Beifall FDP)

Aber ich sage auch ganz ehrlich, meine Damen und Herren, wir sollten die Debatte nutzen, das Positive in Europa hervorzuheben. Das sollte das Ziel der Auseinandersetzung sein und nicht so eine, na sagen wir mal, Entgleisung, die hier stattgefunden hat. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Mühlbauer.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuschauer und Zuschauerinnen, ich freue mich, dass dieses Thema, das sehr bedeutsam ist, hier auch heute aufgerufen wird, denn das gibt mir Gelegenheit, einmal danke zu sagen, einfach danke für 20 Jahre Europapolitik und Freundschaft, die wichtig ist für unser Thüringen, die wichtig ist für unsere Entwicklung. Hier erlaube ich mir, mich höchstpersönlich bei der Staatskanzlei zu bedanken für die hervorragende Organisation dieser Reise und

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hier Herrn Schmid, Frau Meyer mal zu erwähnen, das ist nämlich auch viel Arbeit und da steckt auch viel Herzblut dahinter.

Lassen Sie mich noch eine Kollegin hier namentlich erwähnen, Frau Sawadogo aus dem Kultusministerium, die hier jahrelang Arbeit aufrechterhält zwischen Jugendlichen, die Europa bilden und ausbilden, so wie Sie es gesagt haben, meine werten Damen und Herren Kollegen, es ist erwähnt worden.

Herr Bergner, dass Sie über jedes Stöckchen springen müssen, das der Wirtschaftsminister raushält, ist ja auch klar, aber eigentlich

(Zwischenruf Abg. Bergner FDP: Es geht ja nicht um das Stöckchen, es geht um die Unverschämtheit.)

dachte ich mir, dass unsere politische Ebene jetzt ein gewisses Niveau erreicht hat und nicht bei der Hautcreme landet.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das dachten wir auch, bis Herr Machnig kam.)

Das muss ich jetzt in diesem Zusammenhang durchaus erwähnen - Sie haben mit Sicherheit noch Redezeit, wir können uns nachher noch austauschen -, weil vor allem die Ministerpräsidentin klug genug war, dieses zu erkennen und diesem eben

nicht eine Bedeutung beizumessen, die Sie dahinter vermuten. Denn, ich war ja auch sehr froh, dass die Kollegen der FDP mit beigewesen sind, weil der sozialdemokratische Austausch, den wir dort ja kennengelernt haben durch den Herrn Präsidenten Gewerc, durchaus auch interessante Momente für Ihre Partei bildet. Der Kollege Untermann war intensiv im politischen Meinungsaustausch mit tätig und das hat mich doch sehr gefreut als Sozialdemokrat, hier durchaus auch andere Ansätze mitzubringen.

Ja, es sind Bedeutungen erwähnt worden hier schon, die groß in ihrem Bedeutungsansatz sind. Eine Partnerschaft ist keine Einbahnstraße, eine Partnerschaft ist ja ein Dialog. Mich hat eine Erfahrung sehr erfreut, die ich heute mitbringen möchte. Die Picardie hat für sich erkannt, dass der Ausstieg aus der Atomenergie wichtig und notwendig ist,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ja, nicht in der Radikalität, wie wir es Gott sei Dank tun, sondern mit kleineren Schritten. Wir konnten die Firma ENERCON besuchen - ENERCON, ein wichtiger Standort, auch dort hat sich die Ministerpräsidentin kundig gemacht und in der Picardie sind im letzten Jahr 1.000 Windräder entstanden und man ist dort überzeugt, dass dies der richtige Weg ist, und man ist mit uns in partnerschaftlichen Austausch, gerade was Erneuerbare angeht,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in einem gemeinsamen Europa mit eingetreten. Ich denke, das ist ein gutes Signal, ein gutes Signal für uns alle. Lassen Sie mich auch noch einmal eins sagen: Ja, die Franzosen haben Probleme, ja, die Franzosen wollen von uns hören,

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie wir mit unseren KMU, kleinen mittelständischen Unternehmen, umgehen, wie wir diese Strukturen stärken. Auch dort können wir im Dialog gemeinsam viel erreichen für Deutschland, für Europa. Auch dies ist ein wichtiges Projekt für die Zukunft.

Jugend ist erwähnt worden, ich möchte noch einmal auf die 16 wichtigen Projekte eingehen, die das Kultusministerium hier mit begleitet: Schulen von Altenburg bis Arnstadt, die hier im Dialog und im Austausch sind, junge Menschen, die sich kennenlernen und junge Menschen, die für sich 2013 erkennen, dass es nie wieder eine Auseinandersetzung wie den Ersten Weltkrieg geben darf. Im Ersten Weltkrieg - lassen Sie mich das bitte noch ergänzen - sind nicht nur Deutsche und Franzosen gefallen, dort sind weltweit Menschen gefallen. Ich konnte mir auch einen ganz eigenen Blick auf diese Zeit ermöglichen, denn für die Franzosen war dieses Datum der Beginn für Europa. Dieser Beginn für Europa wird von einem bedeutenden Maler aus Ostthüringen widergespiegelt, Otto Dix. Ja, Otto Dix

(Abg. Mühlbauer)

spielt eine entscheidende Rolle in der Picardie. Otto Dix mit seinen beeindruckenden Bildern über den Schmerz, über den Verlust, über die Brutalität des Krieges, Otto Dix wird dort in seiner Größe erkannt und Otto Dix - und diesbezüglich noch einmal meinen herzlichsten Dank für die Organisation dieses Programms - hängt im Louvre.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Unruhe im Hause)

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Letzter Satz. Dies sollte für uns das Signal sein, unsere Zukunft liegt in Europa, unsere Zukunft liegt in der Zusammenarbeit unserer Jugend und es darf nie wieder einen Krieg geben. Das ist die Aufgabe auch von unseren Freundschaftsbeziehungen. Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Meyer. Bitte schön.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Minute zu dem einen Thema und die restlichen Minuten dann zu dem anderen. Die ersten Minuten zu dem Zitat „Die Zukunft findet man nicht in der Picardie“. Diese Äußerung ist entweder arrogant oder unwissend.

(Beifall DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man sagen, das muss man auch sagen dürfen, das muss die SPD auch aushalten, dass ihr das gesagt wird. Sie ist entweder arrogant, weil ich glaube, wenn man andersherum von der Picardie nach Thüringen schaut, man durchaus merkt, dass wir auf Augenhöhe sind und nicht etwa die Picardie weniger zukunftsfähiger wäre als Thüringen, um uns bewusst mal als Maßstab zu nehmen, oder aber sie ist unwissend, weil sie nicht weiß, dass Zukunft überall zu finden ist, überall, nicht nur in Thüringen, nicht nur in der Picardie, sondern überall auf der Welt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das nicht so wäre, wäre es jammervoll gerade für die Menschen, die in Gegenden leben, die ganz andere Zukunftsängste plagten als die Picardie oder uns, ich will beispielsweise mal an Syrien

erinnern, um es einmal aktuell zu machen. Das war die eine Minute.

Wenn es um das Thema der Partnerschaften geht; ich bin jetzt nicht so lange im Landtag, um seit 1993 die Debatten zu verfolgen und auch das, was hier getan wurde, einige Partnerschaften habe ich aber auch schon mitgemacht, Frau Präsidentin, zum Beispiel nach Südtirol. Ich denke, die Frage, dass sich Thüringen auch europapolitisch dadurch engagiert, dass es reist, dass es nach außen reist, dass es Gäste empfängt, ist richtig. Wenn sich Thüringen in einem Europa der Regionen positionieren möchte, dann muss es wissen, wie andere Regionen ticken und das erfährt man nur dadurch, dass man dort hinfährt und mit den Leuten redet oder sie hierher einlädt. Es ist vernünftig, inhaltliche Kooperationen durchzuführen, ganz egal in welchem Bereich, da würden wir sicherlich hier jetzt nicht immer Konsens haben in der Frage, was wir für richtig halten, aber es ist ja schon gerade darauf hingewiesen worden, zum Beispiel solche Situationen wie die Frage der europäischen Energiepolitik, die schreit geradezu danach, von anderen zu lernen. Die Picardie muss offensichtlich ihren Wald neu aufpflanzen, weil die Deutschen ihn kaputt geschossen haben, und wenn sie bei dem Pflanzen sind, können sie gleich ein paar Windräder mit reinpflanzen, Herr Bergemann. Dann lernen die von uns, wie es auch im Wald mit der Windkraft geht und wir lernen, wie schnell man 1.000 Windräder aufstellen kann, da hätten wir beide etwas davon,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wir mit den vielen Windrädern, das ist ja in Thüringen der Mangel. Das heißt, zum Beispiel von der Picardie lernen. Und natürlich nicht zu vergessen, ein Europa der Regionen lebt auch von Türöffnern für Partnerschaften. Dafür fahren ja dann auch Offizielle, u.a. die Ministerpräsidentin und andere in Regionen. Meiner Ansicht nach wäre die Debatte heute eher angebracht in die Richtung zu diskutieren, was eigentlich noch nicht optimal läuft, wenn es um die Frage geht, Frau Ministerin, beispielsweise welche Politik Thüringen fahren sollte bei ihren Partnerschaften. Ich spreche hier als Europapolitiker und als Finanzpolitiker und bin deshalb trotzdem der Meinung, gerade wegen Letzterem, dass die Landesregierung durchaus auch aktivere Partnerschaftspolitik betreiben könnte. Aktiver durchaus auch mit Geld, weil das sich tatsächlich rechnet. Wenn wir nur einmal als paralleles Beispiel unsere Bildungspolitik anschauen, die wir bewusst als Investition in die Zukunft sehen, wo wäre die Partnerschaftspolitik etwas strukturierter, sprich mit mehr Geld, eine Investition in die Zukunft, die sich mehr als rechnen wird, denn irgendwann werden wir ein Europa der Regionen sein.

(Abg. Meyer)

Kritik an den Partnerschaften der Landesregierung ist sicherlich dort berechtigt, wo es sich lediglich um das formelle Aufrechterhalten von offiziösen Kontakten handelt. Das wollte ich jetzt gar nicht auf die Picardie münzen, sondern allgemein als Problem angesprochen haben. Ich denke, es wäre vernünftig, wenn wir uns - im Zuge dieser Aktuellen Stunde wird das nicht gehen - im Rahmen einer wirklich aktiven europapolitischen Strategie beispielsweise im Ausschuss darüber verständigen, ob man nicht bei Partnerschaften und Patenschaften und auch entwicklungspolitischen Hilfsobjekten mit flexiblerem Handeln weiterkommt, bewusst auch Partnerschaften temporär abschließt, vielleicht sogar einmal Partnerschaften beendet und vor allem, bevor man das alles tut, Evaluation betreibt, die den Namen auch verdient. Da geht es nicht um die Statistik, wie viele Schulpartnerschaften in welche Richtung gegangen sind und wie viel Prozent davon in die Picardie gehen und wie viel nach Klempol, sondern die strategische Frage, wohin wollen wir, sei es aus symbolischen Gründen der Vergangenheit, was ich hoch achte, die Picardie ist dafür ein gutes Beispiel, sei es zu dem Thema der Patenschaften oder der inhaltlichen Kooperation.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Zwischenfragen sind in der Aktuellen Stunde nicht erlaubt.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ach so deshalb. Ich hätte sie zugelassen. Ich schließe damit und wir unterhalten uns bilateral. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Sie haben aber noch 33 Sekunden. Wenn Sie das nutzen wollen? Nein. Gut. Dann für die Landesregierung Frau Ministerin Walsmann, bitte schön.

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich danke mich bei der FDP-Fraktion für die Initiative, das Thema „Regionalpartnerschaften“ in eine Aktuellen Stunde zu nehmen. Ich sage einmal deutlich, unsere Partnerschaften sind es wert, dass sie hier im Parlament vorgestellt werden und dass für sie geworben wird.

(Beifall CDU, FDP)

Sie sind wichtig für unser Land. Unsere Regionalpartnerschaften gehen letztlich auch zurück auf ein

historisches Ereignis. Ende August 1991 trafen sich die damaligen Außenminister von Deutschland, Polen und Frankreich, Hans Dietrich Genscher, Hollande Dumas und Krzysztof Skubiszewski zu Gesprächen in Weimar.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Weimar, genau.)

Am 29. August 1991 verkündeten Sie ein 10-Punkte-Programm, eine gemeinsame Erklärung zur Zukunft Europas. Das war die Geburtsstunde des Weimarer Dreiecks. Ich möchte einfach noch einmal Genscher zitieren, der damals für die Wahl der Klassikerstadt eine Begründung gegeben hat, die nach wie vor wahr ist und einen Kernpunkt darstellt für unsere Europapolitik und unsere Regionalpartnerschaften. Er sagte: „Die Wahl des Gründungsortes Weimar sollte zum Ausdruck bringen, dass dieses Europa, dieses neue Europa, mehr ist als eine Wirtschaftsgemeinschaft, dass das, was uns verbindet, die eine gemeinsame europäische Kultur ist, zu der alle Völker Europas Großes beizutragen haben.“

(Beifall FDP)

Das ist nach wie vor der zentrale Punkt. Diesem Leitspruch des Weimarer Dreiecks fühlt sich die Thüringer Landesregierung verpflichtet. Verbale Entgleisungen gehören nicht zum Programm der Landesregierung

(Beifall FDP)

und bleiben auch nicht unbeantwortet. Aber damit ist an dieser Stelle genug dazu gesagt. Unser Ziel ist ein weltoffenes, ein internationales und modernes Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Können Sie es mir noch einmal erklären?)

Weltoffenheit und Internationalität sind für mich ganz wichtige Bestandteile und Eckpfeiler unserer Demokratie, unserer demokratischen Gesellschaft, und sie tragen zur kulturellen Vielfalt unseres Landes bei. Ein wichtiges Element für die verstärkte Internationalisierung Thüringens sind die Partnerschaften des Freistaats mit anderen Regionen Europas. Mit unseren Partnern in der Picardie und in Malopolska bilden wir wirklich ein zukunftsträchtiges starkes Weimarer Dreieck. Auf regionaler Ebene leben viele Weimarer Dreiecke, gerade hier in Thüringen. Partnerschaften unterhalten wir noch in viele andere Regionen, ich sage auch mit Ungarn und mit der Provinz Shaanxi, viele andere bilaterale Projekte, die darüber hinaus zu nennen wären.

Ich will eines sagen: In enger Zusammenarbeit mit unseren Partnerregionen wollen wir auch gemeinsame Projekte initiieren, bündeln, sie zum Erfolg führen. Da bin ich etwas anderer Meinung als Herr Meyer, denn Schulpartnerschaften sind ein wichtiger Grundstein für die Begegnung von Kulturen,

(Ministerin Walsmann)

von Menschen, von den Austauschen. Wenn das schon in den Schulen passiert, dann wird da ein ganz wichtiger Baustein gelegt. 84 Thüringer Schulen unterhalten partnerschaftliche Beziehungen mit französischen Schulen, 25 davon mit der Picardie. Mit polnischen Schulen gibt es 47 Schulparterschaften, 10 mit der Region Malopolska, 26 bestehen mit Ungarn.

Nehmen Sie die anderen Projekte, ich nenne es jetzt nur exemplarisch. Beim Projekt Werft der Universität Compiègne und der TU Ilmenau geht es zum Beispiel um Antriebstechnologien für intelligente Elektrofahrzeuge. Die Fachhochschule Jena arbeitet mit der Universität Compiègne beim Projekt NanoToxiScreen im Nanotechnologiebereich zusammen. Das ist ein wichtiges Projekt, was auch für die Krebsforschung ganz entscheidend ist. Sie können im wissenschaftlichen Bereich, im Schulbereich, im wirtschaftlichen Bereich inzwischen aus diesem Grundstein von '91 und später auch ganz wichtige Impulse für unsere Länder erkennen. Das wichtige Projekt Adream hat Herr Bergemann genannt, ein wunderbar gelungener Architektur- und Designwettbewerb, der zur Umsetzung in die Praxis gedacht ist, Produkte, die hergestellt werden, die projiziert werden, die dann einfach als Piloten in die Praxis überführt werden sollen, auch Produkte daraus entstehen sollen. Meine Damen und Herren, diese Eröffnung der Ausstellung mit Exponaten der Preisträger, die wirklich sehenswert sind, die fantastisch sind, in Amiens war auch der Anlass für die Reise der Ministerpräsidentin in die Picardie vor wenigen Wochen. Dabei wurde sie von einer Wirtschaftsdelegation begleitet. Das Augenmerk der Unternehmer lag darauf, auszuloten, wo es im Bereich der erneuerbaren Energien Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den französischen Partnern geben könnte.

Ich glaube, das sind wenige Beispiele, es ist schon viel dazu gesagt worden, woran sich zeigt, dass in vielen Segmenten sich wirklich zukunftssträchtige Impulse für Zusammenarbeit und vieles darüber hinaus entwickeln. Ich muss sagen, wenn Sie in der umgekehrten Richtung sehen, vor knapp einer Woche, am 18. April, besuchte eine Delegation der Handwerkskammer Krakau die Handwerkskammer in Erfurt. Sie finden ebenso gute umgekehrte Beispiele von Besuchen, von Austauschen, von Kooperation. Im kommenden Monat, vom 8. bis 12. Mai, wird in Malopolska ein Zukunftsseminar von Jugendlichen aus Thüringen, Klempolen und Lemberg ausgerichtet. Den Kontakt auf dieser ganz persönlichen Ebene zu pflegen mit jungen Leuten gemeinsam, das ist auch ein wichtiger Punkt der Zusammenarbeit. Auch die seit 50 Jahren bestehende Partnerschaft zwischen der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der traditionsreichen Jagellonen-Universität in Krakau ist heute ein ganz fester Bestandteil zwischen Thüringen und Malopolska.

Von den Hochschulen gibt es inzwischen 54 Vereinbarungen mit polnischen Partnern, um nur mal kleine Ausschnitte aus dem ganzen Spektrum auch zu benennen.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Beispiele zeigen, Thüringen ist mit seinen Partnerregionen international gut vernetzt. Ich könnte jetzt noch Beispiele aus China, aus der Partnerprovinz Shaanxi nennen. Das will ich an dieser Stelle gar nicht tun, aber ich will eines sagen: Wenn wir die Grundlagen, die mit dem Weimarer Dreieck '91 hier gelegt wurden, ernst nehmen und die Worte, die damals gesprochen wurden, ernst nehmen,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Dann müsste Herr Machnig sich entschuldigen.)

dann sind die Freundschaft und die kulturelle Verbindung und der Austausch mit anderen Regionen nicht nur Tagesgeschäft, sondern Verpflichtung und Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in unserem Europa. Danke.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wenn Sie es ernst nehmen, müsste sich Herr Machnig entschuldigen für den Scheiß.)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Zukunft 2020 - Impulse für eine moderne Wirtschafts-, Arbeits- und Energiepolitik in Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/5945 -

Als Erster hat Abgeordneter Wolfgang Lemb von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, insbesondere, weil es hier um die Zukunft geht, liebe Jugendparlamentarierinnen und -parlamentarier, Zukunft 2020, ich weiß nicht genau, wie alt ihr seid, wahrscheinlich so 15, 16, das heißt, es geht um die Frage, wie wollt ihr leben, wie wollen wir alle gemeinsam leben, wenn Sie auf den Besucherrängen dann vielleicht 24, 25 oder 23 sind? Es ist ein offener Diskussionsprozess, der mit dem Zukunfts- und Innovationsprogramm hier durch das Thüringer Wirtschaftsministerium, durch

(Abg. Lemb)

den Minister vorgelegt worden ist. Es geht um die Kernfragen: Wie soll die Wirtschaft 2020 aussehen? Wie wollen wir leben, wie wollen wir arbeiten und wie erreichen wir diese Ziele? Dieses Zukunfts- und Innovationsprogramm bietet erste Anregungen, bietet eine Reihe von Fragestellungen und bietet vor allen Dingen die Einladung, sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen. Es gibt in diesem Zukunfts- und Innovationsprogramm und auch aus meiner Sicht im Kern fünf Herausforderungen. Die Frage ist erstens: Wie wollen wir den Aufbau Ost vollenden? Wir alle wissen ...

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren auch auf der Regierungsbank, ich bitte doch, dem Abgeordneten Gehör zu schenken.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Ich will ja keine wichtigen Regierungsgeschäfte unterbrechen, aber die kann man vielleicht draußen machen.

Präsidentin Diezel:

Ja, der Fraktionsvorsitzende Ihrer Fraktion war auch dabei.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Sehr vernünftig.)

Bitte schön, fahren Sie bitte fort, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Er ist mein Fraktionsvorsitzender.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das Wirtschaftsministerium muss nicht zuhören, wenn Abgeordnete reden.)

Die Frage Aufbau Ost - jeder von uns weiß, die Ost-West-Angleichung ist seit vielen Jahren erlahmt. Wir haben eine Differenz in der Bruttowertschöpfung, die liegt seit mehr als zehn Jahren bei 16.000 €. Wir haben unterschiedliche Entwicklungen, im verarbeitenden Gewerbe durchaus positiv, in den kleinbetrieblichen Strukturen eher negativ.

Wir haben als Zweites das Thema „Gute Arbeit - Aufholprozess bei Löhnen und Tarifbindungen“ - all das haben wir hier auch mehrfach diskutiert. Wir haben eine Steigerung der atypischen Beschäftigungsverhältnisse allein in den letzten zwei Jahren in Thüringen um 130 Prozent, 34 Prozent liegen unter einem Einkommensniveau von 8,50 €.

Wir haben als dritte Herausforderung die Frage des demografischen Wandels. 10 Prozent der Bevölkerung werden wir bis 2020 verlieren, weitere 10 Pro-

zent bis zum Jahre 2030. Wir haben eine deutlich höhere negative Entwicklung bei der Fachkräfteentwicklung. In 15 Kreisen von 23 Landkreisen in Thüringen werden wir mehr als 30 Prozent des Erwerbspersonenpotenzials verlieren.

Frau Ministerin Walsmann hat es eben angesprochen, Thüringen will weltoffen, international und modern sein. Das heißt, es geht um die Frage, wie wir Thüringen der Welt öffnen, wie wir den Exportanteil der Wirtschaft in Thüringen steigern. Wir haben heute einen Exportanteil von 30 Prozent. Das ist für eine international aufgestellte Wirtschaft deutlich zu wenig. Wir müssen uns damit beschäftigen, wie wir Investitionen sichern, aber auch den Landeshaushalt konsolidieren. Wir wissen, dass ein Achtel der Einnahmen - 1,2 Mrd. € - allein in 2012 aus Solidarleistungen stammen, und wir wissen, dass der Rückgang der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds beträchtlich sein wird mit 10 Prozent im ESF-Bereich und mehr als 43 Prozent im EFRE-Bereich. Das heißt, daraus entwickeln sich Fragestellungen für die Zukunft. Es gibt acht Themenfelder, die in dem Zukunfts- und Innovationsprogramm angesprochen werden. Zum einen das Thema Industriepolitik 2020. Dazu gehört eine konsequente Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf Energieressourceneffizienz, aber auch Innovationskraft. Wir haben Investitionen und Infrastruktur als wichtiges zweites Element, dazu gehören die Themenbereiche Infrastrukturprojekte. Wir haben natürlich auch die Frage Energiewende für Thüringen für die Zukunft zu entwickeln bis hin zu der Frage von regionalen Strukturen. Da bin ich bei dem Thema des Aufregers der letzten Woche, also der Dreistadt. Ich komme aus Gera, das wissen Sie alle, insofern bin ich nicht sofort ein glühender Verfechter der Dreistadtkonzeption, sage aber, wir müssen offen sein für solche Überlegungen. Wenn wir hier neue Akklimatisationsräume schaffen wollen, die dynamisch sein wollen und das Umland mitnehmen sollen für die zukünftige Entwicklung, dann ist das ein Ansatz, über den es sich durchaus zu streiten und zu debattieren lohnt. Dazu sind hier alle herzlich eingeladen

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Lemb, SPD:

in den verschiedenen Regionen. Deshalb möchte ich alle auffordern, sich an diesem Diskussionsprozess auch zu beteiligen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort Frau Abgeordnete Ina Leukefeld.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler, über Zukunft kann man gar nicht oft genug reden, die ist spannend und eine Herausforderung. Ob man das in einer Aktuellen Stunde tun sollte, wo jeder Redner hier fünf Minuten hat, da habe ich meine Zweifel. Wolfgang Lemb hat sich ja gerade toll bemüht, aber man konnte ja gar nicht so in die Tiefe kommen. Außerdem kriegen wir gefühlt wöchentlich blaue Broschüren, wo die Zukunft durch das Wirtschaftsministerium beschrieben ist.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Täglich! Fast täglich!)

Man kommt gar nicht so schnell nach, wie dort Zukunft gedacht wird.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: ... lesen!)

Herr Minister, wir lesen das alles, und es ist ja auch wichtig, Ziele zu formulieren, noch wichtiger ist, sie umzusetzen,

(Beifall DIE LINKE)

vor allem auch Prioritäten zu setzen und Aufgaben zu erfüllen. Da hat die Landesregierung noch viel zu tun und ich wünsche jetzt schon mal viel Spaß in der Debatte und in dem ausgesprochenen Ideenwettbewerb über Zukunft 2020.

Reden wir also über ZUKI 2.0. Sie wissen nicht so richtig, was das ist? Ich wollte auch mal eine kreative Wortschöpfung bringen.

(Beifall DIE LINKE)

ZUKI 2.0 klingt modern, dynamisch, zukunftsorientiert, eloquent, aber auch ein bisschen unverbindlich, so wie ThAFF, TAB, ThAK, ThIIKO, ThEx, ThCM, ThEGA und ThEO, findet man alles hier drin, dazu kommt noch LAP und JAZ.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann ich Ihnen aber in fünf Minuten nicht erklären, aber wenn der Minister erst geredet hat, können wir ja vielleicht noch mal hier vor.

(Heiterkeit im Hause)

Ganz bestimmt, da kriegen wir noch ein bisschen Zeit.

Jetzt konkret, ich habe ja nur noch zwei Minuten.

Wachstumsphilosophie - großer Kernpunkt immer wieder, sollten wir ernsthaft diskutieren. Ich meine, wir müssen den sozialökologischen Umbau gestalten, das sind zwei Seiten einer Medaille. Vor allem müssen wir dafür sorgen, dass Wertschöpfung, die aus der Energiewende gebracht wird, hier auch in Thüringen bleibt, nämlich für Investitionen, für Anpassung und Veränderung der Infrastruktur

(Beifall DIE LINKE)

und auch für die Aufgaben aus dem demografischen Umbau. Wir brauchen gute Arbeit, das haben wir hier zigmal diskutiert, Fachkräftegewinnung, ein Thema für euch, damit ihr nicht abwandern müsst. Hier muss gute Arbeit organisiert werden. Das steht alles hier drin. Aber man muss noch mal sagen, im Kern geht es um die Steigerung des Lohnniveaus,

(Beifall DIE LINKE)

das hat oberste Priorität. Wenn sich hier nichts bei den Löhnen tut - und die Zahlen sind alle schon genannt -, dann wandern die jungen Leute ab. Ich sage noch mal: Tarifbindung, Mindestlohn sind Forderungen, die sich auch hier wiederfinden. Aber wir können das noch so viel hier immer sagen, das ist wie bei den Bienen, die ganz emsig sind, wenn zum Schluss kein Honig fließt, Pech gehabt. Deshalb eine Bemerkung vielleicht noch: Wenn Sie sich jetzt nun wieder aufregen, dass es einen neuen Tarifabschluss beim Frisörhandwerk gegeben hat, wo dann vielleicht doch ab 2015 ein Mindestlohn von 8,50 € gezahlt wird, und heute schon eine Panikmache stattfindet, wie teuer die Frisuren werden, sage ich, ist das nicht zeitgemäß.

Vielleicht noch zu den Erweiterungen der KMU, also Unterstützung des Mittelstandes, der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ich halte das für sehr wichtig, weil wir hier dafür sorgen müssen, dass Kleinstunternehmen ganz besonders unterstützt werden müssen, damit ihre Grundlage, auch die Finanzgrundlage, verbreitert wird. Aus ganz kleinen Unternehmen sollen eben doch Unternehmen werden mit mehr als 10 Beschäftigten, weil wir auch dort Forschung und Entwicklung brauchen. Das findet fast gar nicht statt, kann auch in den Kleinstunternehmen nicht sein, aber es wäre dringend nötig.

Ich habe das vorhin angesprochen, bei ThEx und ThAFF hätte ich auch noch zwei Fragen. Bei ThEx würde mich interessieren, wie diese neue Gesellschaft, die bei den IHKen ansässig ist, nun funktioniert. Was tun sie denn, was passiert denn dort? Und bei ThAFF, das ist der Fachkräfteservice, will ich gern fragen, ob Sie ernsthaft immer noch an der Ausschreibung und Gewinnung von sieben Mitarbeitern und Praktikanten für Bosch festhalten. Das kann man nämlich heute immer noch im Internet nachlesen. Entweder ist die Zeit da ein bisschen vorbeigegangen oder vielleicht stimmt es auch noch, dass wir immer noch Leute gewinnen, auch wenn wir nicht so richtig wissen, ob nicht in Kürze Massenentlassungen stattfinden.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, das mit der Zeit ist so, die ist zu Ende.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Genau, die Zeit ist um. Zukunft ist die Zeit, in der du bereust, dass du das, was du heute nicht tust, nicht getan hast. In diesem Sinne, danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke. Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Michael Heym.

Abgeordneter Heym, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Leukefeld, es ist nicht so oft, dass wir selbe Ansichten haben, aber in der Tat, Ihren Einstieg in Ihre Rede kann ich teilen. Als ich das Thema der Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich gedacht, was ist jetzt das Aktuelle bei Zukunft 2020. Zukunft ist immer aktuell, aber das in einer Aktuellen Stunde und damit für uns Parlamentarier in fünf Minuten hier abzuarbeiten, das ist eigentlich ein bisschen zu kurz gesprungen. Aber, das ist schon deutlich geworden, Ausgangspunkt ist das weitere blaue Papier, Herr Minister, das in der Regierung nicht abgestimmt ist. Also sind das für uns niedergeschriebene Gedanken des Wirtschaftsministeriums, des Ministers, die - das wird Sie sicherlich nicht wundern - natürlich von meiner Fraktion in wesentlichen Teilen und Bereichen nicht unbedingt geteilt werden können. Der erste Satz zumindest, der in dem Papier steht, der ist schon mal richtig. Die Menschen können stolz sein auf die Aufbauleistung der letzten 20 Jahre.

(Beifall CDU, FDP)

Weitere Analysen kann man sicher teilen, aber andere würde ich unter die Überschrift stellen: So ist Matthias Machnigs Welt. Es gibt Kreise in der Unternehmerschaft, die sagen, dieses Werk ist das SPD-Wirtschaftswahlprogramm. So weit würde ich nicht gehen, denn wirklich Neues, nichts, was nicht schon mal von Ihren Vorgängern im Amt oder in Gutachten von vielen Wirtschaftsinstituten in den letzten zwei Jahrzehnten als zukünftige Leitplanken unserer Wirtschaftspolitik niedergeschrieben und empfohlen wurde, findet man in diesem Werk. Natürlich brauchen wir Innovation als Schlüssel für künftiges Wachstum, natürlich ist Investition Schlüssel für Innovation, natürlich brauchen wir dafür eine moderne Infrastruktur und natürlich muss unsere Wirtschaft internationaler werden, weil dort die Wachstumschancen liegen. Natürlich - und da muss jetzt das Wort Integration erhalten - Integration von Fachkräften und Talenten ist ein Schlüsselwort. Sie erkennen, Herr Minister, das sind Ihre fünf „I“ aus dem Papier. Ich möchte ein weiteres hinzufügen. Natürlich ist das alles nicht so sehr neu.

(Beifall CDU, FDP)

Natürlich muss - und so haben es die Leute aus Ihrem Haus auch aufgeschrieben - Produktivitätszuwachs vor Lohnzuwachs stehen. Ich gebe Ihnen auch recht, dass wir da ein Problem in unserer Wirtschaft haben. Unsere Produktivität ist eben auch branchenspezifisch. Ein Chemiearbeiter bei BASF oder in Merseburg/Leuna hat einen um den Faktor 8 höhere Produktivität als der Fleischer im Schlachthof Nohra. Für Thüringen heißt das, eine regionale Wirtschaft mit 20 Prozent Wertschöpfungsanteil im Ernährungsgewerbe kann sich im Produktivitätsniveau nie mit Regionen wie zum Beispiel der Rhein-Main-Region oder Nordrhein-Westfalen messen. Es ist einfach unlauter, solche Sachverhalte, die im ersten Semester jedes VWL-Studiums gelehrt werden, den CDU-Vorgängerregierungen anzulasten.

(Beifall CDU, FDP)

Dieser Sprach- und Denkdiktus einer angeblich verfehlten Vorgängerpolitik und auch von jetzigen CDU-Ministerien ist nicht angetan für einen konstruktiven Diskurs, so dass das Papier trotz guter Ansätze sich als politisch tendenziös präsentiert und sich einer soliden Wertigkeit entledigt.

(Zischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Steht da gar nicht drin.)

Viele unserer Unternehmen stehen viel zu weit am Anfang der Wertschöpfungsketten, sind Zulieferer ohne eine nennenswerte Marktmacht. Sie haben recht, wir haben keine großen Industrieunternehmen, nur halb so große Betriebsgrößen wie im Durchschnitt der alten Bundesländer. Das zu ändern, da hilft aber auch nicht Zalando, und wenn wir uns - und das gestatten Sie mir als Südhüringer - in unserem Land zwei Spaß-Arenen leisten, dann geht das zulasten ansässiger Thüringer Unternehmen, denn denen entziehen wir einen erheblichen Teil möglicher Fördergelder.

(Beifall CDU)

Und wir sprechen uns wieder, wir werden perspektivisch auch die Steuerzahler dieses Landes mit diesen Spaßtempeln belasten. Dass Sie im Weiteren die Gedankengirlanden drehen, dass das Heil dieses Landes unter anderem in einer Verwaltungs- und Gebietsreform liegt, verwundert mich. Verwaltungsreform ja, aber über den Rest haben wir uns an dieser Stelle auch schon oft gestritten, den Nachweis, dass größer gleich besser und wirtschaftlicher ist, hat bis heute noch keiner angetreten, eher das Gegenteil ist der Fall.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist vorbei.

Abgeordneter Heym, CDU:

Ich will zum Schluss kommen. Das Papier ist nicht durchweg falsch, es zeigt richtige Ansätze, wie wir uns zukünftig aufstellen müssen, aber nichts darin ist neu. Und um es ernsthaft tiefgründiger zu diskutieren, zu beleuchten, dazu ist - und das war mein Ausgangssatz - die Aktuelle Stunde nicht geeignet.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Frau Abgeordnete Anja Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, Herr Barth, seien Sie gespannt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ist aber ein bisschen viel ...)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die gesammelten Werke, hier sind Sie alle. Herr Barth ist schon ganz aufgeregt, was jetzt alles verlesen werden soll, wird es nicht. Ich will ja erst einmal meiner großen Erleichterung Ausdruck verleihen, dass es sich nicht um den Auftakt zum koalitionsinternen Wahlkampf handelt, weil, als die SPD diese Aktuelle Stunde anmeldete, hatte ich so kurz den Eindruck, der Wahlkampf ist jetzt eröffnet, und ich hatte ihn noch einmal kurz, als ich eben Herrn Heym zuhörte. Aber nein, Herr Lemb, ich habe Sie so verstanden, es geht um eine Einladung zur Zukunftsdebatte Thüringens und nicht um Wahlkampfgeklingel. Tun wir das erst einmal unter dieser Vorbemerkung ab und schauen einmal, was hier inhaltlich kommt.

(Zwischenruf Abg. Lemb, SPD: Genau.)

Wie ich darauf gekommen bin, dass es sich um ein Wahlkampfvorgeklingel handeln könnte, sieht so aus: Der Kollege Bullerjahn, jetzt Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, hat tatsächlich im Jahr 2006, das ist schon ein Weilchen her

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Der ist Finanzminister)

- Entschuldigung Finanzminister -, Einsichten und Perspektiven Sachsen-Anhalts 2020 veröffentlicht und unter der Überschrift 2006 entsprechend Punkte zu veröffentlichen als SPD-Minister heute ein realistischer Blick auf die Entwicklungen, finde ich, ist zumindest die Überschrift erst einmal nicht so super neu, dass man sagen könnte, hier wurde etwas ganz Besonderes veröffentlicht. Im Gegenteil, da haben sich andere schon viele Jahre vor Ihnen entsprechend Gedanken gemacht.

Viel spannender an der Debatte finde ich aber die Frage, wie dieses Papier, was am Ende Zukunft 2020 heißt, in analytische Betrachtungen geht und die letzten Jahre reflektiert. Weil ich finde nämlich, dass die ersten Seiten dieses Papiers vor allen Dingen die ungeklärten Baustellen dieser Legislaturperiode der schwarz-roten Landesregierung beziffern, deutlich machen und zeigen, was noch zu tun ist. Ich will das gern an verschiedenen Punkten benennen. Da wird mit dem Niedriglohnland Thüringen abgerechnet. Und da heißt es, dass die Politik der vergangenen Jahre verheerende Folgen für die Qualität der Beschäftigungs- und Entlohnungsstrukturen heute hat.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das stimmt! Das ist wahr!)

Da geht es weiter mit der Frage, was ein Landesentwicklungsprogramm 2025 tun müsste, und da heißt es, dass wir davon wegkommen müssen, die demografische Entwicklung zu erleiden, und dass deswegen auch heutige Konzepte hinter dem zurückbleiben, was in der Vergangenheit beschlossen wurde. Dann geht es weiter über viele Punkte, es heißt - Zitat -, das hört die Koalition wahrscheinlich besonders gern: „Eine Konsequenz“. „Wir brauchen eine Gebiets- und Verwaltungsreform, die sich an den Anforderungen des Jahres 2030 und nicht“ - jetzt kommt es, CDU zugehört - „an den politischen Kurzfristkalkülen des Jahres 2013 orientiert.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man berücksichtigt - Sachsen-Anhalt hat so ein ähnliches Papier 2006 geschrieben -, dass die Ministerpräsidentin vor einigen Jahren ihre Strategie Thüringen 2020 in Jena vorstellte, wenn man berücksichtigt, dass jetzt - drittens - der Wirtschaftsminister mit diesem Papier an diese Idee anknüpft, dann frage ich mich ernsthaft: Ist innerhalb der Regierung jetzt schon Opposition ausgebrochen oder nicht? Mein Eindruck ist, die Regierung ist ihre eigene Opposition.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn dem so ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das deswegen so bemerkenswert, weil das zeigt, dass diese Regierung handlungsunfähig ist.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Ich sage mal, als GRÜNE habe ich nicht Lust, mir das noch anderthalb Jahre anzusehen. Das geht ja noch weiter, nicht nur, dass diese Papiere zeigen, dass die Opposition in der Regierung lebt, das kann man heute wunderbar in der „Thüringer Allgemeinen“ auf Seite 3 lesen. Früher war das ja immer

(Abg. Siegesmund)

schöne Tradition, dass, wenn zwei Positionen gegengestellt wurden, man eine Position aus Opposition und Regierung nahm, inzwischen bedient sich ja sogar die Thüringer Presse der Landesregierung und der unterschiedlichen Positionen selbst. Herr Machnig, ich meine, Sie stehen neben Ihrem Kollegen Christian Carius - zur Frage in der Energiewende klemmt es. Sie sitzen so schön traut beieinander, jetzt lösen Sie doch die Probleme endlich auf, die Sie hier sehen, und handeln Sie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Auftrag ist zu handeln; ihr Auftrag ist nicht, ganze Zeitungsseiten zu füllen. Ich sage mal, Papier ist geduldig, wir sind es nicht. Ich vermisse kluge Ideen, Visionen, ich vermisse gemeinsames Handeln. Machen Sie das, was eine Regierung - ich hätte beinahe gesagt, verdammt noch mal - zu tun hat. Tun Sie was! Tun Sie was, dass Thüringen Zukunft hat, und reden Sie nicht nur darüber, wie Sie bestimmte Punkte angehen wollen. Dann machen Sie nämlich das, wofür Sie eigentlich gewählt sind.

Jetzt noch ein paar Sätze zur Frage SPD-Politik und Wirtschaft: Sie fallen eben wieder auf die Punkte rein, die die SPD nach wie vor im wirtschaftspolitischen Bereich falsch macht. An erster Stelle kommt immer Industriepolitik, an zweiter Stelle immer Infrastrukturpolitik, an dritter Stelle Investitionen. Und warum immer noch dieser alte Investitionsbegriff, warum immer noch nicht die Punkte, die wirklich entscheidend sind, nämlich auch die Kleinstrukturen zu fördern.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie lassen ganz viel außen vor, auch in diesem Papier, das ist ärgerlich.

Kurze Zusammenfassung: Vieles ist nicht neu. Ein Satz noch zu Erfurt, Weimar, Jena.

Präsidentin Diezel:

Das wird knapp mit dem einen Satz.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Friedrich Schiller würde sich im Grab rumdrehen. Und wenn Sie Kooperation machen wollen, dann bitte ja, aber nicht auf diesem Weg. Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion der FDP spricht jetzt der Abgeordnete Thomas Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Jugendliche auf der Tribüne, Mitglieder des Jugendparlaments, ja, es geht um die Zukunft. Die Zukunft gestaltet man in der Gegenwart und an der Gegenwart und seinen gegenwärtigen Taten sollte sich der Verfasser dieses Papiers - ich habe es in blau dabei, wie immer in blau - messen lassen können, wobei ich mir sicher bin, dass der Verfasser dieses Papiers - wahrscheinlich sind es auch mehrere Verfasser - und der Akteur auf der Bühne nicht derselbe ist. Erst mal schön, apropos Bühne, dass Sie es dann noch mal geschafft haben, im Gegensatz zu Tagesordnungspunkt 1 hier teilzunehmen.

(Beifall FDP)

Auch da hätten wir Sie gerne gesehen. Denn auch das war ja ein durch Sie gesetzter Anlass. Auch hier sehen wir wieder, dass Sie einen Anlass gesucht haben, gesetzt haben, sich eine Bühne bereitet haben, um alten Wein in neuen Schläuchen - oder wie man auch immer das nennen mag - zu präsentieren. Dessen Name konnte man noch dem Podium entnehmen, was zum Schluss des Vortrags am Montag gebildet worden ist. Auf die Frage, was nehmen Sie aus der Veranstaltung denn mit, waren es die üblichen Worthülsen, nach Höflichkeit ringend.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Sie waren doch gar nicht da.)

Man muss nicht alles selber hören, Herr Machnig, Sie hören auch nicht immer gut zu, aber ich habe mir das sehr genau berichten lassen, was da passiert ist, aber außer Worthülsen ist da nicht viel passiert.

(Beifall FDP)

Zu ein paar Worthülsen wollen wir dann doch kommen. Zum Beispiel wurde die Mär wieder betrieben, dass sie 70 Prozent der GAP-Förderung an KMU auszahlen.

Meine Damen und Herren, nach wie vor ist es unbestritten, dass Sie knapp 80 Mio. an 5 Unternehmen ausgezahlt haben, Redcoon, Zalando, Kaufland, Opel und der fünfte fehlt mir jetzt, jedenfalls sind 80 Mio. 800 x 100.000 € für den Thüringer Mittelstand und ich halte diese jeweils 100.000 für 800 aufstrebende mittelständische Unternehmen für wichtiger und besser verteilt, als eben an 5 Große zu verteilen.

(Beifall FDP)

(Abg. Kemmerich)

Auch das aktuelle Beispiel von Bosch oder Kompetenzzentrum Solar oder Ähnliche - man kann es ja nicht Pannen nennen, sondern wirklich schlimme Sachverhalte - zeigen, dass das Geld im Kleinen verteilt, etwas aufwendiger ist, aber nachhaltiger verteilt würde und nachhaltigere Strukturen aufgebaut würden und wir wirkliche Aufbau-Ost-Leistungen hätten, die man hier, der Thüringer Mittelstand, vollbringen kann.

Apropos Mittelstand: Ein Teil dieses Papiers widmet sich einer Worthülse - Thüringer goes Mittelstand. Erklärt wird nicht, was in diese Worthülse hineinkommt, klingt gut - klingt aber nicht gut für denjenigen, der heute die Thüringer Unternehmenslandschaft repräsentiert, das ist der Mittelstand. Wir sind ein mittelständisch geprägtes Land und ich weiß von vielen Unternehmern, aus vielen Gesprächen mit Unternehmern, dass sie wirkliche Hilfe brauchen bei den Themen, die sie wirklich belasten. Die Schwerpunkte, die Sie setzen, Aufbau Ost beenden - was immer das heißt -, gute Arbeit, demografischen Wandel gestalten, Thüringen der Welt öffnen, Exportquote erhöhen, Investitionen sichern und Landeshaushalt konsolidieren.

Das haben Sie alle schon x-fach gehört. Bei den wirklich ambitionierten Themen kommen Sie über eine Analyse der Situation nicht hinaus. Wir haben kein E-Government, das wissen wir alle. Aber wo ist die E-Government-Konzeption der Landesregierung? Was passiert da konkret?

Ich bin da bei Frau Kollegin Siegesmund,

(Beifall FDP)

an den Taten sollen Sie sich messen lassen, nicht an der Vielzahl von Papieren, nicht an den Tonnagen von blau eingebundenen Kartonagen und Prospekten, sondern an dem, was Sie wirklich für den Thüringer Mittelstand an Taten heute, in der Gegenwart tun und tun werden, solange Sie noch in der Regierung sitzen.

(Beifall FDP)

Die Wachstumstreiber in Thüringen waren und werden sein: Innovationen, gut ausgebildete Fachkräfte, dynamische Unternehmer und ein Zukunftsdialog mit allen Beteiligten. Ich halte es nicht für besonders dienlich, wenn Sie einen Zukunftsdialog, sofern Sie den tatsächlich ernsthaft anstreben, damit beginnen, dass Sie Ihre Visionen - über Visionen haben intelligente SPD-Politiker ja schon eine Menge gesagt - uns mitteilen, wie im Jahr 2020 dieses Land auszusehen hat.

Ich habe durchaus Respekt vor namensvollen Agenden mit Jahreszahlen, Agenda 2010. Ich denke, das war wirklich zukunftsweisend, aber ob dieses Papier den Ausdruck wert ist, den wir hier in der Hand halten, das werden Sie uns selber bestätigen, indem Sie wahrscheinlich in relativ kurzer

Zeit ein neues vorlegen werden und uns mal wieder Ihre Sicht der Dinge erklären.

(Beifall FDP)

Meine Vorredner haben es gesagt, Michael Heym hat es insbesondere betont, es ist vieles auf den Weg gebracht, die Früchte der Vorgängerregierung werden auch jetzt geerntet. Thüringen ist aufgrund der fleißigen Unternehmerschaft, der fleißigen Mitarbeiter in den Unternehmen, des fleißigen Thüringer Mittelstands hier hingekommen, wo wir heute stehen, und ich weiß auch, dass die Unternehmer und deren Mitarbeiter sich nicht durch diese Papiere aufhalten lassen werden. Deshalb mache ich mir um die Zukunft Thüringens erst einmal keine Sorgen,

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

nur um die Gestaltung derjenigen, die hier heute Verantwortung tragen, doch große. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Landesregierung spricht Herr Minister Machnig. Bitte schön, Herr Minister.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Tat, es ist notwendig, darüber nachzudenken, wie man Politik aus der Tagesaktualität befreit und dann ein bisschen über den Tellerrand hinausschaut.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Und wo man Zukunft findet.)

Ja, dazu komme ich gleich noch - nicht in der FDP im Übrigen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Aber auch nicht bei Herrn Machnig.)

Ich bin nicht in der FDP und Sie müssen sie ja auch nicht in der SPD finden. Aber vielleicht kann ich ja mal meine Gedanken fortsetzen.

Mein Punkt - und das habe ich versucht, das sage ich ganz offen -, dieses Papier ist in einem kleinen Kreis von Mitarbeitern erarbeitet worden, die Fachkompetenz des Hauses wird genutzt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Zukunftssekretariat.)

Ja, genau. Die haben daran gearbeitet, wir haben das miteinander diskutiert, aber Herr Barth, jetzt

(Minister Machnig)

müssen Sie mir auch einmal die Chance geben zu reden, Sie können ja hinterher gern etwas sagen. Ich höre Ihnen immer zu, ich lausche Ihnen geradezu.

Das haben wir erarbeitet, weil es notwendig ist, Politik auch über die Tagesaktualität hinaus zu denken. Jetzt bin ich über eines hochgradig irritiert oder amüsiert; die interne Wirkung hier und die externe Wirkung draußen sind völlig andere. Ich kann hier nur sagen, nach der Veröffentlichung in der „Thüringer Allgemeinen“ über das sogenannte Dreistadt-Konzept, also eine Forderung die über drei, vier Tage in den Medien diskutiert worden ist, die ich gar nicht gestellt habe. Interessanterweise kann ich nur eines sagen: Die Nachfrage nach diesem Papier ist enorm gestiegen und im Übrigen auch Beiträge von Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf das Papier beziehen und im Übrigen darauf hinweisen, wo sie Ergänzungsbedarf und wo sie Zustimmung haben und wo sie noch bestimmte Themen vermissen. Darum genau geht es, denn unser Anspruch war doch überhaupt nicht, auf 39 Seiten - mehr hat dieses Papier ja gar nicht - alle Themenfelder, alle Politikfelder und alle Entwicklungsetappen bis zum Jahre 2020 abzubilden, denn dann wäre es ein sehr langes Konvolut geworden, sondern mal mit einigen Spotlights das herauszuarbeiten, wo die großen Herausforderungen in den nächsten Jahren liegen. Dazu stehe ich, das halte ich auch für notwendig.

Ich kann nur sagen, die öffentliche Resonanz ist gut. Im Übrigen bei der Auftaktveranstaltung hat ein FDP-Mitglied gesagt, der auf dem Podium war, ein Unternehmer, dass er froh ist, dass ein solches Papier mal vorgelegt worden ist, das über die Tage hinaus denkt und dass er mit 95 oder 90 Prozent, hat er gesagt, dieser Forderungen überhaupt keine Probleme hat. Das hat mich gefreut, weil das eines zeigt, dass Unternehmer sich zunächst mal ein eigenes Bild machen und sich nicht davon abhängig machen, was die Presse schreibt oder was Parteien, die meinen, sie zu vertreten, ihnen vorgeben. Das finde ich gut und das muss auch weitergehen. Deswegen kann ich Ihnen eines sagen, wir werden diese Diskussion weiterführen. In allen Regionen Thüringens werde ich dazu Veranstaltungen machen mit bestimmten Schwerpunkten.

Und, Herr Heym, da bin ich für jeden neuen Gedanken dankbar, aber man muss sich dann mal entscheiden, entweder steht nicht alles drin oder es ist nichts Neues oder was auch immer. Dann verstehe ich allerdings die ganze Aufregung nicht, mit der auch Ihre Partei zum Beispiel auf dieses Papier reagiert hat. Denn wenn es nicht neu ist, dann hätte man sich gar nicht so aufregen müssen, wenn es was Neues ist, hätte man sich inhaltlich damit auseinandersetzen können, darauf hoffe ich nach wie vor und zu dieser Debatte stehe ich auch gerne.

Jetzt mal ein paar Grundsatzbemerkungen, das sage ich auch an die GRÜNEN. Natürlich müssen wir über Investitionen, Infrastruktur und Industriepolitik reden, ein Kernbestandteil einer wirtschaftspolitischen Strategie für dieses Land. Dazu gehört auch - und das ist überhaupt nicht vorwurfsvoll -, wenn ich feststelle, dass die Kapitalintensität Thüringens bei 80 Prozent des Westniveaus ist, ist das zunächst mal kein Vorwurf, sondern eine schlichte Rechengröße. Wenn es darum geht, gleiche Lebensverhältnisse aufzubauen, dann muss es uns gelingen oder sollte es uns gelingen, es muss zumindest das Ziel sein, dass wir bei dem Thema Kapitalintensität auf das Niveau des Westens kommen. Natürlich muss es uns gelingen, beim Thema Produktivität möglichst auch nach vorn zu kommen. Ja, das ist mir schon klar, da gibt es eine unterschiedliche Branchenstruktur, nur ich kann Ihnen eines sagen, solche Branchenstrukturen haben sie in Niedersachsen auch, die haben auch einen großen Anteil etwa im landwirtschaftlichen Bereich, haben trotzdem eine höhere Produktivität und dieses Produktivitätsthema müssen wir lösen, denn das hängt mit einer Frage zusammen, dass wir zum Teil eine zu geringe Wertschöpfung in unseren Produkten haben, die über F&E. Das steht da alles drin, deswegen ist es kein Vorwurf, eine Beschreibung der Realität und das heißt auch, wir müssen Politiken entwickeln, soweit man das über Politik kann, die diese Entwicklung verändert.

Das Gleiche gilt für das Lohnniveau. Wir liegen bei 70 Prozent des Lohnniveaus und Thüringen ist, was die Bruttowertschöpfung pro Einwohner angeht, auf Platz 16 der Bundesrepublik, letzter Platz. Das müssen wir verändern

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Was spricht dann für einheitliche Löhne?)

- zu den Löhnen komme ich gleich -, Bruttowertschöpfung muss erhöht werden pro Kopf und das heißt, natürlich brauchen wir zunächst mal Beschäftigung, und zwar sehr unterschiedliche. Da lasse ich mir von niemandem eines erzählen und von Herrn Kemmerich schon gar nicht, dass ich mich ernsthaft entscheiden soll zwischen einer Ansiedlung von Zalando, KNV oder redcoon und klein- und mittelständischen Unternehmen. Wir werden beides tun. Im Übrigen kann ich eines sagen, die hessische Landesregierung hat Aufstände gemacht geradezu, um redcoon oder Zalando nach Hessen zu bekommen, die hätten den roten Teppich ausgerollt. Der Wirtschaftsminister, ein Kollege aus der FDP im Übrigen, hat mir gratuliert dazu, dass es uns gelungen ist, solche Investitionen nach Thüringen zu holen.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Die Sachsen wollten es nicht.)

Das kann ja sein, da ist, glaube ich, gar nicht gefragt worden. Das kann ja sein, sollen die Sachsen

(Minister Machnig)

doch entscheiden. Ich kann nur sagen, wenn es darum geht, bei Zalando 4.000 Arbeitsplätze zu schaffen, und bei KNV, dass das modernste Medizenzentrum und Buchhändlerzentrum nach Thüringen kommt, wo 150 Mio. € investiert werden, dann muss ich sagen, ist das meine Aufgabe als Wirtschaftsminister. Wenn ich es nicht gemacht hätte, dann weiß ich, was Sie mir gesagt hätten, wie ich denn so verrückt sein konnte, eine solche Investition an Thüringen vorbeigehen zu lassen. Deswegen ist die Aussage richtig, wir machen beides. Der Großteil der Anträge geht an kleine und mittelständische Unternehmen und bei größeren Investitionen - das ist nun einmal so - gibt es auch einen größeren Zuschussbedarf. Diesem Zuschussbedarf werden wir auch genügen und wir wollen auch helfen, dass weiterhin solche Investitionen nach Thüringen kommen.

Ein letzter Satz zum Thema Arenen: Sie haben das immer noch nicht verstanden, obwohl Sie schon lange hier im Landtag sind. Das sind hier Maßnahmen aus der GRW-Infrastruktur. Infrastruktur, das heißt, das geht keinem Unternehmen verloren. Infrastrukturinvestitionen per Definition sind keine einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderungen, sondern GRW-Infrastruktur. Wir haben immer aufgeteilt, im Übrigen auch schon meine Vorgänger, einen bestimmten Teil aus der GRW für die Infrastruktur. Genauso mache ich das auch. Da haben sich noch nicht einmal die Prozentsätze wesentlich verändert, wie die Aufteilung aussieht. Ja, das ist so.

Jetzt sage ich ganz klar, wir müssen uns dann mal entscheiden, pass auf, ich bin nur für eines, dann muss man sagen, wir halten das für falsch. Was ich allerdings nicht mehr mitmache, das sage ich auch ganz klar, dass ich das dann aus der Zeitung lesen und hören muss aus bestimmten Kreisen, ohne Namen zu nennen, sondern da muss man sagen, wir wollen das nicht, wir stellen uns dagegen und wir versuchen, das zu verhindern. Das erwarte ich, ansonsten erwarte ich, dass man solche Projekte, die wir brauchen, ich sage das ausdrücklich, wir brauchen sie, wir brauchen moderne Infrastrukturen, und zwar multifunktional - multifunktional für Unternehmen, für Kulturveranstaltungen. Dann müssen wir uns auch entscheiden, das zu wollen und nicht das alles kaputtreden, bevor überhaupt der ganze Prozess auf den Weg gebracht worden ist. Eindeutig.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Da hat er recht ... Jetzt habe ich ihm recht gegeben.)

Herr Barth, Sie glauben gar nicht, wenn Sie etwas Richtiges sagen, würde ich Ihnen auch recht geben. Stellen Sie sich das einmal vor. So bin ich - ein Liberaler.

(Beifall DIE LINKE)

Ich bin der wirklich einzig Liberale. Wissen Sie, woran Sie das erkennen? Ich würde Ihnen sogar ein paar Mal mehr recht geben, so liberal bin ich.

(Unruhe FDP)

Frau Leukefeld, das war ein netter Punkt mit den ganzen Abkürzungen. Weil immer gesagt wird, wir müssten mal handeln. Ich sage mal so, wenn wir eine Thüringer Agentur für Kreativwirtschaft ThAK gründen, haben wir gehandelt, im Übrigen sehr erfolgreich. Erfolgreich deswegen, weil sich dort inzwischen sehr viele junge Unternehmen beraten lassen, wie sie ihren Weg in die Selbstständigkeit gehen können. Deswegen machen wir das. Dann gab es einen Auftrag, im Übrigen auch des Parlaments, UFaS entweder abzuschaffen oder zu evaluieren oder zu reformieren und dann zusätzlich zu evaluieren. Das haben wir jetzt getan, wir haben die ThAFF neu gegründet, ein neuer Schwerpunkt. Ich habe das Evaluationsgutachten dem Parlament zur Verfügung gestellt, aus dem eines hervorgeht, in der Tat sind die Evaluierungsergebnisse gut, der Turnaround ist geschafft worden. Jetzt will ich Ihnen das mit Text erklären: Schauen Sie mal, es gab in Thüringen folgende Situation, dass es 16 unterschiedliche Beratungsnetzwerke gab. Selbst ich - und ich habe ein gutes Gedächtnis auch für viele Einzelheiten - habe nicht mehr verstanden, was da in den einzelnen Bereichen passiert. Das waren die großen Netzwerke, die ich gar nicht gegründet habe, sondern die gab es. Jetzt haben wir eines getan, wir fassten sie, und zwar im Zusammenspiel mit den IHK'en, unter einem Dach zusammen, mit einer Marke, damit jeder Existenzgründer, egal wo er herkommt, ob er aus der Arbeitslosigkeit kommt, ob er von den Hochschulen kommt, die richtige Adresse findet und innerhalb dieser Adresse auch die richtige Tür für die Spezialprobleme und das besondere Beratungsbedürfnis, das es bei denen gibt. Das heißt ThEx. Und das beginnen wir jetzt und wir haben jetzt noch ein Thema. Es muss noch eine Immobilie gebaut werden, die vonseiten der IHK finanziert wird. Dann gehen die da rein und da gibt es dieses konzentrierte zusammengefasste Beratungsnetzwerk. Das wird die Arbeit, die Übersichtlichkeit der Beratung in Thüringen insgesamt verbessern. Von daher sage ich ganz klar - richtig.

Jetzt will ich das mit ThZM erklären. Das ist auch nicht so schwer. Wir haben ein Thüringer Zentrum für Maschinenbau gegründet, das heißt, eine sehr nahe, unternehmensnahe Förderung und Kooperationsprojekt unterschiedlicher Forschungsbereiche. Eine Universität, zwei FHen arbeiten zusammen und die bekommen dann Geld für Forschungsförderung. Wenn mindestens zwei dieser Einrichtungen mit einem Unternehmen, und zwar an einer sehr wirtschaftsnahen Forschung arbeiten, dann bekommen die Geld. Und das werden wir am 1. Juni gründen, das ist richtig. Das ist nämlich keine institutionelle Förderung, das ist Projektförderung sehr nahe

(Minister Machnig)

an den Bedürfnissen von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die in der Regel nicht in der Lage sind, eigene Forschungsprojekte für Produktinnovation, für Verfahrensinnovation und Ähnliches auf den Weg zu bringen. Da sage ich ja, sehen Sie, allein an diesen vieren - ich könnte jetzt noch ein paar andere Abkürzungen nennen - können Sie sehen, die Landesregierung, mein Haus handelt, das ist auch gut so, sonst gäbe es das alles nämlich nicht; das ist die Aufgabe.

Jetzt einmal zum Thema Energie: Ich habe alles verstanden, Frau Siegesmund. Sie haben heute Morgen die Zeitung gelesen und haben sich geärgert, dass Sie nicht auf Seite 3 waren. Das habe ich jetzt verstanden.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So kleinkariert kann ja nur ein Sozialdemokrat sein.)

Nein, nein. Ich bin gefragt worden, ob ich sieben Fragen der TA beantworten will, und der Kollege Carius auch. Und da werden wir doch unsere Antworten geben. Im Übrigen, wenn man die einmal liest, so weit liegen die gar nicht auseinander. Da gibt es einzelne Felder, wo eine fachliche Debatte notwendig ist. Jetzt komme ich einmal zum Thema Energiepolitik. Wir werden in diesem Jahr gemeinsam den Landesentwicklungsplan durchs Parlament bringen. Der ist entscheidend dafür, dass wir die nächste Stufe im Bereich der Energiepolitik in den nächsten Jahren machen können. Denn da stehen verbindliche energiepolitische Ausbauziele für die einzelnen Regionen drin. Wir haben ThEO gemacht, in der Tat - Thüringer Energieeffizienzoffensive. Wir haben eine Vielzahl von Initiativen. Ich habe heute ein Projekt vorgestellt, wo ein großer Baukonzern, die STRABAG, 1 Mrd. in Thüringen investieren will für zwei neue Pumpspeicherkraftwerke. Jetzt sagen Sie mir ernsthaft, wir würden hier nicht handeln? Wir handeln dort sehr, allerdings gibt es auch Konfliktfelder beim Thema. Das kann man doch offen benennen. Es gibt bei der CDU eine andere Haltung zum Thema Wind als bei mir. Das ist bekannt. Jetzt macht man eines in der Koalition, man sucht einen Kompromiss, auch beim Thema Wind im Wald. Ich bin dazu bereit. Ich sehe auch überhaupt kein Problem, dass dieser Kompromiss nicht gelingen soll.

Ich sage klar, wir handeln und trotzdem gibt es unterschiedliche inhaltliche Positionen bei der einen oder anderen Frage, die, finde ich, sollte man diskutieren. Deswegen sage ich klar, wir werden das weitermachen.

Herr Barth, Sie haben im Übrigen an einer Stelle recht. Dieses Papier wird im Herbst oder Ende des Jahres erneut weitergeschrieben. Und wissen Sie warum?

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Ich habe gesprochen, wenn Sie sich erinnern.)

Ja, ist egal, ich nehme auch Sie, Herr Kemmerich. Es kommt auch nicht darauf an. Wir machen eines, wir nehmen die Debattergebnisse und Debattenbeiträge ernst, die auf diesem Forum kommen. Das, was dort eingebracht wird, das werde ich dann, wenn es sinnvoll und machbar und umsetzbar ist, auch aufnehmen. Da bin ich mir überhaupt nicht zu schade dafür. Wenn es gute Ideen gibt, bin ich der Allerletzte, der nicht sagen würde, ja, lasst sie uns einbauen in eine wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Strategie für die nächsten Jahre. Deswegen würde ich mich freuen, einmal jenseits des Verlesens von Überschriften, denn das, was Sie hier zum Teil gehört haben, das war die Zusammenfassung oder das Vorlesen des Inhaltsverzeichnisses. Das kann ich auch. Unter den Inhaltsverzeichnissen stehen jede Menge Punkte. Ich will nur einen Punkt sagen. Das muss ich aber einmal mit dem Finanzminister diskutieren. Ich bin für eine Investitionsquote von 15 Prozent im Landeshaushalt. Sage ich, das steht drin. Das muss man dann diskutieren, weil, wissen Sie, warum das notwendig ist? Selbst wenn 15 Prozent festgeschrieben würden, heißt das immer noch in den nächsten Jahren massives Herunterfahren der Investitionen, weil der Haushalt entsprechend überproportional zurückgeht. Dann lasst uns einmal darüber reden.

Ich sage ein anderes Beispiel: Wir werden ein Patentanmeldungsförderungsprogramm machen für kleine und mittelständische Unternehmen. Das steht da auch drin, das ist wahr. Da hat es Hinweise gegeben auch vonseiten von kleinen und mittelständischen Unternehmen an mich. Wir können das zum Teil nicht finanzieren, das ist sehr teuer. Wir arbeiten daran, ein solches Programm auf den Weg zu bringen. Meine herzliche Bitte, machen Sie Vorschläge dazu.

Oder beim Thema Landesarbeitsmarktprogramm: Ich schreibe, das Landesarbeitsmarktprogramm wird fortgeschrieben durch zwei Maßnahmen. Wir werden in den 23 Integrationsstellen zusätzliche Stellen schaffen für diejenigen, die Menschen aus der Arbeitslosigkeit bei der beruflichen Eingliederung im Unternehmen unterstützen. Wenn ein Unternehmen fünf Arbeitslose einstellt, bekommt er von mir eine Stelle finanziert, die sich ausschließlich darum kümmert, diese fünf in die betrieblichen Abläufe zu integrieren.

Ein anderes Beispiel - „Thüringen braucht dich“: Wir haben es geschafft, dass die Bundesanstalt für Arbeit die Kampagne und das, was dahinter steht „Thüringen braucht Dich“, zu einem bundesweiten Modellprojekt gemacht hat, ein bundesweites Modellprojekt, bei dem 100.000 junge Leute unter 35

(Minister Machnig)

Jahren noch einmal eine zweite Chance bei der Ausbildung bekommen. Ich könnte das ergänzen.

Wenn wir auf der Ebene über Vorschläge diskutieren würden, die in eine solche Richtung gehen, dann muss ich sagen, würde ich mich sehr freuen. Dann würden wir unserer Aufgabe am Ende des Tages auch wirklich gerecht.

Ein letzter Satz, was auch nicht geht. Im Übrigen, natürlich haben schon mal andere Leute außer mir, die CDU und ähnliche, ein Papier geschrieben, was machen wir eigentlich in den nächsten 15 Jahren. Das hat der Bullerjahn mal gemacht. Ich bin sicher, ich finde - wenn ich mal stören würde - bei der FDP was, bei der CDU was, auch bei den LINKEN was, bei jedem, ja sicher. Was ist jetzt eigentlich das Problem dabei? Gar keins. Das meine ich mit Ideenwettbewerb. Ich sage, wenn jetzt Ideen kommen aus der einen oder anderen Richtung, lasst uns darüber ringen, was ist die beste Antwort auf diese Frage. Darum geht es mir. Ich glaube, dass das notwendig ist. Das, mit Verlaub, immer zu beantworten, das kann ich auch schon nicht mehr hören, immer mit der Frage zu beantworten, es sei jetzt alles Wahlkampf. Da muss ich mal sagen, dann weiß ich nicht, was wir noch machen können. Dann ist alles nur noch Wahlkampf. Jede Verlautbarung, jedes Programm, das ich auf den Weg bringe, ist dann alles Wahlkampf. Da muss ich sagen, das ist mir zu billig. Wir sind alle aufgefordert, alle, darüber nachzudenken, was sind Angebote in den Feldern, die ich benannt habe, beim Thema Arbeit, beim Thema Industriepolitik usw.

Der letzte Gedanke zur Verwaltungs- und Strukturreform und der Kooperation. Ich will Ihnen mal erklären, wie das zustande gekommen ist mit der Dreistadt, damit Sie das wissen. Es gibt in der Raumordnungspolitik und in der Regional- und Strukturpolitik das Konzept von Metropolregionen. Es gibt eine Metropolregion Frankfurt, da gehört Offenbach dazu. Es gibt eine Metropolregion, z. B. Köln, Düsseldorf, es gibt eine Metropolregion Nürnberg. Ich habe es auch vorhin gesagt, wir können nicht ernsthaft sagen, angesichts von ein oder zwei Millionen, die Beschäftigten, die dort leben, wenn wir ernsthaft davon reden, wenn wir über Erfurt, Jena, Weimar reden, das sind nicht einmal eine halbe Million Menschen, die dort leben, wir können nicht ernsthaft von einer Metropolregion reden angesichts der Metropolregionkonzeption, die es in anderen Bundesländern gibt. So ist der Begriff Dreistadt entstanden, die darüber nachdenkt und wo es darum geht, wie kann ich funktional in diesem Dreieck so zusammenarbeiten, dass das auch erkennbar wird - der Prof. Fritsch hat das, wie ich finde, richtigerweise ausgedrückt -, dass daraus ein Magnet wird, und zwar für Menschen in und außerhalb von Thüringen. Darum geht es. Da gibt es viele Möglichkeiten Synergien zu heben, zum Beispiel im Bereich der Wohnungspolitik, im Bereich der Ver-

kehrpolitik, im Bereich der Ansiedlung im Gewerbegebiet, darum geht es. Ich muss mal sagen, mich hat amüsiert, was manche Zeitungen daraus gemacht haben. Ich kann nur sagen, die Leser sind viel schlauer. Auf den Internetseiten haben sich Leser darüber beschwert bei den Zeitungen, dass sie mir etwas unterstellt haben, was in dem Papier gar nicht drinsteht, weil sie sich das Papier inzwischen besorgt und haben feststellen müssen, dass es um etwas ganz anderes geht. Dazu gehört auch, dass in dem Papier ausdrücklich drinsteht, wie schaffen wir es eigentlich in den nächsten Jahren, leistungsfähige, attraktive Mittelzentren auch im ländlichen Raum zu entwickeln. Da sind auch Vorschläge dazu drin. Dieses Zusammenspiel muss man dann schon in der Diskussion erwähnen.

Ich komme zum Schluss und stelle Folgendes fest - daran halte ich auch fest, dafür bin ich der Ministerpräsidentin sehr dankbar, sie hat nämlich in einem Interview gesagt, dass jeder Minister aufgerufen sei, seine Vorstellungen über die Zukunft zu sagen. Das finde ich auch, das sollte man tun. Wenn es dort einen Wettbewerb gibt, wenn es unterschiedliche Fraktionen, Parteien und Ähnliches gibt, die darüber Vorschläge machen und wo wir auch interessant und nicht vordergründig miteinander streiten, fachlich diskutieren, dann passiert eines, die Aufmerksamkeit und das Interesse an Politik wird wieder wachsen. Wenn man solche Diskussionen als Schlagabtausch, als Watschennummer organisiert, dann wird sich das Publikum eher abwenden. Deswegen bin ich für die Variante, dass man inhaltlich miteinander streitet, fachlich miteinander diskutiert, über den besten Lösungsweg miteinander im Gespräch ist und am Ende des Tages vielleicht sogar feststellt, der andere wie man selber ist an einem interessiert, was ist die beste Zukunft für Thüringen. Wenn wir uns alle darum Gedanken machen und jeder dazu einen Beitrag leistet, dann haben wir für dieses Land wirklich etwas getan. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Haben wir denn noch Zeit?)

Wir haben noch Zeit.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE:
Unendlich.)

Unendlich nicht, für jede Fraktion durch die Redezeit des Ministers 2 Minuten, 30 Sekunden. Wer möchte denn noch sprechen? Herr Abgeordneter Barth, Herr Abgeordneter Michael Heym. Bitte schön, Herr Barth für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, nur auf den letzten Punkt will ich eingehen. Es geht nicht um die Frage, ob die Landesregierung über die besten Wege in die Zukunft streitet, über die Frage, was in den Konzepten drinsteht, wie das aussehen soll? Das ist Ihre Aufgabe, dafür sind Sie gewählt.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Genau.)

Aber dieser Streit muss bitte schön im Kabinett stattfinden und nicht über die Öffentlichkeit, denn als Regierung haben Sie auch den Auftrag und die Aufgabe, eine Linie in diesem Land zu fahren, sich für einen Weg zur Zukunft am Ende zu entscheiden. Wir haben eine Landesregierung in diesem Land und nicht zwei verschiedene. Wenn das unterschiedliche Parteien machen, ist das völlig in Ordnung. Von einer Regierung dürfen die Bürger dieses Landes erwarten, dass sie sich über den Weg in die Zukunft und die Frage, wie diese Zukunft aussieht, einig ist und entsprechend auch einig handelt.

(Beifall FDP)

Das ist der Vorwurf, der an Sie geht, dass Sie das natürlich entgegen dieser hehren Rede, die Sie hier führen, wohl wissend so tun, dass das mit dem Namen Machnig nach Hause geht, dass es auch mal gegen die Ministerpräsidentin geht. Kollege Kemmerich hatte das angesprochen, wenn man die Zukunft nicht in der Picardie findet zu einer Zeit, in der die Ministerpräsidentin in der Picardie ist, dann hat das nichts mit einem Streit um die Frage zu tun, wo man Zukunft findet, sondern dann sind das Szenen einer Ehe, die hier ausgetragen werden öffentlich, dann ist das Koalitionsstreit, das hat nichts mit einem inhaltlichen Streit um die Zukunft schon gleich gar nicht zu tun und mit einem internen Streit so, wie er stattzufinden hat, erst recht nicht. Das ist der Vorwurf und das ist auch der Fehler, wie es läuft. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Herr Minister, Sie möchten hier unmittelbar reden? Bitte schön.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Vielen Dank. Herr Barth, ich will unmittelbar darauf antworten. Es gibt zwei Formen von Politik. Erstens, wenn wir im Kabinett gemeinsam den Haushalt beraten und ihn gemeinsam verabschieden, dann machen wir Zukunftspolitik insofern, als wir für zwei Jahre den Haushalt festlegen. Es gibt eine Vielzahl von Themen, die natürlich im Kabinett mit-

einander besprochen, verabredet und gemeinsam entschieden werden. Dann gibt es Dinge, Herr Barth, das sage ich ganz klar, die zunächst einmal auch auf der Ebene von Diskussionen stattfinden, von Diskussionen und Debattenbeiträgen, die es von unterschiedlichen Akteuren gibt. Im Übrigen, Herr Rösler macht das beständig mit Herrn Altmaier. Herr Altmaier und Herr Rösler sind in der Frage der Energiepolitik zwei unterschiedliche Sonnensysteme, das führen die auch öffentlich aus. Ich sage hier ganz klar, ich habe einen Diskussionsbeitrag geleistet und jeder andere kann doch... Ich bin auf das Zukunftsprogramm der FDP gespannt. Legt es vor, wir können darüber diskutieren und dann werden wir sehen, wer die bessere Antwort und wer die höhere Zustimmung bekommt.

Jetzt einen Satz zur Picardie: Ich bin gefragt worden, wo liegen eigentlich Zukunftsmärkte? Wenn Sie dieser Tage eine Studie - nicht von mir - der Commerzbank betrachten, werden Sie Folgendes feststellen: Über 80 Prozent des Mittelstandes - nicht nur in Thüringen, sondern bundesweit - kommt zu dem Ergebnis, dass die Zukunftsmärkte weder in Europa, sondern in Brasilien, Indien, China, Russland usw. liegen. In diesem Kontext habe ich dann gesagt, im Übrigen findet man deswegen die Zukunft auch nicht in der Picardie.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das war jetzt Ihre Entschuldigung?)

Jetzt sage ich Ihnen mal eines: Ich finde das geradezu lustig. Ich halte ja einiges aus, ich muss mir ja auch einiges anhören.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ich muss es ja auch aushalten.)

Ich halte es auch gut aus. Deswegen finde ich, ein solcher Satz ist weder abwertend noch irgendwas anderes. Hier überhaupt nicht anders, sondern diesen Satz habe ich gesagt in dem Kontext, den ich Ihnen gerade dargestellt habe, und das finde ich unproblematisch.

Es ist ja so, Sie können über eines, Herr Barth, ganz beruhigt sein, mein Verhältnis zur Ministerpräsidentin ist intakt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist nicht meine Baustelle.)

Das sage ich, das ist völlig intakt. Ich kann nur sagen, das ist eine gute Form von Zusammenarbeit. Ansonsten bin ich ledig, Herr Barth. Und schon gar nicht ist eine Koalition eine Ehe. Eine Koalition ist immer, das wissen Sie ja, wenn Sie nach Berlin schauen, eine Gemeinsamkeit auf Zeit.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Zweckgemeinschaft.)

Die wird nicht als Ehe geschlossen und die wird auch nicht auf dem Standesamt geschieden. Die

(Minister Machnig)

wird sich irgendwann mal scheiden lassen, aber sie wird nicht auf dem Standesamt geschieden. Deswegen bin ich froh, dass es die Koalition hier gibt. Ich bin in der einen Partei, ein paar Andere sind in der anderen Partei. Sie können sich auf eines verlassen, wir werden auch weiterhin gut zusammenarbeiten, auch wenn Ihnen das nicht passt. Herzlichen Dank.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das Problem ist, bei Ihnen ist die Ehe teuer, nicht die Scheidung.)

Ach so, bei mir ist die Ehe teurer?

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Nein, hier bei der Koalition meine ich.)

Ach so, das weiß ich nicht.

Präsidentin Diezel:

Das können Sie noch bilateral klären. Es sind jetzt drei Minuten für jede Fraktion, also Herr Abgeordneter Michael Heym und Herr Abgeordneter Ramelow haben sich noch gemeldet.

Abgeordneter Heym, CDU:

Herr Minister, ich möchte noch mal kurz auf einige Dinge eingehen, die Sie hier gesagt haben. Weil Sie uns unterstellen, wir würden Ihnen unterstellen, dass das nun Wahlkampf ist, was hier stattfindet.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Der Generalsekretär hat das gesagt.)

Ich will es Ihnen sagen, was dazu treibt, dass man solche Dinge unterstellt. Ich zitiere einen Satz, und das ist Analyse, denn bei den Schlagworten, die Sie für die Zukunft in den Raum stellen, sind wir gar nicht so weit auseinander. Aber wir müssen einfach bei der Ehrlichkeit bleiben. Hier steht z.B. geschrieben, als Altlasten unsolider Haushaltsführung in den vergangenen Legislaturperioden trägt Thüringen Schulden in Höhe von 17 Mrd.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das ist richtig.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Herr Voß würde mir zustimmen im Übrigen.)

Ja, lassen Sie sich gesagt sein, wenn LINKE oder GRÜNE in den letzten 20 Jahren in Regierungsverantwortung gewesen wären, würden wir nicht über 17 Mrd. reden, oder auch die SPD, da würden wir vielleicht über 20 oder 22 Mrd. reden.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist aber spekulativ.)

Denn, auch die aktuelle Legislaturperiode zeigt ja,

(Unruhe DIE LINKE)

wo die Bereitschaft und die Einsicht zum Sparen liegt. Wir haben Ressorts, da hat man längst die Zeichen der Zeit erkannt und sagt, ja, wir müssen kürzer treten, wir müssen uns auch den Tatsachen stellen, dass das Geld weniger wird. Und wir haben Ressorts, wo es heißt, bei uns geht es nicht. Das ist unlauter. Man kann nicht am Montag sagen, wir müssen sparen, und am Dienstag sagen, ja, aber in meinem Ressort geht gar nichts mehr. Das sind Dinge, wo wir zueinanderfinden müssen und wo wir auch so ehrlich sein müssen und müssen sagen: Wo sind denn die tatsächlichen Potenziale, wer hat die noch? Denn - das steht auch in Ihrem Papier, und ich habe es gelesen, vielleicht habe ich auch nicht alles verstanden - als unter anderem eine Lösung, um zu mehr Geld zu kommen, da ist ja auch ausgeführt, dass wir beim Bund dafür eintreten müssen, dass mehr Geld in die neuen Länder läuft für Investitionen. Ich will Ihnen ja gerne beispringen, aber wie realistisch ist denn das? Wir müssen uns schon auf die realistischen Möglichkeiten besinnen. Man kann natürlich sich jetzt herstellen und kann sagen, da bräuchten wir die Steuer und die Steuer erhöhen wir auch noch. Das kann man machen, aber haben wir damit die Probleme gelöst? Und wir sind ja nicht allein in Deutschland und allein auf dieser Welt. Deshalb sage ich ja, es sind gute Ansätze da, man muss sich darüber unterhalten, aber wir müssen auch bei der Analyse und bei der Betrachtung der Ausgangssituation einen klaren Blick haben und dann auch sagen, passt auf, mit den und den Maßnahmen sind wir zukunftsfähig. Die Herausforderung wird groß genug. Es sind eigentlich, wie Sie das selbst schon sagen, will ich Ihnen beipflichten, alle aufgerufen, hier konstruktiv mitzuarbeiten, aber auch nicht in Aktuellen Stunden, da ist die Zeit ganz einfach zu kurz, da ist alles gepresst. Das muss in anderen Gremien weiterberaten werden.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort der Abgeordnete Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Lieber Herr Heym, die CDU spart. Zumindest die Gesamtpartei, die Landtagsfraktion und der Teil der Landesregierung der CDU spart sich jeden Vorschlag zu einer umfassenden Verwaltungsreform, sitzt es komplett aus und vergeigt eine ganze Legislaturperiode und damit vergeigen wir Zukunft.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Ramelow)

Sie können das alles abtun, Sie können das alles wegschieben. Ich bin gestern Abend mit drei Bürgermeister aus kleineren Orten zusammen gewesen. Die haben sehr lebhaft berichtet, wie bei ihnen Zukunftsprobleme aussehen, wenn junge Leute abwandern, wenn Häuser leer stehen, wenn im ländlichen Raum eine Situation eintritt, wo am Ende nur noch die Feuerwehr maximal der Kitt ist, der so ein Dorf zusammenhält.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: ...und das wird besser, wenn wir größere Kreise haben?)

Ach, Herr Barth, Ihr neoliberales Gequatsche dazwischen ist einfach nur störend.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich versuche darauf hinzuweisen, aber Sie sind nur damit beschäftigt, sich an Herrn Machnig abzuarbeiten. Außer Herrn Machnig und Herrn Barth gibt es hier offenkundig nichts, was die FDP bewegt. Ich wollte darauf hinweisen - und das wäre nämlich sozusagen meine Überleitung -, warum ich ein Problem mit dem Papier habe. Die Fokussierung auf den städtischen Raum und die Orientierung an Metropolregionen scheint mir ein nicht ausreichender Weg für Thüringen zu sein. Deswegen, lieber Herr Machnig, liegt die Zukunft vielleicht doch in der Picardie. Die Picardie ist nämlich quadratkilometermäßig größer, einwohnermäßig nur etwas kleiner, hat mit einer dünneren Besiedlung ein ähnliches Problem, das wir auch haben, und das wir gemeinsam lösen müssen. Wir könnten gemeinsam mit der Picardie Überlegungen entwickeln, wie man ländlichen Raum so attraktiv macht, dass er sich füllt und nicht sich entleert.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Ja, ich weiß, es steht drin, aber mit einem Satz. Darüber haben wir unmittelbar nach der Pressekonferenz gemeinsam debattiert. Mit dem interpretationsfähigen Stichwort Dreistadt ist alles überdeckt worden. Dass dann Pressekonferenzen anschließend noch erklärt werden müssen, führt nur dazu, dass niemand mehrinhört, wie tatsächlich das Verhältnis zwischen Städten und ländlichem Raum in Thüringen neu sortiert werden muss. Lieber Herr Barth, unser Vorschlag - Sie können es hundertmal wiederholen - heißt nicht, größere Landkreise. Unser Vorschlag heißt, zuerst eine umfassende Verwaltungsreform. Daran müssen Sie sich als Beamter im Ruhestand gewöhnen, dass man über die Beamtenstrukturen und Verwaltungsaufgaben in Gänge reden müsste und nicht so tun, als ob wir über das Landesverwaltungsamt nicht reden müssten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns einer umfassenden Aufgabenkritik stellen. Aus der Aufgabenkritik sind richtungsweisende Lösungen zu entwickeln, damit die Gemeindefusionen

überhaupt einen Sinn machen. Ansonsten wird das nur ein krepliges Herumagieren sein und es wird den ländlichen Raum nicht füllen.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Zeit.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Als ehemaliger Bewohner von Marburg habe ich Lahnstadt erlebt. Einen solchen sozialdemokratischen Plan möchte ich in meinem Leben nicht noch mal erleben. Es ist Lahn übriggeblieben und am Ende ist eine Verwaltungsstruktur herausgekommen, die nichts bewegt hat.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Deswegen ist das Reden über Metropolregionen einfach fehlerhaft. Ich komme zum Schluss und würde mir weder eine Dreistadt noch eine Lahnstadt noch ein Jenopolis wünschen, sondern ein Bundesland, in dem es sich für alle lohnt zu leben.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Es spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frau Abgeordnete Siegesmund. Bitte schön.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Machnig, ich dachte, Sie wollen Debatte, jetzt führen wir Debatte, dann freuen Sie sich doch darüber, das ist doch gut.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ja, tue ich auch.)

Aber das ist der springende Punkt, Debattenbeiträge allein genügen eben auch nicht. Das ist der Punkt, warum ich sage, es reicht nicht, die Positionen innerhalb der Landesregierung gegeneinander zu stellen, sondern man muss am Ende auch, wenn man Regierung ist, nicht nur die Unterschiede herausarbeiten, sondern gelegentlich mal die Gemeinsamkeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage, mir fehlen von Ihnen die hier herausgestellten Gemeinsamkeiten. Da ist eine große Unwucht drin. Nehmen Sie doch einfach mal den Ein-

(Abg. Siegesmund)

druck aus Oppositionssicht mit, dass so eine Unwucht in der Landesregierung besteht, dass überhaupt nicht mehr erkennbar ist, nicht für uns, nicht für die Menschen in Thüringen, wo dieses Land unter Schwarz-Rot eigentlich hin soll. Das ist der zentrale Punkt, nicht die Tatsache, dass wir keine Debatten mit Ihnen führen wollen, im Gegenteil, es ist sehr schön, wenn lebendig darüber gestritten wird, wie Thüringens Zukunft aussehen soll.

Einen Punkt haben Sie übrigens ausgeklammert, den Ihr Kollege Bullerjahn eben vor einigen Jahren besonders betont hat, das ist die Frage der Zusammenarbeit der Ostländer miteinander - Kooperation, Koordination, Straffung bestimmter Strukturen. Das ist übrigens auch etwas, wo in den letzten dreieinhalb Jahren nichts Gemeinsames zu hören war unter Schwarz-Rot. Was passiert da? Was wollen Sie da? Wenn Herr Carius Unsinn sagt, dann können wir die Debatte ja hier auch dazu führen. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass Sie an diesen Punkt wirklich angeknüpft haben, wie an vielen anderen Punkten auch. Wir teilen an vielen Stellen die Analyse, die dem Papier vorangestellt wird. Darin sind wichtige Punkte, ich habe die vorhin benannt, aber es fehlt eben auch tatsächlich die Idee für ein sozialökologisch modernes Thüringen, jedenfalls wie wir es uns wünschen. Sie sprechen eben ganz bewusst nicht von einer Renaissance der Region im ländlichen Raum, sondern konzentrieren sich auf die „Schwächen“ des ländlichen Raums, indem Sie vor allen Dingen gar nicht darüber debattieren, wie eine Weiterentwicklung stattfinden kann, sondern das einfach außen vor lassen. Und die Konzentration auf die Städteketten, das wurde richtig gesagt, kann man auch positiv weiterentwickeln. Man kann Ökonomie der Nähe weiterentwickeln, dazu gibt es gute Ideen. Aber die Fokussierung allein oder das Auslassen der Potenziale der ländlichen Region, das ist etwas, das eine zusätzliche Unwucht reinbringt, wozu mich übrigens auch einmal die Perspektive der Ministerpräsidentin interessiert hätte.

Und jetzt noch einmal zur Frage Investitionsbegriff: Es hat keiner etwas gegen Investition. Wenn Sie sagen, 15 Prozent ist Ihre Marge, die Sie für ein gutes Benchmark halten, ist das auf der einen Seite spannend, aber da müssen wir über den Investitionsbegriff reden. Geht es da wieder nur um die Frage in Beton, oder was für Investitionen sind gemeint? Das ist der erste Punkt. Wie sehen nachhaltige Investitionen aus? Und der zweite Punkt, der daran wichtig ist, ist, dass wir sehr genau hinschauen müssen, wo das Geld herkommt. Ich vermisse zum Beispiel in der gesamten Debattenkultur im Augenblick Thüringens klaren Beitrag zur Frage, wie 2020 Landesfinanzen so aussehen können, dass der Osten nicht den Nachbau West macht, das nicht, aber daran anknüpft, was bisher erreicht wurde. Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den zweiten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Steuerflucht und Steuerhinterziehung bekämpfen - Thüringens Landeshaushalt stärken“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5971 -

Als Erster hat des Wort der Abgeordnete Frank Kuschel von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, bekanntermaßen hat gestern Bayern München 4:0 gewonnen. Das ist beeindruckend, auch für mich als Nichtfußballfan. Ein Dortmunder Spitzenspieler soll auch nach Bayern München wechseln. Das alles kann aber die Diskussion über die Affäre Uli Hoeneß nicht vertuschen. Warum benenne ich das? Uli Hoeneß hat einst gewarnt, die Reichensteuer der LINKEN würde Superreiche zwingen, ihr Geld in die Schweiz zu bringen.

(Beifall DIE LINKE)

Bekanntermaßen ist das Projekt der Reichensteuer der LINKEN noch nicht Wirklichkeit in diesem Lande.

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: So sind wir.)

Wahrnehmbar mehr Menschen finden dieses Projekt nicht schlecht. Obwohl es also die Reichensteuer in der Bundesrepublik noch nicht gibt, verbringen Superreiche oder die, die sich dafür halten, offenbar ihr Geld ins Ausland, in dem Fall Uli Hoeneß in die Schweiz.

(Beifall DIE LINKE)

Also das ist erstaunlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur Hoeneß macht das, sondern, wenn man die CD-Funde der letzten Woche einmal benennen kann, dann gibt es eine Vielzahl von Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern, die offenbar so verfahren. Es hat also nichts mit einem Zukunftsprojekt der LINKEN zu tun, dass so gehandelt wird, sondern offenbar gibt es andere Ursachen. Meine Damen und Herren, deswegen fordern wir als LINKE: Gegen die Steuerparadiese muss

(Abg. Kuschel)

die Politik national, aber auch international agieren. Wir gestehen durchaus zu, dass das kein einfacher Prozess ist. Insofern ist es wichtig, dass gerade von der Bundesregierung und auch von den Ländern, die ja insbesondere über die Finanzverwaltung für den Steuervollzug zuständig sind, eindeutige Signale ausgehen. Es darf keine Party mehr für perversen Reichtum geben. Gleichzeitig dürfen wir dann nicht immer die öffentliche Armut sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene bejammern, sondern es gibt aus unserer Sicht hier einen Zusammenhang und es tut sich etwas international. Ich verweise auf die Entscheidung in Luxemburg, die durchaus erst einmal als Schritt in die richtige Richtung zu bewerten ist, oder in der Schweiz. Wir wissen aber andererseits, dass es noch Vorbehalte in Österreich, in Großbritannien und auch in Irland gibt. Auch der Fall Hoeneß zeigt exemplarisch, dass man gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen konsequent vorgehen muss. Das ist auch fiskalisch für uns von Bedeutung, weil die daraus erzielten Steuereinnahmen durchaus für den Abbau von Schulden oder die Reduzierung der Neuaufnahme von Schulden verwendet werden können.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus geht es natürlich um Steuergerechtigkeit in diesem Lande. Man kann nicht all den kleinen Steuerzahlern immer wieder die Mär der Steuergerechtigkeit vorhalten, wenn man dann die Großen laufen lässt.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, es ist also wichtig auch für die Akzeptanz des Steuersystems, dass wir ein gewisses Maß an Steuergerechtigkeit haben. Wenn wir Steuerhinterziehung als kleine Delikte abhandeln, wo man sich auch freikaufen kann, dann ist klar, dass auch die Mehrzahl der Steuerpflichtigen unser sehr kompliziertes Steuersystem nicht akzeptieren wird, zumindest nicht dauerhaft, sondern es auch dort dann Versuche geben wird sowohl legal als auch illegal, sich seiner Steuerverantwortung zu entziehen.

Meine Damen und Herren, es geht also um Steueroasen in der Welt, aber das darf uns den Blick nicht darauf verschließen, dass wir auch für manche Steuerpflichtigen in der Bundesrepublik paradiesische Verhältnisse haben. Das hat etwas mit dem Steuervollzug zu tun. Bekanntermaßen stelle ich ab und zu eine Anfrage an die Landesregierung und es sind zwei Antworten ganz aktuell vom 17. April, als ich Steuereinnahmen durch Betriebsprüfung und Steuereinnahmen durch Steuerfahnder nachgefragt habe. Da sind erstaunliche Zahlen zutage gekommen. Bei der Steuerfahndung immerhin, wenn man das mal zugrunde legt, gibt es 1.500 Hinweise im Jahr auf Steuerhinterziehung und die Steuerfahndung hat davon 450 Abarbeitungen. Gleichzeitig sagt aber die Landesregierung, wir bräuchten keine zusätzlichen Steuerfahnder. Das

halte ich für bedenklich, wenn man unterstellt, dass nur ein Drittel der Hinweise offenbar abgearbeitet wird. Oder aber bei den Betriebsprüfungen - in Altbau werden Kleinbetriebe statistisch alle 109 Jahre geprüft, landesweit alle 34 Jahre, die Großbetriebe alle viereinhalb Jahre, das ist okay, aber die Mittelbetriebe schon alle 17 Jahre.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Ich komme zum Ende. Sie wissen, dass nach Abgabenordnung nur vier Jahre rückwirkend erhoben werden können.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Die Mehreinnahmen sind 136 Mio. €, das sind 489.000 € pro Steuerprüfer. Wir brauchen also mehr Steuerprüfer. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Lehmann das Wort.

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Steuerflucht und Steuerhinterziehung bekämpfen, das wird aktuell auch wieder bei Bürgern, Medien, Finanzverwaltungen intensiv diskutiert, ist aber kein neues Thema, sondern beschäftigt die Politik schon seit vielen Jahren. Steuern dienen der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und des Gemeinwohls, Steueroasen konterkarieren dieses wichtige Ziel und gefährden einen ordnungsgemäßen Steuervollzug zulasten der Gemeinschaft. Hier sage ich für die CDU ganz deutlich: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die verfolgt werden muss.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Der ehrliche Steuerzahler darf nicht der Dumme sein und Steuerhinterziehung ist ein unsolidarisches Verhalten.

Werter Kollege Kuschel, das 4:0 für die Bayern hat mich auch gefreut, aber bei einem Einzelfall, den Sie damit in den Zusammenhang brachten, halte ich mich nicht auf, denn ich habe Ihr Thema so verstanden, dass es hier um das Große und Ganze geht und nicht um diesen Einzelfall.

(Abg. Lehmann)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Der ist exemplarisch.)

Das Thema „Steueroasen austrocknen“ war auch ein wichtiger Punkt der Konferenz der finanz- und haushaltspolitischen Sprecher am 09.04. in Mecklenburg-Vorpommern, an der ich auch teilgenommen habe und hierzu haben wir uns auch ganz klar öffentlich positioniert. Alle Finanzpolitiker der CDU/CSU aller Bundesländer waren da auch einer Meinung z. B. zum Thema Doppelbesteuerungsabkommen.

Diese mit anderen Staaten bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen sind auch ein wichtiger Baustein zur Durchsetzung von Steuergerechtigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Sie allein reichen aber nicht aus, um flächendeckend Ausweichbewegungen zu begegnen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir mit Nachdruck die Initiative der Bundesregierung für weltweit besser abgestimmte Steuersysteme. Denn nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit kann zum Beispiel eine faire Besteuerung international agierender Konzerne sichergestellt werden. Dieses Thema muss man in diesem Zusammenhang mit betrachten, wie ich finde. Denn das Thema Steuervermeidung durch grenzüberschreitende Verlagerung von Gewinnen muss man dazu mit betrachten.

Der systematische Ankauf von Steuer-CD's mit gestohlenen Daten ist aus unserer Sicht kein tragfähiges politisches Konzept, auch wenn Thüringen sich daran auch schon beteiligt hat. Unser Finanzminister hat ja gestern in den Medien deutlich gemacht, dass das nicht mehr infrage kommt. Dazu sind mir auch einige Zahlen geläufig. Die Beteiligung an dem Ankauf der Steuer-CD hat in etwa 176.000 € gekostet, eingenommen hat der Freistaat davon ca. 577.000 €. Letztlich ist das keine generelle Lösung für die Probleme, um die es hier geht.

Wir erwarten von allen Staaten Transparenz bei der Aufdeckung von Steuermisbrauch. Staaten, die hier nicht mitziehen, müssen auch die Konsequenzen zu spüren bekommen, etwa durch die Streichung von Entwicklungshilfen. Der automatische Datenabgleich, über den zurzeit zu diesem Thema viel gesprochen wird, muss durchgesetzt werden und auch weltweit erfolgen.

Wir fordern mehr Steuergerechtigkeit und einen konsequenten Steuervollzug. Diese Themen sind auch im Bundestag in der vorletzten Woche, wenn ich das richtig weiß, behandelt worden. Auch hier gab es einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen dazu.

Die Schaffung einer neuen Bundesbehörde, über die ja auch diskutiert wird, lehnen wir ab. Steuerschlupflöcher müssen durch ein einfaches, transparentes und nachvollziehbares Steuerrecht bei uns hier in Deutschland geschlossen und missbräuchli-

che Steuergestaltung verhindert werden. Das ist schon lange ein Thema. Wir fordern deshalb die unverzügliche Einrichtung einer Bund-Länder-Task-Force. Sie soll vorhandenes Wissen bündeln und vernetzen, die Länder im Steuervollzug unterstützen und damit Steuermisbrauch aufdecken helfen.

Zu der personellen Ausstattung in den Finanzämtern könnte man hier auch noch viel sagen. Auf die zwei Kleinen Anfragen 2918 und 2916 ist hier schon hingewiesen worden.

Ich möchte jedoch den Rest meiner Zeit dafür nutzen, noch einmal auf das Steuerabkommen mit der Schweiz zu sprechen zu kommen. Dass dieses Steuerabkommen nicht zustande gekommen ist, haben wir der SPD und den GRÜNEN zu verdanken. Das Steuerabkommen wurde von Ihnen torpediert und Sie haben es zu Fall gebracht.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Ein Glück!)

Das hat eine finanzielle Auswirkung auf den Landeshaushalt, und zwar in diesem Jahr von ca. 27 Mio. €, die wir dadurch nicht bekommen. Das müssen die zwei Parteien gegenüber den Wählern und den Bürgern auch vertreten. Für die Folgejahre bis zum Jahr 2020 wäre mit weiteren Millionen Einnahmen auch für Thüringen zu rechnen gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete ...

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Damit hätten wir nachhaltig etwas in Sachen Kredittilgung oder Ablösung unserer Rechtsverpflichtungen hier in Thüringen tun können. Das wäre vernünftig gewesen. Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dr. Pidde zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der ehrliche Steuerzahler darf nicht der Dumme sein, bis dahin hat Frau Lehmann vollkommen recht. Da stimme ich auch total mit ihr überein. Während Arbeitern und Angestellten die Steuer gleich vom Lohn abgezogen wird, versteckten zahlreiche Einkommensmillionäre mithilfe von Steuerberatern, Anwälten und Banken ihr Geld im Ausland vor dem Fiskus. Nun haben wir einmal aufgetauchte Unterlagen über geheime Geschäfte der Steueroasen,

(Abg. Dr. Pidde)

zum anderen den Kauf von Steuer-CDs durch die Finanzbehörden und so kommen immer mehr Details über die Steuerflucht reicher Deutscher ans Tageslicht. Wenn die große Mehrheit der Bevölkerung den Eindruck gewinnen muss, dass ein kleiner vermögender Teil unseres Landes seinen Beitrag zur Finanzierung des Staates nicht mehr leistet, dann gefährdet das den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das ist der Grund, weshalb sich die SPD-Fraktion im Landtag auch schon in den Zeiten, in denen wir noch in der Opposition waren, stark gemacht hat für eine Stärkung der Steuerfahndung und für den Ausbau der Betriebsprüfung. Das ist ein dickes Brett, was wir da gebohrt haben auch schon in der Opposition,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das könnt ihr doch mal machen in der Koalition, macht ihr aber nicht.)

aber es gab da inzwischen auch erhebliche Fortschritte. Das ist das, was der Freistaat selbst aus eigener Kraft leisten kann und muss. Alles andere ist Bundespolitik, gehört in Bundestag und Bundesrat, in dem die Länder gefragt sind.

Meine Damen und Herren, leider hat die schwarzgelbe Bundesregierung auch auf diesem politischen Feld versagt. Ich kann den Finanzminister und auch Frau Lehmann nicht verstehen, dass sie dem deutsch-schweizerischen Steuerabkommen nachtrauern. Es ist gut, dass es abgelehnt worden ist. Dieses Abkommen wäre ein Vertrauensbruch gegenüber allen ehrlichen Steuerzahlern in Deutschland.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Es ist ein Fehler.)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Eben nicht.)

Das Steuerabkommen hätte zwei Klassen von Steuerbürgern geschaffen, einmal diejenigen, die hierzulande regulär ihre Steuern zahlen mussten und andererseits Privilegierte, die ein anonymes Konto in der Schweiz haben und dann weniger hätten zahlen müssen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Stattdessen lieber anonym Steuer-CDs kaufen.)

Da sind wir ganz anderer Meinung. Deutsche Straftäter und ihre Helfer im In- und Ausland wären die Gewinner dieses Abkommens gewesen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt muss festgestellt werden, dass die Bundesregierung schlecht für den Staat und die ehrlichen Steuerbürger verhandelt hat.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: 15 Mrd. Einnahmen gehen Deutschland verloren.)

Das Verhandlungsergebnis

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU)

- ach Mike, du kannst doch auch noch mal reden -, das die USA mit der Schweiz erreicht hat, hat gezeigt, dass deutlich mehr möglich gewesen wäre.

Diese Verhandlungen, meine Damen und Herren, haben aber auch dem Kampf gegen die Steueroasen geschadet. Die im Abkommen vorgesehene Sonderbehandlung der Schweiz hat die Verhandlungen innerhalb der EU zum automatischen Informationsaustausch über Auslandskonten behindert und zum Stocken gebracht.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Werner, weißt du, wie viele Steuerabkommen Herr Steinbrück gemacht hat, als er Finanzminister war? Soll ich Dir das mal sagen? Sechs, mehr nicht! 36 Schäuble.)

Deshalb ist es gut, dass dieses Abkommen, über das wir gerade reden, nicht zustande gekommen ist. Ich will dir mal sagen, Mike, und auch dem Hohen Haus hier,

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt spricht Herr Dr. Pidde für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

welche Maßnahmen wir gegen Steuerbetrügereien und Steueroasen einleiten würden. Diese hat die SPD kürzlich in einem 8-Punkte-Programm vorgestellt. Die Maßnahmen reichen von der Schaffung vollständiger Transparenz durch automatischen europaweiten Informationsaustausch und Verbot anonymen Briefkastenfirmen und Stiftungen, über die Verschärfung des deutschen Steuerrechts, zum Beispiel die Schließung außensteuerrechtlicher Lücken bei der Zurechnung von ausländischen Stiftungen und ähnlichen Konstruktionen, bis hin zum Entzug der Banklizenz bei Beihilfe zum Steuerbetrug.

Grundsätzlich sage ich zum Abschluss, wir brauchen europa- und weltweite Regelungen. Bis es soweit ist, ist es auch legitim, die eine oder andere Steuer-CD zu kaufen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nein.)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ist es nicht.)

Da widerspreche ich dem Finanzminister, es ist legitim, weil es eine Frage der Abschreckung ist. Kein Steuerbetrüger darf sich sicher fühlen und deshalb ist es wichtig, dass auch der Kauf von Steuer-CDs legitim ist, bis wir entsprechende Regelungen haben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Abg. Dr. Pidde)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wenn ich jetzt einmal darauf hinweise, dass jede Fraktion hier 5 Minuten Redezeit hat und dass das Reinsprechen in die 5 Minuten oder den Redner bei seinem fünfminütigen Vortrag durchaus stören kann, dann bitte ich darum ...

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sie haben die Abgeordneten nicht zu belehren.)

(Unruhe im Hause)

Herr Mohring, was ich hier tue, haben Sie gar nicht zu kommentieren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte darum, dass die Aktuelle Stunde in der dafür vorgesehenen Form behandelt werden kann und da habe ich auf die Regularien hingewiesen. Der Redner hat das Recht, seinen Vortrag, egal, was er sagt, hier an diesem Pult ordnungsgemäß vorzutragen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wir haben das Recht auf Zwischenrufe im Parlament, Frau Präsidentin. Das können Sie den Abgeordneten nicht verwehren.)

Ein Zwischenruf ist keine Zwischenrede, die sich über die gesamte Zeit des Vortrags hinzieht.

(Beifall FDP)

Ich rufe für die FDP-Fraktion den Abgeordneten Barth auf.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Oma hat immer gesagt: „Ehrlich währt am längsten.“ Seit dem Wochenende wissen wir nun, dass der Präsident des großen FC Bayern diesen Satz nicht beherzigt hat. Ich kenne Herrn Hoeneß nicht, ich habe mich, Herr Pidde, übrigens auch noch nie von ihm beraten lassen. Ich bin noch nicht einmal FC Bayern-Fan,

(Beifall FDP)

aber selbst wenn das alles anders wäre, würde das nichts ändern. Gleiches Recht für alle! Das muss auch im Steuerrecht gelten. Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. Wir alle müssen entsprechend unserer Leistungsfähigkeit unseren Beitrag für die Gemeinschaft leisten. Nur dann, meine Damen und Herren, funktioniert unser Rechtsstaat und nur dann können wir auch von Steuergerechtigkeit sprechen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Fall Hoeneß zeigt auch eins: Es trifft im Moment eben nur Einzelne. Es trifft diejenigen, die

sich selbst anzeigen oder diejenigen, deren Daten auf eine CD gebrannt worden sind. Das ist ja auch das eigentliche Thema, der Ausgangspunkt dieser Aktuellen Stunde. Deswegen heißt die Frage, kann uns der Weg, auf dem man an die Daten kommt, wirklich egal sein, Hauptsache man hat sie und wenn dazu in anderen Ländern Straftaten verübt werden, ist es uns auch egal? Ich sage, das kann nicht richtig sein im Umgang zivilisierter Staaten untereinander.

(Beifall FDP)

Wer Steuer-CDs kauft, meine Damen und Herren, paktiert mit Menschen, die in ihrem Heimatland das Recht brechen, der paktiert mit Straftätern.

(Beifall FDP)

Wo ziehen wir denn da die Grenze? Was passiert denn, Herr Pidde, eigentlich, wenn irgend so ein Datenklauer einmal erwischt wird, wild um sich schießt und dann ein Polizist zu Tode kommt oder ein Wachmann oder irgendwas? Ist es uns dann auch noch egal? Was passiert, wenn so etwas bei uns einmal passiert, ist es uns dann egal? Wo ziehen wir die Grenze?

(Beifall FDP)

Prominente Vertreter des deutschen Rechtsstaates, die Finanzminister der Länder, stiften zu solchen Straftaten an. Sie winken mit dicken Geldbündeln - einige -, um im Gegenzug geklaute Daten zu erhalten. Das ist nichts anderes als Hehlerei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP)

Deshalb finde ich es richtig, dass unser Finanzminister ganz klar sagt, mit mir nicht, Thüringen kauft keine illegalen Steuer-CDs. Er sagt auch, das Steuerabkommen mit der Schweiz war nötig,

(Beifall CDU, FDP)

denn es gibt ja diesen Weg, legal zu Steuergerechtigkeit zu kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben als FDP-Fraktion im letzten Sommer hier in diesem Plenum einen Antrag auf Zustimmung zu diesem Abkommen gestellt. Dass die CDU-Fraktion den Antrag auch geschlossen abgelehnt hat, zeigt, Herr Minister, dass auch dort noch viel Überzeugungsarbeit auf Sie wartet.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nein, Koalitionsprinzip nennt man das.)

Unser Ziel, meine Damen und Herren, muss es doch sein, dass der deutsche Fiskus aus dem Geld deutscher Steuerbürger, und zwar egal, wo es liegt, die ihm zustehenden Steuereinnahmen bekommt. Das muss unser Ziel sein. Und es ist mir übrigens auch egal, Herr Pidde, ob es Einkommensmillionäre sind oder ob es Normalverdiener sind, die das machen. Der Weg steht jedem offen. Jedes Geld,

(Abg. Barth)

auf das wir Zugriff haben, aus dem uns legal Steuereinnahmen zustehen, müssen wir sehen, dass wir es auch entsprechend bekommen. Deshalb sage ich, man kann dafür werben, dass die Schweiz das deutsche Steuersystem übernimmt. Ich sage Ihnen, auf den Antrag, auf die Idee hat die Schweiz gerade noch gewartet. Unser Steuersystem ist intransparent und überkompliziert. Es ist von tausenden Ausnahme- und Sonderregelungen überhäuft und mit Bestrafungsmechanismen überhäuft auch, wie der kalten Progression. Gerade diese Bestrafung von mittleren Einkommen, die bei Lohnerhöhungen überproportional Steuererhöhungen verursacht, die wollte die Bundesregierung wenigstens etwas abmildern und Rot-Rot-Grün hat im Bundrat verhindert, dass dieser kleine Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit möglich wird, denn, meine Damen und Herren, auch das ist Steuergerechtigkeit, gerade die kleinen und mittleren Einkommen nicht übermäßig zu belasten.

(Beifall FDP)

Wem da die Phantasie versagt, der kann sich gern einmal die Wahlprogramme von Rot und Grün anschauen. Ich warne da Leichtsinnige. Das wird alles Wahrheit, wenn die an die Macht kommen.

(Beifall FDP)

Wenn, meine Damen und Herren, ein System auch jeden Steuerzahler mit den ehrlichsten Absichten am Ende potenziell zum Steuersünder macht, weil kein Mensch mehr wirklich sicher sein kann, dass er eine 100-prozentig richtig ausgefüllte Steuererklärung abgibt, dann ist das an sich schon ungerrecht.

(Beifall FDP)

Deshalb ist Steuergerechtigkeit nicht nur ein Thema von Herrn Hoeneß in München, sondern auch eines von Frau Müller und Herrn Mayer hier in Erfurt. Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. Das gilt eben auch an dieser Stelle.

(Beifall FDP)

Wenn es darum ginge - Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss -, Thüringens Landeshaushalt zu stärken, wie das in der Aktuellen Stunde ja auch heißt, dann müssen alle in der Schweiz liegenden deutschen Vermögenswerte einer regulären Besteuerung unterliegen. Da hat man natürlich nicht diese prominenten Einzelfälle, die dann im Wahlkampf auch scheinbar so gut zu verwerten sind. Ich sage ganz deutlich und komme zum Schluss.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Barth, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Barth, FDP:

Mich widert beides an, die Verlogenheit von Herrn Hoeneß, der den Saubermann gibt und gleichzeitig Steuern hinterzieht, aber auch die Scheinheiligkeit der deutschen Linken, die vorgeben, es ginge ihnen um das Land und in Wahrheit ihre Politik auf Denunziation und die Bestrafung der kleinen und mittleren Einkommen setzt. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe jetzt den Herrn Meyer auf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich mache hiermit eine Selbstanzeige. Ich war vor drei Wochen in der Schweiz und ich fahre in zwei Wochen wieder in die Schweiz mit einem großen Rucksack.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schön dass wir uns so sauber benehmen, wenn es um das Thema geht, dass wir mit Straftätern zusammenarbeiten. Das können Sie im Innenausschuss und bei den V-Leuten auch einmal diskutieren. Da sind Sie nicht so zimperlich. Aber hier die Abwägung zu treffen, was wichtiger ist im Strafrecht - der Diebstahl einer CD oder der 1.000-fache Diebstahl von Hunderten von Millionen Euro.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Wahrnehmung, die haben Sie nicht. Die Polizei darf das jeden Tag mit V-Leuten machen bei der Frage, wie viel lasse ich noch zu, damit ich Ergebnisse bekomme. Na gut. Lassen wir es einmal dabei sein.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das eine ist mit dem anderen nicht zu vergleichen.)

Da bin ich anderer Meinung, Herr Fiedler.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Herr Meyer aus Weimar.)

Genau. Ich bin der Meinung, das Steuerabkommen ist zu Recht gescheitert und dass das gut so ist. Vielleicht hätte das Abkommen sogar mehr Geld in die Stadtkasse gebracht, was ja immer behauptet wird. Das ist zwar noch ein bisschen offen, weil noch kommen ja weitere CDs und werden genutzt. Und die Bilanz ist noch zu ziehen, wie viel Geld denn dann herauskommt und vor allen Dingen auch, wie viel Geld da herauskommt, dass Leute feige werden, wie z.B. Herr Hoeneß. Das ist nicht das Staatssäckel, das ist die Frage, die Sie immer aufmachen, Herr Minister, wenn es darum geht -

(Zwischenruf Dr. Voß, Finanzminister: ...)

(Abg. Meyer)

Nein, nein, nein, dazu komme ich noch. Ich achte Ihre Haltung zu dem Thema; es ist trotzdem die falsche. Weil genau Sie argumentieren mit dem Thema, es hätte mehr Geld gebracht. Das ist nicht mein Argument. Es hätte nämlich auch meiner Ansicht nach einen falschen Rechtsfrieden gebracht, nämlich den für die Falschen, nämlich für die Straftäterinnen und Straftäter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das will ich versuchen, kurz in fünf Minuten zu begründen. Für die öffentliche Wahrnehmung des Rechtsfriedens in Deutschland sind meiner Ansicht nach drei Sachen wichtig. Erstens, dass das hinterzogene Geld möglichst vollzählig wieder dem Deutschen Fiskus zugute kommt. Da sind wir uns, glaube ich, einig, egal mit wem hier im Raum. Zweitens, dass die Steuerehrlichen sich im Recht fühlen, auch in dem Bewusstsein, dass die Aufklärungsrate hoch genug ist, um das Gefühl zu haben, ich tue das Richtige. Auch das ist, glaube ich, noch, Herr Dr. Voß, unsere beiderseitige Meinung. Und zum Dritten, dass die Straftäter und Straftäterinnen ganz persönlich Angst vor Strafe und vor öffentlicher Demütigung haben und haben müssen, und zwar wegen ihrer Taten und nicht wegen etwas anderem. Es geht hier nicht um Denunziation. Es geht darum, dass Straftaten aufgedeckt werden. Diese Angst, die sollen diese Menschen haben. Das fordern unsere Bürgerinnen und Bürger zu Recht. Das hatten sie nicht und hätten sie nicht gehabt, und das ist mein zentrales Argument, wenn sie nichts weiter hätten tun müssen, als anonymisiert ein paar Millionen zu zahlen. Die hätten sich ins Fäustchen gelacht und jeder hätte zu Recht gesagt, wir wissen immer noch nicht, wer war, entschuldigen Sie bitte, der Straftäter. Ich habe jetzt einmal die anderen Worte verschluckt, weil ich die hier nicht sagen darf. Die Kleinen fängt man, die Großen kaufen sich frei, das darf eben gerade nicht gelten. Das hat etwas mit dem Rechtssystem zu tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann musste man die Frage abwägen, ob man Dieben etwas abkauft oder nicht, ob sie das Hehlerei nennen oder nicht.

Diese Frage ist von einigen Ländern und übrigens auch von Thüringen zu Recht mit Ja beantwortet worden und hat auch zu Erfolgen geführt, nämlich genau dazu, dass heute die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, der Staat hat sich gekümmert, auch Multimillionäre wie Hoeneß bekommen Angst und zeigen sich selbst an. Das ist gut so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist genau gut so, nicht, weil ich Herrn Hoeneß damit in die Pfanne hauen will und nicht, weil ich glaube, dass sich damit alle anzeigen. Aber der Verfolgungsdruck muss so lange da sein, dass die Leute das Gefühl haben, jawohl, diese Menschen

haben verstanden, dass sie gemeint sind und nicht, dass sie 22,5 Prozent bezahlen müssen. Das ist der Unterschied zwischen dem Verfahren mit dem gescheiterten Steuerabkommen und dem, was jetzt gerade passiert.

Auch Thüringen muss sich unserer Ansicht nach wieder an der Nutzung der Hinweise auf Steuerstraftäterinnen und Steuerstraftäter beteiligen. Wir nutzen es schließlich auch. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir natürlich sowohl direkt von den Menschen, die auf den CDs auftauchen und dann entsprechend verfolgt werden, profitieren, auch wenn der Herr Finanzminister das Geld gar nicht haben möchte, und dass wir natürlich auch zweitens davon profitieren, dass andere Einnahmen haben im Länderfinanzausgleich. Dann nicht mitzutun ist eher nur noch unsolidarisch und keine Frage von Haltung. Wenn wir aktiv werden wollen dazu, könnten wir beispielsweise mal dahin kommen und sagen, wir möchten die Bayern endlich mal zum Vollzug auffordern in ihrer laxen Steuerverfolgung. Oder vielleicht noch gleich einen Schritt weiter, damit wir gar nicht erst in die Debatte kommen, wir diskutieren im Bundesrat auf Initiative des Finanzministers eine gemeinsame Steuerverwaltung der Länder und des Bundes und dann haben wir eine einheitliche Verfolgungspraxis und da gibt es das Problem mit den CDs auch nicht mehr. Das wäre eine Haltung, die ich hier erwarten würde von der Landesregierung, nicht einfach nur zu sagen, wir wollen einfach mehr Geld, aber der Rechtsfrieden im Land ist uns egal. So wie es jetzt läuft, ist es richtig, weiter so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat Minister Dr. Voß das Wort.

Dr. Voß, Finanzminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, eine sehr emotionale Debatte, das kann auch gar nicht anders sein. Steuerflucht, Steuerhinterziehung ist nun einmal kein Kavaliersdelikt, Herr Meyer, da sind wir uns einig. Da sind wir uns sicherlich insgesamt hier im Haus einig über alle Parteigrenzen hinweg.

(Beifall FDP)

Das gilt doch wohl, dass sich weder Unternehmen noch Privatpersonen der Pflicht, ihre Steuer zu zahlen, entziehen dürfen, um damit ihren Beitrag an der Finanzierung unseres Gemeinwesens zu leisten. Dass dieses eingefordert werden muss mit rechtlichen Mitteln, auch mit Verfolgung, das ist auch vollkommen klar. Jeder muss seinen Beitrag für das Gemeinwesen leisten. Das deutsche Steuerrecht ist nicht teilbar, es gilt für jedermann. Das

(Minister Dr. Voß)

ist auch einzufordern. Jeder muss sich an den Bundesausgaben, den Landesausgaben, den Kommunalausgaben beteiligen. Das ist einmal eine Frage des Haushaltsministers, aber es ist auch eine Frage an den Steuerminister, der ja auch für Gleichmäßigkeit der Besteuerung zu sorgen hat. Ich glaube, soweit sind wir uns alle einig. Das ist der Grundsatz. Das wäre ja noch schöner, wenn hier irgendjemand in diesem Hause wäre, der sagt, für einige gelten die Steuergesetze, aber für andere nicht. Ich glaube, das kann man staatlicherseits nicht sagen, das ist auch eines demokratischen Staats unwürdig.

Aber was eines demokratischen Staats auch unwürdig ist, Herr Meyer und Herr Pidde, jetzt muss ich mal auf dieses Schweizer Abkommen kommen. Dieses Abkommen ist in der Schweiz auf demokratische Art und Weise zustande gekommen. Die Schweizer haben über Jahre verhandelt. Sie sind an die Grenze ihrer Möglichkeiten gegangen, und wo deren Grenzen sind, bestimmen sie schließlich noch selber und nicht wir.

(Beifall CDU, FDP)

Das muss man mal sehen. Dieses Abkommen - ich kann mich da wirklich aufregen - ist durch ein Plebiszit der Schweizer zustande gekommen und sanktioniert worden. Es ist der demokratische Wille dieser Bevölkerung. Was sagen wir? Das interessiert uns überhaupt nicht. Einige meiner Kollegen sagen das. Das interessiert uns nicht, wir ziehen den schwarzen Hut auf und gehen sozusagen in die Dunkelkammer und lassen uns CDs zustecken. Wissen Sie, was das ist? Das ist Hehlerware.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wenn die Kamera nicht steht.)

Nein, das ist Hehlerware.

(Beifall CDU, FDP)

Wir fordern, indem wir als Käufer solcher CDs auftreten, noch zu kriminellen Handlungen in diesen Ländern auf. Da muss ich Ihnen sagen, das ist jenseits meines Staatsverständnisses.

(Beifall CDU, FDP)

Deswegen beteilige ich mich nicht mehr an der Finanzierung dieser CDs.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Welche Alternative bieten Sie?)

Nein, nicht der Zweck heiligt die Mittel, der Zweck heiligt dann die Mittel, wenn es keine andere Möglichkeit gibt. Als es noch kein Schweizer Abkommen gab, gab es keine andere Möglichkeit. Da hat sich Thüringen auch an der Finanzierung beteiligt. Das ist vollkommen klar. Ich bin auch der Meinung, dass der Verfolgungsdruck aufrechterhalten wird, aber zwischen demokratischen Staaten gilt doch

immer wohl noch das Verhandlungsprinzip. Ich meine, etwas anderes kann ich mir gar nicht vorstellen.

Jetzt einmal zur Frage der Besteuerung: Was - Herr Meyer, ich sage jetzt durchaus mal Rot-Grün - Sie vergeigt haben, ist, Sie besteuern nach dem Zufallsprinzip und sagen, die Leute müssen gewärtig sein, dass sie auf irgendeiner CD stehen. Was ist mit den Leuten, die nicht auf der CD stehen? Was ist mit den Tausenden, vielleicht Hunderttausenden von Fällen, die jetzt nicht im Fernsehen auftauchen? Deren Steueransprüche verfallen Tag für Tag und gehen dem Fiskus verloren. Da haben Sie dem deutschen Staat einen Bärendienst erwiesen, das kann ich Ihnen nur mal sagen.

(Beifall CDU, FDP)

Aber wir werden sehen, zurück mit den Emotionen, Schluss, aus, hat ja keinen Zweck, die Dinge sind gelaufen. Sie haben sich so entschieden. Ich halte es entschieden für falsch, sich so verhalten zu haben. Das hat übrigens auch nichts mit Steuergerechtigkeit zu tun, weil hier immer das Hohelied der Steuergerechtigkeit gesungen wird, Steuergerechtigkeit erreichen Sie nur, wenn Sie systematisch und gleichmäßig die Leute erfassen und nicht wie es gerade kommt. Haben sie Pech, sind sie auf der CD und die anderen zig Tausend haben Glück und stehen nicht auf der CD. Soll ich Ihnen mal sagen, was auf der CD steht, was mein Kollege in Rheinland-Pfalz gemacht hat? Das sind 40.000 Daten. Da sind drei Thüringer drauf, mehr nicht. Na gut, bitte. Ist das eine Art, ist das ein Prinzip, um Steuergerechtigkeit herzustellen? - doch ganz gewiss nicht.

(Beifall CDU, FDP)

Aber wir haben hier mit Steueroasen - nein, Sie müssen sich das, lassen Sie es einfach mal setzen. Es ist demokratisch und unter staatlichen Gesichtspunkten nicht hinnehmbar in meinen Augen.

Gehen wir mal zur Frage der Steuerhinterziehung hier im Land. Hier lobe ich meine eigene Verwaltung. Ich lobe ganz bewusst meine eigene Verwaltung. Sie hat es fertiggebracht, fleißige Leute, sage ich Ihnen mal, gut sortiert, 49 Personen haben immerhin über 350 Fälle hier gefahndet, ganz lautlos, ohne Aufregung, ohne alles, haben ein Mehrergebnis von 26 Mio. für unsere Staatskasse hier erbracht. Für so etwas kann ich mich wirklich nur bedanken.

(Beifall CDU, FDP)

Die Justiz hier in Thüringen hat 150 Fälle als Strafverfahren verfolgt, verurteilt und es sind in Summe 20 Jahre Gefängnis ausgesprochen worden. Meine Damen und Herren, das ist Einforderung von Steuergerechtigkeit und Einforderung unserer Gesetze, nicht diese spektakulären Fälle.

(Beifall CDU, FDP)

(Minister Dr. Voß)

Das mag ja alles ganz schön und gut sein, aber wir müssen systematisch an diese Dinge rangehen. So leid es mir tut, da sitzen uns eben Verhandlungspartner gegenüber, die ganz anders denken. Das mag uns passen oder nicht. Es gab mal einen Finanzminister, der hieß Steinbrück, der sagte, ich kann auch in die Schweiz nicht mit der Kavallerie einreiten - das sind nicht meine Worte, das sind seine Worte als Finanzminister gewesen. Ich kann nur sagen, recht hat er, das wäre ja noch schöner. Ich meine, natürlich sind wir auf den Verhandlungsweg hier angewiesen. Wir haben auch das Personal der Steuerfahndung hier in Thüringen konstant gehalten. 49 Personen sind das, die sehr effektiv und schlagkräftig hier arbeiten. Es ist übrigens das tägliche Geschäft - insofern auch mal zu dem Antrag der LINKEN, den Sie auch im Bundestag gestellt haben - und es funktioniert auch, dass Steuerdaten und -austausche zwischen den Ländern natürlich Platz greifen und auch täglich funktionieren. Wir brauchen keine Bundessteuerpolizei, wie Sie fordern. Das ist wieder ein Stück Bürokratie, das funktioniert bestens.

Ich komme mal zu den Steueroasen. Das ist eine ganz andere Problematik. Da sind wir uns auch einig, das möchte ich auch noch mal versöhnlich sagen. Es kann nicht sein, dass einige Leute versteuertes oder unversteuertes Geldeigentum irgendwo auf Zypern, Cayman Islands oder was es dort alles noch gibt, verbringt, und einfach sagt, na gut, ich verdiene das hier, aber weg damit und egal, wie der deutsche Staat mit seinen Steuerproblemen klar kommt. Das geht natürlich nicht. Aber hier sage ich auch, im Gegensatz zur momentan ja der fast herrschenden öffentlichen Meinung, dass das CD-Problem das überhaupt nicht löst. So eine hilflose Angelegenheit, eigentlich so ein Problem zu lösen, kann man sich gar nicht vorstellen. Auch wenn es momentan populär ist, das ist ganz klar, aber sie werden das Problem nicht lösen, sie sind hier auf Verhandlungen angewiesen. Ich pflichte hier ausdrücklich dem Finanzminister Schäuble dieser Bundesrepublik bei, der im November auf internationaler Bühne, auf der Tagung der G 20, einen Vorstoß ergriffen hat, dass man in Verhandlung geht auf Ebene der EU, auf Ebene der OECD, ja so weit spannend muss man dort die Dinge angreifen. Und es ist mitnichten so, dass Deutschland hier ein Nachwächterstaat ist. Wir sind in der Verfolgung dieser Probleme an der Spitze. Deutschland befindet sich hier an der Spitze. Wir haben hier Doppelbesteuerungsabkommen mit 90 Staaten. Herr Mohring hat schon darauf hingewiesen, hier müssen wir weiterkommen und wir müssen auch sehen, dass es nicht über Verrechnungspreise einfach funktionieren kann, dass hier Geld hin- und hergeschoben wird. Aber, wie gesagt, schauen Sie, es geht mit den CDs wie mit einem Angler. Sie fahren auf einen schönen See und sind froh, dass mal ein Fisch anbeißt. Wir müssen uns aber benehmen wie

Fischer, die Netze auswerfen. Die Netze sind die Verträge, dabei bleibe ich. Das ist auch das rechtsstaatliche Prinzip.

Ich sage Ihnen aber jetzt mal zwei Fälle, wie schwer es ist, hier in dem Feld voranzukommen. Herr Pidde, jetzt müssen wir aufpassen. Ab 1. April dieses Jahres hat Großbritannien eine sogenannte Lizenzbox eingeführt. Das ist doch kein Piratenstaat, Großbritannien - eine Lizenzbox. Das heißt, Erträge aus Patenten und Lizenzen werden nur zu 10 Prozent dort besteuert, und zwar egal, wo die Erträge aus den Patenten und Lizenzen herkommen.

In Zypern hat man das Gleiche gemacht, übrigens ein Staat, dem wir kräftig helfen. In Zypern hat man Ähnliches gemacht, man versteuert Erträge aus Lizenzen und auch aus Patenten nur zu 2 Prozent. So ist die internationale Wirklichkeit.

Ich will Ihnen mal sagen, so lange solche Staaten noch Anreize in die Welt setzen, diese Art der Steuergestaltung hier gewissermaßen noch anzureizen, so lange werden wir das Problem auch nicht lösen. Deswegen ist schon richtig, natürlich weiteren Druck auf die Länder auszuüben, aber auch DIE LINKEN, Sie wollen ja immer das ganz große Rad drehen, Sie empfehlen ja hier, dass wir uns verhalten sollen wie die USA, die bei internationalen Institutionen einfach sagen, egal wie ihr beschaffen seid, ihr macht mit uns Verträge und offenbart ganz einfach die Namen der amerikanischen Bürger. Gut. Also die Bundesrepublik ist wichtig, aber auch nicht der Nabel der Welt.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sollten uns auch mal auf Kooperationen und auf Vertragsverhandlungen verlassen und nicht mit den Muskeln spielen, was uns vielleicht auch gar nicht zupasskommt.

Die beiden Beispiele Zypern und England, ich sage mal, mit Anfang dieses Monats fordert man in Wahrheit deutsche Unternehmen auf, die Erträge gefälligst, die Patente, in England verwalten zu lassen, und dann haben Sie die Möglichkeit, alle Erträge aus den Patenten und Lizenzen zu 10 Prozent dort zu versteuern. Wer da noch nicht einsieht, dass CDs oder sonst etwas keine Hilfe sind, und wer da nicht einsieht, dass unsere Bundesregierung auf dem richtigen Weg ist, dann kann ich es auch nicht verstehen. Ich bedanke mich trotz Emotionalität für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit. Schönen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Damit schließe ich nun den dritten Teil der aktuellen Stunde und rufe auf den **vierten Teil**

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)**d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Verkehrssicher fahren - ein Leben lang“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5994 -

Es hat das Wort Frau Abgeordnete Schubert.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, passenderweise ist von meiner Fraktion der ältere Teil dabei, jetzt schon nicht mehr, um dieser Aktuellen Stunde zu lauschen. Das Thema ist geeignet, emotional diskutiert zu werden. Ich möchte mit dieser Aktuellen Stunde einen Anfang machen, dieses Thema in der gebotenen Sachlichkeit zu diskutieren. Der Titel ist nicht ohne Grund gewählt: „Verkehrssicher fahren - ein Leben lang“, denn wie fängt das an. Als Fahranfänger hat man eine Probezeit von zwei Jahren. Man kriegt den Führerschein auf Probe.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Im Kinderwagen.)

Bei mir ist das Leben nicht im Kinderwagen losgegangen. Wir reden mal von dem Verlauf,

(Zwischenruf: Abg. Barth, FDP: Sie sind zu groß dafür.)

wenn man einen Führerschein bekommt bis zum Ende, was zwangsläufig alle irgendwann einholt. Es gibt außerdem ein Alkoholverbot für alle, die zwischen 18 und 21 sind, ein striktes Alkoholverbot sogar. Wenn man mal das Wort „diskriminieren“ wertfrei verwendet, dann diskriminieren wir damit eine Gruppe einfach nur aufgrund ihres Alters, weil in dieser Gruppe viele risikoreich fahren und - zumindest in der Vergangenheit, jetzt hat es sich ein bisschen gebessert - diese Leute sehr viel an Unfällen beteiligt waren, an schweren Unfällen. Das begleitete Fahren mit 17 war auch eine Antwort darauf. Der Staat hat diese Situation zum Anlass genommen, zu handeln.

Jetzt nehmen wir aber auch zur Kenntnis, dass Senioren und Seniorinnen zunehmend an Unfällen beteiligt sind. Der Verkehrsminister spricht in seinem Verkehrssicherheitsprogramm davon, dass diese Zunahme signifikant ist. Minister Geibert hatte, als diese Debatte um verpflichtende Tests losging, gesagt: Ja, verpflichtende Sehtests ab 70 hält er für diskussionswürdig. Er hat dann einen Rückzieher gemacht von diesem Vorschlag, leider. Warum? Man macht sich mit so einem Vorschlag nicht beliebt. Das kann ich verstehen. Menschen, die älter

werden haben Angst, nicht mehr mobil sein zu können

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nein, das kann ich nicht sagen.)

oder Sorge und das müssen wir sehr ernst nehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mit einem Bekannten gesprochen, der seine Sorge äußerte, wie das dann sei, wenn er nicht mehr erwerbstätig sein kann, wenn er nicht mehr selbst für sich sorgen kann. Ich glaube, so ähnlich ist es mit der Mobilität.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, FDP: Woher nehmen Sie denn die Weisheit?)

Wir müssen das sehr ernst nehmen. Wir haben für den Fall, dass man nicht mehr arbeiten gehen kann, eine Versicherung. Man bekommt eine Rente. Genau so etwas brauchen wir auch für Mobilität. Wenn wir Mobilität als Grundbedürfnis definieren - das tun wir, glaube ich, alle -, dann muss auch der Staat dafür Sorge tragen, dass alle, die nicht mehr können oder die nicht mehr wollen, eine Alternative zum Auto haben.

(Unruhe CDU)

Das ist die Aufgabe auch der Landesregierung. Bitte? Herr Fiedler, ich habe Sie nicht verstanden.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wie definieren Sie denn älter? Wo fängt das denn an?)

Das Fahrrad kam noch nicht vor, spielt in meiner Rede auch keine Rolle.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Deshalb fordern Sie, dass alle über 50 Rad fahren.)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Oder Roller.)

Aber wenn man beides tut, haben wir auch viel gewonnen, Herr Fiedler.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kennt man nämlich auch die Perspektive eines Radfahrers. Das ist sehr sinnvoll, wenn man alle Verkehrsträger nutzt. Wir sind noch lange nicht da, wo wir sein müssten, denn gerade im ländlichen Raum haben wir diese Alternative oft nicht - das ist der ÖPNV. Ich habe an vielen anderen Stellen darauf hingewiesen, was wir da für ein Konzept brauchen. Das kann ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen. Mediziner sagen - ich merke schon, mir läuft die Zeit davon -, ein höheres Alter allein ist kein Risiko im Straßenverkehr, volle Zustimmung. Aber dieser Mediziner sagte auch, das Gebot der Stunde ist der Führerschein auf Zeit. Alles das, was selbstverständlich ist für Menschen, die Taxi fah-

(Abg. Schubert)

ren, die LKW fahren, die Omnibus fahren, die müssen sich alle paar Jahre einer Prüfung unterziehen. Und wenn man es so macht, wie in Spanien zum Beispiel, ab 45 zum Test zu gehen, oder die EU-Richtlinie, dass man den Führerschein alle 15 Jahre erneuern muss, nur den Führerschein, wäre Gelegenheit zu sagen, dann soll man in dem Zusammenhang auch einen Test machen.

(Unruhe CDU)

Wenn man so vorgeht, dann ist von Altersdiskriminierung nicht mehr die Rede. Dann geht es nicht um Altersdiskriminierung. Es ist ein Fakt, dass wir hier Handlungsbedarf haben. Der wird steigen und das ist eine Antwort darauf, wie man damit umgehen kann. Und Herr Carius hat sich bei diesem Thema sehr zurückgehalten.

(Unruhe CDU)

Herr Carius hat sich sehr zurückgehalten und hat gemeint, wenn das die Verkehrswacht diskutiert, alle 15 Jahre zum Test zu gehen, dann diskutiert das doch erst einmal.

(Unruhe FDP)

Herr Carius, Sie sind jetzt Ehrenmitglied dieser Verkehrswacht geworden, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, gerade deswegen ist es Zeit, dass Sie auch in dieser Frage eine eindeutige Haltung einnehmen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Tasch das Wort.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind jetzt, glaube ich, in der Aktuellen Stunde, was jetzt an Ihrem Antrag aktuell ist, das weiß ich nicht, liebe Frau Schubert.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Schubert, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Da haben Sie etwas nicht verstanden, Frau Tasch.)

Letzten Mittwoch hat der Ausschuss für Bau, Verkehr, Landesentwicklung getagt. Da hatten Sie dieses Thema als Selbstbefassungsantrag auf der Tagesordnung und haben Ihre Ansichten kundgetan. Der Minister hat Rede und Antwort gestanden. Jetzt gefällt Ihnen nicht, was unsere Meinung ist, dass wir sagen, wir wollen keine verpflichtenden Tests ab 70 oder 45 oder ab wann auch immer, sondern setzen hier auf Freiheit und Verantwortung der einzelnen Menschen selbst.

(Beifall CDU)

Dann kommen Sie jetzt und sagen, aber zwischen 18 und 21 gibt es auch Vorschriften, Alkoholverbot und, und, und. Und wenn man dagegen verstößt, muss man noch einmal den Führerschein machen oder hat Auflagen. Sie setzen es ins Verhältnis zur Fahrsicherheit von älteren Leuten.

(Zwischenruf Abg. Holzapfel, CDU: Keinen Alkohol.)

Ich glaube, diese Aktuelle Stunde ist eine Phantomdiskussion, denn bei der Verkehrssicherheit gilt für uns: Verkehrssicher fahren, ein Leben lang, fängt für uns bei den Kleinen an. Das geht los im Kindergarten, bei der Verkehrserziehung in der Schule, sichere Schulwege, sichere Radwege, Mobilitätserziehung und, und, und. Da sind wir auf vielen Feldern aktiv. Das will ich gar nicht noch einmal alles herbeten, das haben wir alles im Ausschuss schon mehrfach gehabt und auch mehrfach die letzten Wochen hier im Plenum diskutiert, weil Sie ja nun das ganze Jahr schon darauf herumreiten, dass die Älteren ein Verkehrsrisiko darstellen. Ja, Herr Bärwolff, da nicken Sie.

(Unruhe CDU)

Aber es ist nun einmal Fakt, dass es mehr ältere als junge Leute gibt, also gibt es auch mehr Unfälle bei den Älteren, und das ist etwas ganz Normales. Wenn die Gruppe größer ist als die junge Gruppe, sind dort prozentual auch mehr Unfälle. Wir haben zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, ich will nur einmal ein Beispiel nennen, wo wir aktiv geworden sind als CDU-Fraktion, und zwar das begleitende Fahren ab 17, da haben wir hier unser Wort gemacht, das ist heute Praxis. Das ist ein Beitrag zur Verkehrssicherheit, wenn junge Leute mit 17 mit ihren Eltern fahren können und wachsen so hinein bis sie 18 sind, haben eine Fahrpraxis und haben es gelernt.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich ja auch gesagt.)

Und die Eltern sind ein Vorbild.

(Unruhe CDU)

Wir setzen ganz klar auf Eigenverantwortung. Wir sind dafür, dass es Kampagnen gibt, Aufklärungsarbeit, dass ältere Menschen, die Probleme haben, sich freiwillig zum Sehtest begeben. Wenn Sie jetzt anfangen im ländlichen Raum würde dies bedeuten, dass die Leute im ländlichen Raum auf Bus und Bahn umsteigen sollen. Sie schränken Leute damit ein. In einem ganz kleinen Dorf, wir hatten das letztens auch schon, jetzt ist Frau Scheringer-Wright nicht mehr da, die sich da auch schon Sorgen gemacht hat. Wir halten diese Aktuelle Stunde für entbehrlich und ich finde sie wirklich ganz überflüssig. Das Einzige, was uns das heute Nachmittag

(Abg. Tasch)

gekostet hat, ist unsere Zeit und die ist wertvoll. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Dr. Lukin das Wort.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, „Verkehrssicher fahren - ein Leben lang“ - wenn man das konsequent zu Ende denkt, dann muss man es so fortsetzen „gelassen mit Bus und Bahn“,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn eigentlich ist der öffentliche Nahverkehr die sicherste Art, mobil zu sein. Deswegen habe ich Ihre kritischen Worte jetzt auch nicht so ganz verstanden. Nach wie vor ist das Todesrisiko in Bus oder Bahn zehn- bis zwanzigmal geringer als in einem Pkw. Deswegen hätte sich unsere Fraktion auch eigentlich mehr Mittel gewünscht für die Entwicklung eines Nahverkehrsverbundes in Thüringen, mehr Mittel für Radwege,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber auch mehr Mittel, um die Mobilität für alle zu sichern. Ich meine, Jung und Alt wollen mit Bus und Bahn fahren. Das bedeutet Barrierefreiheit, eine größere Netzdichte, dass der Bürger nicht vor dem Fahrscheinautomaten steht und erst mal einen Volkshochschulkurs besuchen muss. Da gibt es einiges zu tun und, ich denke, da sollten wir auch gemeinsam noch einiges in den nächsten Jahren tun.

Wenn wir aber jetzt zu der Frage Mobilität und eigenes Fahren kommen, der Bürger ist im Schnitt 1,5 Stunden pro Tag mobil. Das macht er mit den verschiedensten Verkehrsmitteln. Erfreulicherweise gibt es bei den Jüngeren gerade den Trend zum Nicht-Auto, das heißt zum Fahrrad, bei den Älteren allerdings mehr zum Auto. Wenn Prof. Dudenhöffer sagt, dass 2015 ein Drittel aller Autokäufer mehr als 60 Jahre sein wird, dann ist das auch ein Trend, den wir beachten müssen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die Autos werden doch aber immer moderner mit Assistenten usw.)

Das sind ganz solide Zahlen und die sind erst mal nicht wegzudiskutieren. Wenn wir uns die Verkehrs- und Unfallstatistik ansehen, dann sterben in Deutschland durchschnittlich täglich zehn Men-

schen im Straßenverkehr und mehr als 1.000 werden verletzt. Bei einem Flugzeugabsturz in dieser Größenordnung ist die Diskussion da, da ist viel Trauer. Aber dass täglich auf unseren Straßen Menschen sterben, das schwimmt irgendwo mit im Bild.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen wünschen wir uns gemeinsam, dass wir noch mehr diese Fragen, die hier zum Teil schon angeschnitten wurden, der Verkehrserziehung, der Verkehrsvermeidung oder auch der Infrastruktur, diskutieren sollten. Ich will nur ganz wenige Punkte anschnitten, es ist in der Aktuellen Stunde nicht anders möglich. Rund zwei Drittel aller tödlichen Unfälle ereignen sich auf Landstraßen, und zwar auf freier Strecke. Die Hälfte aller Getöteten verlor die Kontrolle über das Fahrzeug, das ist also eine Frage, wie haben sie ihr eigenes Vermögen und die Geschwindigkeit eingeschätzt, wie sind die Straßenverhältnisse. Hier sollte man noch überlegen, inwieweit doch mehr eine Schulung der Verkehrsteilnehmer möglich wäre. Es gibt viele Angebote, aber wie werden sie wahrgenommen. Besonders sollten wir noch einmal darüber sprechen, welche Konzepte gibt es für junge Fahrer zwischen 18 und 25, das ist eine Risikogruppe; Motorradfahrer ist eine weitere, hier vor allen Dingen aber ältere Männer und - das muss ich jetzt mal so sagen - Erwachsene mit Kindern im Auto sind ebenfalls ein Risikoproblem. Wenn bis zu 30 Prozent der Kinder bei kurzen Strecken im Straßenverkehr nicht angeschnallt sind, sollten wir auch mal über Vorbildwirkung nachdenken. Auch deshalb ist mehr Verkehrsüberwachung sicherlich, der eine oder andere sagt Abzocke, der andere sagt überflüssige Kontrolle. Aber ein Polizeiauto auf der Straße oder ein Blitzer veredeln das Fahrverhalten ganz ungemein. Dazu gibt es Untersuchungen, das muss man dann auch anerkennen.

Weil vorhin die Frage der Sehtests eine Rolle spielte - 6,45 € kostet einer. Die Deutsche Verkehrswacht denkt darüber nach, mit dem Führerscheinumtausch alle 15 Jahre auch diesen Sehtest einzuführen sowohl für Jüngere als auch für Ältere.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Darüber können Sie nachdenken, wie Sie wollen, entscheiden können Sie es nicht.)

Ich will hier mal die Landesverkehrswacht Nordrhein-Westfalen nehmen, die ist unverdächtig. Die haben über 21.000 Sehtests durchgeführt und sie haben sie natürlich in den verschiedenen Altersklassen durchgeführt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nicht freiwillig.)

Sie sind freiwillig, aber die Ergebnisse waren erschreckend. Ich denke, wir sollten uns das zu Her-

(Abg. Dr. Lukin)

zen nehmen und hier an der Stelle auch darüber nachdenken, wie wir Verkehrsteilnehmer a) schützen bzw. wie wir auch zur Beachtung von Regeln kommen. Sie können nicht abstreiten, dass die drei Risikogruppen Kinder, junge Fahrer und Senioren wirklich eine große Rolle spielen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen zweiten Punkt will ich nur kurz anschneiden. Eine ACE-Studie hat festgestellt, 190.000 Menschen sind wegen Straftaten im Straßenverkehr verurteilt worden. 22 Prozent aller Straftaten finden dort statt, 85 Prozent der Straftäter im Verkehr sind Männer. Auch darüber sollten wir einmal nachdenken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fragen wie Alkohol am Steuer...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Mein letzter Satz. 59 Prozent sind für 0 Promille und auch über Tempolimit und alle weiteren Fragen, die ja angesprochen wurden, sollten wir weiter diskutieren. Die Palette ist groß.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Doth das Wort.

Abgeordnete Doth, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, DIE LINKE hat ihre Aktuelle Stunde heute genannt: „Verkehrssicher fahren - ein Leben lang“

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das waren wir.)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ihr habt doch lauter Rentner in der Partei.)

DIE GRÜNEN, Entschuldigung. Ich muss mich da Frau Tasch anschließen, die Aktualität erschließt sich mir nicht ganz, weil wir das Thema erst in der letzten Ausschuss-Sitzung hatten und Sie hatten in einem Zwischenruf gesagt, Frau Schubert, Sie hätten ja nur zwei Fragen gestellt in dem Ausschuss. Also, Sie hätten dort gern mehr Fragen stellen können und diskutieren können. Das hätte Ihnen sicherlich keiner verwehrt. Das wäre vielleicht auch zielführender gewesen als das Ganze hier in einer Aktuellen Stunde in 5 Minuten zu diskutieren.

Sie selber haben dann angefangen, dass verkehrssicher fahren ein Leben lang mit dem Führerschein anfängt. Ich sage, nein, es fängt nicht mit dem Führerschein an, es fängt viel früher an. Es fängt da an, wenn in der Schule Verkehrserziehung stattfindet, wenn man den Kindern beibringt, wie sie über die Straße zu gehen haben, wie sie mit dem Fahrrad zu fahren haben, das ist der erste Punkt.

(Beifall CDU)

Ich denke, da läuft auch an Thüringer Schulen sehr viel, gerade wenn es um das Radfahren geht, um die Kinder hier als Verkehrsteilnehmer sicher zu machen.

Ein nächster Punkt ist dann sicherlich das Alter, wenn die Jugendlichen und die jungen Erwachsenen einen Führerschein erwerben. Hier hat sich das begleitete Fahren mit 17 durchaus als Erfolg erwiesen.

(Beifall CDU)

Die Zahl der Unfälle in dieser Altersklasse ist zurückgegangen und wenn es unlängst eine Meldung gab, dass inzwischen mehr Senioren an Verkehrsunfällen beteiligt sind, dann ist das zum einen der Demografie geschuldet, weil eben auch mehr Senioren noch Auto fahren,

(Beifall CDU)

aber es ist sicherlich auch ein Beleg dafür, dass das Programm „begleitetes Fahren ab 17“ ein Erfolg war, wenn wir in dieser Altersgruppe weniger Verkehrsunfälle haben.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das heißt, wir müssen in der anderen nichts machen?)

Entschuldigung, ich bin noch nicht fertig, ich habe auch noch 3 Minuten Zeit zum Reden. Das Ganze geht nämlich weiter, dass man überhaupt in seinem ganzen Leben als Autofahrer sich ab und an mal wieder fit machen sollte, da gebe ich Ihnen recht.

(Beifall CDU)

Nur ich gebe Ihnen nicht recht, dass man das zwangsweise tun sollte. Es gibt breite Angebote, zum Beispiel die Fahrsicherheitsschulung des AD-AC, ich kann Ihnen aus meinem Bekanntenkreis sagen, dass das schon sehr viele wahrgenommen haben. Ein Fahrsicherheitstraining scheint auch ein beliebtes Geschenk zu Weihnachten oder zum Geburtstag zu sein. Ja, was lachen Sie da? Diese Dinge werden doch angenommen. Es muss auch dafür geworben werden.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Der hat keine Freunde, die ihm etwas schenken.)

Das Gleiche betrifft letztendlich dann die Senioren. Da ist es unerheblich, ab welchem Alter wir das jetzt definieren. Es gibt inzwischen eine breite Kam-

(Abg. Doht)

pagne auch vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat für zum Beispiel freiwillige Gesundheitschecks, ich sage freiwillige ganz deutlich, auch für andere Programme. Es gibt das Programm „Sicher mobil“, was sich an ältere Verkehrsteilnehmer wendet. Aber selbst private Anbieter wie Fahrschulen zum Beispiel haben hier schon für sich einen Markt entdeckt und bieten Schulungen an für ältere Verkehrsteilnehmer, um sie wieder fit zu machen, auf den neuesten Stand zu bringen im Straßenverkehr. Ich denke, das ist auch wichtig und richtig und das sollte auch unterstützt und weiter fortgeführt werden.

Was den Gesundheitscheck betrifft, Frau Dr. Lukin hat hier immer nur vom Sehtest geredet, ich denke, das ist vielleicht noch das geringste Übel, weil jeder wird, wenn er merkt, dass er irgendwann schlecht sieht, mal zum Optiker gehen oder zum Sehtest und wird sich eine Brille verpassen lassen. Ich denke, gerade das Feld der gesundheitlichen Einschränkung ist viel größer. Was ist zum Beispiel mit Kreislaufmedikamenten oder anderen Medikamenten, die die Fahrtüchtigkeit beeinträchtigen können? Über all diese Dinge muss aufgeklärt werden. Ich denke, da sind auch alle in der Verantwortung, das geht beim Hausarzt los, der die Tabletten verordnet, der letztendlich vielleicht dann doch noch mal darauf hinweisen sollte, jetzt fahren sie erst mal lieber kein Auto. Jetzt aber grundsätzlich zu sagen, wir nehmen jedem ab 70 oder 80 den Führerschein weg,

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das hat niemand gesagt.)

ich denke, das ist nicht möglich, sondern ich setze hier eigentlich auf Freiwilligkeit und auch auf die Vernunft der Menschen. Ich glaube, die sind auch vernünftiger, als das hier so mancher in den Raum stellt.

So, die Redezeit ist erst in 3 Sekunden zu Ende.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Untermann das Wort.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde fügt sich in die Antragsreihe der GRÜNEN-Fraktion zur ihrem Thema „Verkehrssicherheit im Alter“ reibungslos ein, möchte ich sagen.

(Beifall FDP)

Dazu haben Sie seit 2011 bis heute Kleine Anfragen, Mündliche Anfragen oder Anträge im Ausschuss gestellt. Ich möchte sagen, das ist wieder

ein Beweis aus der grünen Besserungsanstalt unserer Nation.

(Beifall CDU, FDP)

Der Bericht zu den Unfallstatistiken aus dem Jahr 2012 zeigt gegenüber dem Vorjahr einen geringen Anstieg der Verkehrsunfälle insgesamt, Gott sei Dank nur gering, das ist natürlich aber immer noch zu viel. Hier sind Anstiege bei Verkehrsunfällen mit Beteiligung von Verkehrsteilnehmern über 65 Jahre von 1,8 Prozent zu registrieren, das sind 164 Unfälle mehr als 2011. Die Statistik besagt aber ebenfalls, dass die Zahl der Unfälle mit Personenschäden in dieser Altersgruppe rückläufig ist. Betrachtet man die Anzahl der Unfälle, nicht die der Unfallentwicklung bei jungen und älteren Verkehrsteilnehmern, sieht es so aus, es werden im Jahr 2012 8.331 Unfälle bei den über 65-Jährigen und bei den 18- bis 24-Jährigen 9.702 Unfälle erfasst - auf alle Fälle ein Beweis dafür, dass wir hier nicht nur die älteren Fahrteilnehmer am Verkehr verurteilen sollten.

(Beifall FDP)

Die demografische Entwicklung: Wie Frau Tasch schon richtig sagte, nehmen die Älteren über 65 von Jahr zu Jahr zu, da kann man ohne Weiteres verstehen, dass es hier diesen oder jenen Unfall mehr gibt, denn wenn mehr Fahrer auf der Straße sind, ist es ganz normal, dass es prozentual gesehen auch etwas mehr Unfälle gibt. Hauptursachen für die Unfälle sind vorrangig Vorfahrtsfehler, Fehler beim Abbiegen, Wenden, nicht angepasste Geschwindigkeit und Unterschreiten des Sicherheitsabstands. Die Unfallursachen sehen bei jugendlichen Verkehrsteilnehmern jedoch auch nicht anders aus. Schwere Unfälle sind vorrangig eben in diesem Altersbereich festgestellt worden, also ist verkehrssicheres Fahren nicht nur ein Problem der Seniorengeneration.

(Beifall CDU, FDP)

Frau Dr. Lukin, ich gebe Ihnen recht, man kann Bus, Bahn, ÖPNV und Fahrrad benutzen, aber das müssen wir freiwillig machen und das dürfen wir niemandem vorschreiben.

(Beifall FDP)

Das ist der große Unterschied, den wir hier wahrscheinlich sehen. Wie in den meisten Bundesländern verändert sich auch in Thüringen die Altersstruktur. Im Jahr 2030 werden über 35,4 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter sein. Ihre Anfragen beschränken sich immer auf Gesundheitstipps, Pflichtuntersuchungen oder die Altersbefristung bei der Fahrerlaubnis. Verkehrssicherheit ist uns allen wichtig. Haben Sie sich jedoch Gedanken über die zusätzlich zu erwartenden Kosten der Untersuchungen und der sonstigen anfallenden Kosten gemacht? Zu Verkehrsteilnehmern zählen ne-

(Abg. Untermann)

ben den Pkw-Fahrern aber auch Fußgänger, Radfahrer, Nutzer von Bussen und Bahnen. Was machen wir mit diesen Verkehrsteilnehmern, wie testen wir die denn, ob die noch in den Bus einsteigen können, ob sie da nicht umknicken oder ob die Fußgänger eventuell auch zu alt sind zum Radfahren?

(Beifall FDP)

Was machen wir mit diesen Verkehrsteilnehmern? Übrigens haben wir in einigen unserer Anträge die Verkehrsteilnehmerschulungen als Mittel herangezogen, auch ältere Verkehrsteilnehmer auf die neuen modernen Veränderungen hinzuweisen. Ich denke, das sind Sachen, die hier wirklich etwas bringen oder auch bei den Geisterfahrern die Schilder an den Straßen, wo man abbiegt oder wo man dann wirklich sieht, dass man nicht entlangfahren darf.

(Beifall FDP)

Bei Infrastrukturentwicklung gerade in den ländlichen Räumen spielt der Erhalt der Mobilität gerade für die Senioren eine bedeutende Rolle bei der Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit.

(Beifall FDP)

Sichere Verkehrsteilnahme geht mit einem lebenslangen Lernprozess einher. Jede neue Senioren- generation hat andere Mobilitätsprobleme und -bedürfnisse, auf die sich dann die Gesellschaft in den kommenden Jahren immer wieder neu einstellen muss. Nach meinen Erfahrungen ist die heutige Senioren- generation den Anforderungen des modernen Verkehrs besser gewachsen als früher.

(Beifall FDP)

Natürlich kann man nicht alle über einen Kamm scheren und Einzelpersonen sind differenziert zu betrachten. Die Menschen sollen selbst entscheiden, ob sie weiter Auto fahren können und wollen. Ihre Anträge und auch die Aktuelle Stunde gehen für mich in eine Richtung. Das Thema benötigt mehr Komplexität. Das bedeutet für mich neue Anforderungen an die Stadt- und Verkehrspolitik, an die Verkehrsplanung, an die Automobilindustrie und an die Verkehrssicherheitsarbeit. Dazu zählt für mich benutzerfreundliche Gestaltung des ÖPNV, richtig gesehen, genauso wie die gezielte Präventionsarbeit für Jung und Alt, im Kindergarten angefangen, wie es schon gesagt wurde. Wenn es nach Ihnen geht, müssen alle Verkehrsteilnehmer ab 65 Jahre eine Sicherheitsweste tragen wahrscheinlich mit einer 65 drauf, richtig gelb blinkend, damit man dann noch weiter fahren kann.

(Beifall FDP)

Aber ich werde Ihnen den Gefallen nicht tun. Ich werde zwar bald 65, ich fahre ohne Weste. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat Minister Carius das Wort.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Der muss eine Warnweste tragen mit einer 40 drauf.)

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr:

So weit ist es noch nicht, Herr Barth. Nein, nein, soweit ist es noch nicht. Aber wissen Sie, meine Damen und Herren, ich bin jetzt etwas traurig. Wir haben hier eine Verkehrssicherheitsdebatte und ganz egal, ob sie jetzt von den GRÜNEN gestellt wurde oder von der LINKEN oder von einer anderen Fraktion oder den Koalitionsfraktionen im Hause, ich finde den Umgang mit dem Thema etwas unangemessen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn wenn sich jemand einmal der Mühe unterzogen hat, mit den Hinterbliebenen eines Verkehrsunfalls zu reden, dann vergeht relativ schnell die Freude.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Das gilt aber für Jung und Alt, nicht diskriminierend.)

Ja, natürlich gilt das für Jung und Alt. Lieber Kollege Gustav Bergemann, es besteht überhaupt gar keine Frage und auch kein Anlass, finde ich, die Verkehrssicherheitsarbeit zum Anlass für Diskriminierung zu nehmen. Deswegen halte ich persönlich auch nicht viel davon, verpflichtend vorzuschreiben, ab einer bestimmten Altersgrenze Gesundheitstests vorzunehmen. Das kann, glaube ich, jeder selber entscheiden. Ich will aber trotzdem die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle - wiewohl ich auch Zweifel habe, ob eine Debatte über Verkehrssicherheit wirklich in die Aktuelle Stunde gehört - zunächst einmal für die Arbeit von über 1.000 Mitgliedern der Landesverkehrswacht, auch unter der Führung von Frau Lukin, ganz herzlich zu danken, die insgesamt 95.000 Menschen in Verkehrssicherheitsaktionen, fast 1.000 Verkehrssicherheitsaktionen allein im letzten Jahr letztlich auf dieses Thema aufmerksam gemacht haben. Ich glaube, das gehört hier auch dazu, das ist eine ganz wichtige Arbeit, die vor allen Dingen ehrenamtlich geleistet wird, wo selbstverständlich auch die Polizei intensiv hilft, wo auch die Feuerwehren helfen in den Gemeinden. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Thema und wird leider allzu oft belächelt. Ich habe gesagt, warum ich das etwas schwierig finde, weil ich tatsächlich glaube, dass wir für Verkehrssicherheit sicher immer noch mehr tun müssen. Sicher ist auch darüber nachzudenken, ob die 345.000 €, die wir der Landesverkehrswacht geben, ausreichen, ob wir nicht noch mehr Aktionen machen müssen. Aber, ich glaube, wenn man jetzt mal schaut, was wir in den vergangenen Jahren geleistet haben, auch der Verkehrssi-

(Minister Carius)

cherheitsrat und die Landesverkehrswachten, kann man doch eigentlich sagen, wir haben gute Kampagnen gemacht, wir haben gute Verkehrssicherheitsaktionen gemacht und haben vor allen Dingen in den letzten Jahren deutlich mehr ältere Menschen mit freiwilligen Aktionen erreicht, als wir das bisher getan haben. Insofern gibt es da auch gar keinen Grund, irgendwie zu verzagen und zu sagen, wir haben ein riesiges Problem, das lösen wir gar nicht freiwillig und müssen deswegen einen Zwang einrichten, sondern ganz im Gegenteil; wir müssen feststellen, wir haben in den letzten Jahren, wo wir uns auch dieser Vision Zero, also null Verkehrstote, letztlich verschrieben haben. Da ist noch einmal eine wichtige Frage, weniger Verkehrstote ist das eine. Die nächste Frage ist, wie viele Schwerverletzte haben wir denn eigentlich? Auch die Zahl müssen wir letztlich langfristig reduzieren. Da haben viele Debattenbeiträge letztlich gezeigt, dass wir an vielen verschiedenen Punkten ansetzen müssen. Bei der Verkehrsinfrastruktur sind natürlich auch die Gemeinden gefragt, weil hier die Aufgabe steht, letztlich barrierefrei auch seniorengeeignete Verkehrsraumgestaltung durchzuführen. Das fängt an bei der Gehwegabsenkung im Bereich von Kreuzungen, die im Übrigen ja auch nicht nur den Rollatoren nützt, wie ausreichend langen Grünphasen. Das geht auch zu Querungshilfen und weiteren Maßnahmen, die die Kommunen machen müssen. Es geht über Themen der Infrastruktur, wenn wir an den Unterfahrschutz beispielsweise für Motorradfahrer denken, insbesondere in den Strecken des Thüringer Waldes, wo auch dankenswerterweise die Verkehrssicherheitsorganisationen wie der ADAC sehr viel gemacht haben, wo auch Rennsportclubs in der Vergangenheit außerordentlich viel geleistet haben. Das sind Themen der Infrastruktur, wo wir etwas tun müssen. Wir haben eine ganze Reihe von planfreien Knoten letztlich geschaffen, wo wir den Verkehr ein Stück weit entzerren konnten, wo wir letztendlich auf Ampeln verzichten konnten, Kreisverkehre einrichten konnten, die auch die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss erhöhen konnten. Wir haben die Frage, was passiert eigentlich in unseren Automobilen? Wir haben überall moderne Fahrassistenzsysteme, mittlerweile auch in Bereichen der Mittelklasse und der unteren Mittelklasse. Das heißt, auch hier haben wir sehr viele positive Entwicklungen, die letztlich dazu beigetragen haben, alle zusammen im System und im Verein dazu beigetragen haben, dass die Verkehrssicherheit in den letzten Jahren doch insgesamt angestiegen ist. Natürlich ist es so, dass wir ab und zu einmal einen Anstieg haben um immer ein paar Fälle zu viel, aber doch am Ende in einem wirklich geringen Bereich absolute Zahlen. Ich will auch noch einmal zum Thema der Senioren deutlich sagen: Ich glaube, wenn wir uns unsere demografische Landschaft anschauen, die Entwicklung der Bevölkerung und die Entwicklung der Un-

fallzahlen, müssen wir gar keinen Grund haben oder da sehe ich auch gar keinen Grund, der jetzt wirklich dafür spricht, hier altersbezogene Grenzen einzuziehen.

Der nächste Punkt, der hier aus meiner Sicht ganz wichtig ist, ist natürlich auch die Frage der Verkehrssicherheitsarbeit. Aus meiner Sicht ist verkehrssicher fahren ein bisschen zu spät angefangen. Denn selbstverständlich, es sei denn, man nimmt das Kinderwagenfahren auch dazu, aber das ist ja wohl nicht gedacht. Ich erinnere mich sehr gut daran, als meine Tochter ihren geprüften Fußgänger gemacht hat. Das ist auch eine Aktion, die mit der Polizei gemacht wird, wo die Kinder im Kindergarten absolut stolz sind. Das sind wichtige Dinge, wo wir darauf achten müssen, dass Kinder tatsächlich sich auch im Verkehr ordentlich bewegen können, auch ohne von ihren Eltern hin- und hergeführt zu werden, wie es auch allzu oft der Fall ist. Wir haben die Themen im Bereich der Führerscheinzulassung der jungen Verkehrsteilnehmer, wo wir eine ganze Reihe von neuen Regelungen haben. Insbesondere das Alkoholverbot bis 21, von dem ich außerordentlich viel halte. Das hat die Zahlen doch deutlich minimiert. Insofern ist das ein vernünftiger Anknüpfungspunkt, der vor allen Dingen daran ansetzt, dass die Erfahrung der jungen Verkehrsteilnehmer nicht so hoch ist, dass sie mit den Einschränkungen, die Alkohol im Verkehr mit sich bringt, auch gut zurecht kommen können. Wir haben auch Projekte, wie das begleitete Fahren ab 17, was im Übrigen auch dazu führt, wir hatten das ja auf der Landesverkehrswacht, Frau Lukin, letzte Woche auch besprochen, was ja auch Folgen hat. Das begleitete Fahren mit 17 hat zum einen die Unfallzahlen noch reduziert und zum anderen aber auch dazu geführt, dass natürlich Jugendliche sich mit 16 fragen, ja, was machen wir denn jetzt, lohnt sich der Moped-Führerschein oder lohnt er sich nicht? Da fange ich schon mal mit 15 an und fahre da schwarz Moped. Das ist genau der Punkt, weswegen ich nicht glaube, dass wir hier irgendwie eine Liberalisierungskeule schwingen, sondern dass ich glaube, wir müssen deswegen an diesem Punkt auch ansetzen und insbesondere für junge Leute ein Angebot schaffen, dass sie auch ab 15 schon einen Führerschein für Moped erreichen können. Das ist nicht dem Rechnung getragen, dass wir immer weiter nach unten gehen wollen, sondern dass wir eigentlich gerade junge Fahrteilnehmer oder Fahranfänger eher dazu animieren wollen, sich regelgebunden zu verhalten und ordentlich geschult zu werden. Davon halte ich tatsächlich am Ende mehr. Damit tragen wir auch dem Bedürfnis von Mobilität insgesamt Rechnung. Ich glaube, wir haben gar keinen Grund, uns hier zu verstecken. Die freiwillige Arbeit in der Vergangenheit hat außerordentlich hohe Erfolge erzielt. Lassen Sie uns daran anknüpfen und lassen Sie uns aktuell nicht über Zwangsregelungen reden. Vielen Dank.

(Minister Carius)

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schließe den vierten Teil der Aktuellen Stunde und rufe den **fünften und letzten Teil** auf:

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Rechtsextremistische Netzwerke auch in Thüringer Gefängnissen?“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/5996 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Fiedler für die CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Poppenhäger, wir haben heute hier, denke ich, ein ernstes Thema zu bereden, was vor allen Dingen auch aktuell ist. Es geht um „Rechtsextremistische Netzwerke auch in Thüringer Gefängnissen“. Ich denke, das ist nichts, was man so einfach beiseite wischen kann, sondern es geht darum, dass ausgehend von Hessen, JVA Hünfeld, dort inhaftierte Rechtsextremisten unter ihrem richtigen Namen entsprechende Anzeigen geschaltet haben in einem Motorradmagazin und damit Gesinnungsgenossen hier im Gefängnis geholfen werden soll. Obwohl das in Hessen auch vom Verfassungsschutz entsprechend beobachtet wurde, wird man erst im April 2013, also dieses Jahr, auf die Sache aufmerksam und durchsucht die Zellen in der JVA Hünfeld, meine Damen und Herren. Dabei findet man Listen, die auch in Richtung Thüringen gehen.

Herr Minister, eine Thüringer Landeszeitung schreibt „Justizskandal“, ich kann dem nicht widersprechen. Wir haben uns in den letzten Jahren oder letzten Monaten, gerade wenn es um NSU ging, im Hohen Hause über Dinge unterhalten, die teilweise 10, 15 Jahre her sind. Das ist schlimm genug. Da gebe ich Herrn Kaczmarek ausnahmsweise mal recht. Wir haben uns damals bis auf die Knochen blamiert, das habe ich hier von der Stelle aus schon gesagt, wir alle. Und jetzt passiert das, dass in unseren Justizvollzugsanstalten und hier insbesondere in Tonna, was ja angeblich unsere beste und höchstbewachte Einrichtung ist, solche Dinge passieren. Das kann man nicht so einfach hinnehmen. Denn jetzt sind wir aktuell, jetzt sind wir alle gewarnt und wissen alle, um was es geht. Sich nun einfach hier aus der Verantwortung stehlen zu wollen und zu sagen, Gräfontonna, das geht mich nichts an, das ist die Bundesanwaltschaft, Herr Mi-

nister, das hätte ich von Ihnen wirklich nicht erwartet. Dass Sie auf so eine plumpe Ausrede kommen und diese Dinge hier vortragen, vielleicht war es Ihr Sprecher und der war nicht richtig informiert. Ich muss Ihnen sagen, das finde ich unter der Gürtellinie. Wir alle beschäftigen uns damit, werden von der Bevölkerung in Haftung genommen alle Mann, teilweise zu Recht, dass wir solche Dinge hinnehmen, dass solche Dinge weiterhin passieren und das nimmt uns niemand mehr ab. Die Justiz fällt in Ihren Verantwortungsbereich, da geht es nicht darum, dass Sie vielleicht der Schließer dort sind. Ich erinnere mich daran, als sich Kollege Höhn, als es darum ging, den Innenminister, ich sage einmal, deftig zu benennen, hier hingestellt und den Rücktritt des zuständigen Ministers Innen gefordert hat, weil bestimmte Dinge nicht gelaufen sind. Ich mache dasselbe nicht umgedreht, dass ich Sie zum Rücktritt auffordere, sondern ich frage mich einfach: Hat die Justiz den Donner noch nicht gehört, der hier los ist? Ich höre laufend von der Generalstaatsanwaltschaft, das interessiert uns nicht oder das nehmen wir nicht so ernst - ich will mich mal vornehm ausdrücken. Wenn es darum geht, ich sage einmal - die Zeit ist knapp - Abteilung ZESAR geschaffen und dazu brauche ich auch eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft und ähnliche Dinge. Die Justiz tut so - bei uns ist alles in Ordnung, bei uns läuft alles. Die Akten kamen von der Justiz in der Regel immer zu spät. Und jetzt kommt noch dieser Skandal dazu, dass sich bei uns ein Herr Wohlleben, das „Herr“ fällt mir schon schwer, ein entsprechender NSU-Gangster hier in Thüringen einen Bunten macht, seine Kontakte nach außen spielen lässt, um bestimmte Dinge noch weiter voranzubringen, das ist ein Skandal. Sie müssen einfach dafür Sorge tragen, dass so etwas nicht passiert und dafür müssen Sie sich ganz persönlich in Verantwortung nehmen lassen. Man kann das nicht einfach wegschieben auf die Bundesanwaltschaft. Ich finde es einfach skandalös, dass Sie sich das so einfach machen unter dem Motto: Das interessiert mich nicht, das ist ein Gefangener der Bundesanwaltschaft. So geht es nicht. Der hat in Thüringen eingesehen und was ist passiert? Die Bundesanwaltschaft, nachdem sie Kenntnis erlangt hat, ich gehe einmal davon aus, dass sie ihn sicherheitshalber nach Bayern verbracht haben, weil sie wissen, dass es dort sicherer ist. Das ist für unser Land kein Aushängeschild. Ich denke, es ist dringend notwendig und meine Fragen sind: Wie kann es sein, dass solche Vorkommnisse unentdeckt blieben? Warum ist der Landtag nicht darüber informiert worden? Darüber wird einfach schweigend der Mantel gedeckt und man redet nicht darüber, anstatt zu informieren. Wir sind es der Öffentlichkeit und uns schuldig, dass zum heutigen Zeitpunkt 2013 solche Dinge passieren, wo dieses Netzwerk sogar im Knast weiterarbeitet. Wo sind wir denn ei-

(Abg. Fiedler)

gentlich? Sind wir in der Bananenrepublik oder sind wir im Rechtsstaat hier in Thüringen?

(Beifall CDU, FDP)

Ich finde das einfach nicht in Ordnung. Ich erwarte einfach schnelle und vollständige Aufklärung der Missstände, um weiteren Schaden von Thüringen abzuwenden, Abstellung der offensichtlich bestehenden Sicherheitsrisiken. Ich hätte erwartet - ich bin zu Ende -, Sie hätten eine Regierungserklärung dazu abgegeben, aber ich hoffe, dass Sie uns heute etwas sagen, dass in Zukunft so etwas nicht wieder passieren kann. Danke.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Berninger das Wort.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Danke schön, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich will mit dem stellvertretenden Chefredakteur der TLZ, Herrn Kaczmarek, beginnen, muss nicht wiederholen, was Herr Fiedler schon gesagt hat. Herr Kaczmarek hat auch am 18. April geschrieben: Thüringen ist sowieso schon lädiert, der Ruf werde weiter ruiniert. Herr Fiedler, auch Sie haben gerade jetzt von einem Aushängeschild gesprochen. Ich will aber ganz deutlich sagen, der lädierte Ruf Thüringens ist das geringste Problem, wenn wir feststellen, dass es funktionierende und lange Zeit eben unerkannte Strukturen und Netzwerke von Neonazis auch in Thüringer Gefängnissen gibt. Dass das so ist, daran besteht kein Zweifel, und zwar nicht erst, seitdem bekannt wurde, dass sich der wegen des Verdachts der Unterstützung des NSU inhaftierte Ralf Wohlleben auf eine Struktur in der JVA Tonna stützen konnte, die eine dialogische Kommunikation ermöglicht hat. Es mutete schon ein wenig verwirrend an, Herr Dr. Poppenhäger, als am 10. April das Ministerium über seinen Sprecher verkündete, dass es keine belastbaren Hinweise auf eine Vernetzung rechtsradikaler Häftlinge in Thüringer Gefängnissen gäbe. Ähnlich hat sich übrigens im Dezember 2012 auch das hessische Justizministerium auf eine entsprechende Anfrage der dortigen Linksfraktion im Landtag geäußert. Auch dort lagen keine Erkenntnisse über Versuche von Neonazis vor,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die hatten sogar zwei Sondersitzungen, Innen- und Justizausschuss.)

sich innerhalb der JVAen zu organisieren. Inzwischen wissen wir, dass es diese Netzwerke gibt. Wir wissen, dass sie bundesweit existieren und dass auch in Thüringer Justizvollzugsanstalten Nazis versucht haben, sich diesen Netzwerken anzu-

schließen. Das hätte auch den Thüringer Justizbehörden bekannt sein können, denn im Oktober 2012 war in der Ausgabe der „Biker News“ ein Aufruf eines in Hünfeld inhaftierten Neonazis abgedruckt, in dem dieser für das Gefangenennetzwerk „AD Jail Crew Fourteeness“ wirbt. AD steht dabei für Aryan Defense - arische Abwehr zu deutsch - und das Fourteen als Abkürzung für die rassistischen 14 Worte des wegen Mordes verurteilten US-amerikanischen Rechtsextremisten David Eden Lane. In dem in der „Biker News“ veröffentlichten Text heißt es, dass das Netzwerk bereits über Ansprechpartner in verschiedenen JVAen verfüge, darunter auch in Tonna in Thüringen. Das war allerdings für das Justizministerium anscheinend noch kein belastbarer Hinweis. Eine Fehleinschätzung, wie das Ministerium nach einer nur eintägigen Prüfung korrigieren musste. Bereits am 11. April musste eingeräumt werden, dass zwei in Thüringen inhaftierte Neonazis Kontakte zu dem offenbar als Nachfolgeorganisation der 2011 verbotenen HNG gedachten Netzwerk aus Thüringer JVAen heraus unterhalten. Am 17. April dann informierte man darüber, dass neben Tonna und Gera auch in Untermaßfeld ein Kontakt zu einem Nazinetzwerk unter Gefangenen bis dahin unerkannt geblieben war. Das dahinter stehende Problem ist nicht allein darin zu sehen, dass Neonazis miteinander kommunizieren und sich austauschen, das überrascht genauso wenig wie die Tatsache, dass Nazis in Gefängnissen sitzen. Das Problem ist - darauf verweisen wir seit Jahren und Herr Fiedler, wir sind nicht erst jetzt gewarnt -, dass in Thüringer Gefängnissen sich neonazistische Strukturen herausbilden und als solche agieren können. Innerhalb der Strukturen findet eine Verfestigung neonazistischer Einstellungen statt. Die Strukturen werden aus dem Gefängnis heraus geleitet. Mitgefangene werden an neonazistische Strukturen herangeführt und andere werden in Umsetzung neonazistischer Ideologie misshandelt. Von durch Neonazis und rechten Schlägern dominierten Parallelwelten in Justizvollzugsanstalten sprechen Expertinnen und verweisen unter anderem auch auf den in Thüringen viele Jahre inhaftierten Markus E.

Daneben und unabhängig von dem in dem Bikerblatt erwähnten Netzwerk bestand in Thüringen offenbar ein Neonazinetzwerk um den NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben, das haben Sie auch erwähnt, Herr Fiedler, an dem noch etwas anderes deutlich wird, die strafprozessuale Seite solcher kommunikativen und geheim operierenden Netzwerke. Die Überwachung und Kontrolle der Kommunikation Verurteilter oder in Untersuchungshaft befindlicher Gefangener dient eben nicht der Drangsalierung, sondern hat strafprozessuale Gründe, Verhinderung von Beweismittelunterschlagung beispielsweise oder Verdunkelungsgefahr etc. Und dieser Gefahr war offensichtlich im modernsten und sichersten Gefängnis Thüringens im Fall

(Abg. Berninger)

Wohlleben nicht zu begegnen. Das sollte uns zu denken geben.

Auf einen politischen Aspekt möchte ich abschließend noch verweisen, den ich ebenso besorgniserregend finde, dass deutlich wird, welche ungebrochene Unterstützung sich der NSU bis heute in neonazistischen Strukturen bis hin zur NPD sicher sein kann. Wenn man dann noch den Hinweis nimmt, dass der, über dessen Überwachung dieses Netzwerk um Ralf Wohlleben entdeckt wurde, auch gleichzeitig der Anmelder des Thüringentags der Nationalen Jugend am 15. Juni in Kahla ist, dann wird deutlich, was die Gesellschaft hier noch zu tun hat, aber nicht nur Behörden wie das Justizministerium, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Berninger.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Hier dürfen wir als Gesellschaft nicht die Augen verschließen und sollten am 15. Juni in Kahla den Nazis zeigen, was wir von ihnen halten, ebenso wie nächste Woche hier in Erfurt. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Marx zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich, das ist alles andere als ein Spaß, wenn ein rechtsradikales Netzwerk auffliegt, oder dessen Gründungsversuch, und wenn ein Herr Wohlleben trotz verschärfter Beobachtung es schafft, über Dritte irgendwelche Kassiber zu empfangen und rauszuschmuggeln. Da muss man natürlich fragen: Was hat solches ermöglicht? Aber, Frau Kollegin Berninger, Sie haben ja gerade darauf hingewiesen, das ist ja nicht so, dass ein offener Aufruf zur Netzwerkgründung erfolgte oder irgendwie Briefchen gekommen sind an die entsprechenden Gefangenen, sondern Sie haben es ja richtig gesagt, es gab in den Bikernews eine Kleinanzeige, und zwar unter dem Kürzel „AD Jail Crew“. Und unter „AD“ - das haben Sie auch richtig gesagt - verbirgt sich das Kürzel „Aryan Defense“, also die sogenannte arische Verteidigung. Da haben wir doch das Problem, was es eben nicht einfach macht, so etwas zu entdecken in einer Zeitschrift, in einer ganz normalen Zeitschrift, deren Abonnement einem Gefangenen gestattet ist, auch einem der unter Postüberwachung steht, auch einem, dessen Kleidung regelmäßig durchsucht wird, der darf Zeitungen beziehen. Das gibt unsere

Rechtsordnung her, das lässt sie zu. Es müssten die Kleinanzeigen in allen diesen Zeitungen entsprechend gescannt werden, das ist natürlich ein Versäumnis, von wem auch immer, dass eine solche Kleinanzeige nicht gefunden worden ist. Es wird sich Chiffrierungen bedient in einem solchen Fall, die sich mir nicht erschließen als vielleicht Leser in einer Eingangskontrolle in einem Gefängnis. Da muss die Information verbessert werden, wenn Sie und andere sagen, und dann natürlich nachrecherchiert wird, dass das doch klar ist, dass „AD Jail Crew“ Aryan Defense heißt und das dann auf einen braunen Sumpf hindeutet. Dann ist die Frage, wie kann ich künftig dafür sorgen, dass so etwas besser entdeckt wird? Es wurde dann bekannt, nachdem erstmals die Anfangsmeldung aus Hessen gekommen ist, hier hat es einen Nazitäter gegeben, der versucht hat, über diese Anzeige Kontakt aufzunehmen, dass dann bei ihm auch eine Adressenliste ausgewertet worden ist und in der Tat, darin fanden sich Thüringer Adressen. Also welche, die sich dann auf diese Kleinanzeigen offenbar gemeldet hatten.

Vorbild für diese versuchte Netzwerkgründung war der 2011 verbotene HNG. Bisher wurde aber keine feste Vereinsstruktur entdeckt. Wie ist es jetzt zu verhindern? Das ist eine wichtige und richtige Frage, der verschließe ich mich doch nicht. Ich bin doch die Letzte, die es gut findet, wenn sich Nazi-Netzwerke bilden oder der Herr Wohlleben kommuniziert. Eine völlige Abschottung von Gefangenen ist aber nicht möglich. Wir haben das Problem und den Skandal, wenn Sie das so nennen wollen, dass immer alles Mögliche trotz Verboten in Haftanstalten hineingelangt, z.B. verbotene Handys. Aber eine völlige Abschottung kann in bestimmten Fällen auch rechtswidrig sein. Postkontrolle und Kleiderkontrolle, ich habe es Ihnen schon gesagt, sind bei unverschlüsselter Kommunikation oder klassischen Kassibern einfach. Insofern ist es natürlich schon tragisch und auch schlimm, dass Kassiber bei Wohlleben so spät gefunden wurden. Ich möchte es hier nicht ins Lächerliche ziehen, aber ich habe sogar gelesen, dass manchmal die Zitronentinte, die wir in Kindertagen schon verwendet haben, immer noch zur Anwendung kommen soll. Das kann ich finden, wenn ich möchte. Natürlich muss ich auch darauf achten, dass ich Gesinnungsgenossen nicht zusammenlege.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das sind doch geschulte Leute, die dort sind. Das sind doch keine Anfänger.)

Aber, ich sage es noch mal, eine geschickt chiffrierte Kleinanzeige in Zeitungen, deren Bezug erlaubt ist, das kann eben sein, dass das eine Weile verdeckt bleibt. Das war das Problem, das sehe ich jedenfalls so, das hier zu dieser Netzwerkgründung geführt hat. Sicherheitslücken Aufspüren und Schließen ist aber nur eine halbe Antwort. Es geht

(Abg. Marx)

auch um das Auffüllen des Betreuungsdefizits, das vermeintliche Helfer ausnutzen können. Gerade bei erstmaligem Haftantritt befinden sich auch rechtsradikale Täter wahrscheinlich durchaus in einer psychischen Ausnahmesituation. Das ist auch gewollt. Haft soll nichts Schickes sein, sonst würde sie nicht abschrecken oder strafen können, aber der Umgang gerade mit jüngeren Gefangenen entscheidet darüber, ob Strafe eine Lehre sein kann oder ob sie zu einer falschen Solidarisierung mit anderen Häftlingen oder mit Mäusefängern aller Art von außen führt. Wir haben Ausstiegsangebote, die ausgebaut werden müssen. Wir haben ein Anti-Gewalt-Training, und vernünftige Resozialisierungsangebote brauchen wir. Auch das ist wichtig. Das muss an dieser Stelle gesagt werden, um dem Versuch rechter Netzwerkbildung das Wasser abzugraben. Ich will hier nichts beschönigen oder verharmlosen, aber, wie gesagt, wer sich von Ihnen jetzt wirklich mal ernsthaft überlegt, ob er sämtliche Chiffrierungen, die sich auch fortentwickeln, von denen es immer wieder neue gibt, auf Anhieb erkennt und sich zutraut, die in einem Gefängnis eingehenden Zeitungen darauf zu entziffern, wird zweifeln.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Vor 15 Jahren haben Sie ein Buhei draus gemacht und jetzt reden Sie alles schön. Unerhört!)

Haben Sie denn die Abkürzung „AD Jail Crew“ vorher gekannt, Herr Kollege?

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich rede nicht von AD Jail, ich rede davon, was in Thüringer Gefängnissen los ist.)

Dann gucken Sie sich doch diese Kleinanzeige an!

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Marx, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall SDP)

Ich würde gern den nächsten Redner aufrufen. Das ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Bergner.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, über die Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion bin ich insofern ein wenig verwundert, dass ich denke, das Thema wäre im Justizausschuss besser aufgehoben gewesen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir nicht sicher, inwieweit es möglich ist, in fünf Minuten den Titel der Aktuellen Stunde, der eine Frage beinhaltet, nämlich „Rechtsextremistische Netzwerke auch in Thüringer Gefängnissen?“, umfänglich zu behandeln.

(Unruhe CDU)

Einige Fragen hätte ich aber an den Justizminister, nämlich wann und woher in Thüringen zum Beispiel die Erkenntnisse eines solchen Netzwerks bekannt waren. Meine Damen und Herren, soweit ich informiert bin, sind in Thüringen die Überprüfungen der sieben Haftanstalten abgeschlossen. Die Überprüfungen sind aber erst erfolgt, nachdem der hessische Justizminister Hahn auf solche Strukturen aufmerksam gemacht und in Hessen durchgegriffen hat. In einem Gefängnis im hessischen Hünfeld hat ein Gefangener versucht, ein Netzwerk aufzubauen und dafür eine Anzeige in einer Bikerzeitschrift geschaltet. Das war schon eben Thema. In Thüringen sind aufgrund der Überprüfung wohl zwei Gefangene und ein Untersuchungshäftling entdeckt worden, die mit dem Netzwerk Kontakt aufgenommen hatten. Zuletzt gibt es wohl Hinweise, dass ein Gefangener in der JVA Untermaßfeld Kontakt zum Initiator der „AD Jail Crew“ hatte. Das war ebenfalls gerade Thema.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, nachdem aus Hessen bestätigt wurde, dass die sich im Aufbau befindlichen Strukturen zerschlagen wurden, stellt sich nun die Frage, was wir daraus lernen, nämlich, dass auch in den Gefängnissen extremistische Gruppen versuchen, sich mit eigenen Leuten zu solidarisieren und neue Leute zu rekrutieren ist nicht wirklich überraschend. Solche Versuche gibt es nicht nur von rechtsextremistischen Gruppen, sondern sie umfassen alle extremistischen Gruppierungen. Es stellt sich auch die Frage, welche Möglichkeiten wir überhaupt haben, solche Netzwerke zu unterbinden. Und eines, meine Damen und Herren, ist ja klar, wir können bei der Justiz nicht immer mehr einsparen und darauf vertrauen, dass es genauso gut oder vielleicht sogar besser weitergeht. Aber es ist auch weit gefehlt, es allein daran festzumachen. Ich denke, es müssen hier mehrere Puzzlestücke zusammengeführt werden. Zum einen braucht es ein gut geschultes Personal, das die Anzeichen für ein solches Netzwerk anhand von Symbolen oder Codes frühzeitig erkennt. Und da sind ja offensichtlich bislang auch erhebliche Defizite gewesen. Dann ist es ebenso wichtig, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, inhaftierte Neonazis durch entsprechende Aussteigerprogramme stärker zu resozialisieren. Aber auch der Informationsaustausch zwischen Polizei, Justiz und Verfassungsschutz muss innerhalb von Thüringen, aber auch länderübergreifend deutlich besser funktionieren.

(Beifall FDP)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es sind also viele Punkte, die beachtet werden müssen, um solche Netzwerke in Zukunft frühzeitig zu erkennen. Eins muss trotzdem klar sein, wir werden solche Vorkommnisse nie hundertprozentig ausschließen können. Deswegen müssen wir wachsam sein in der Gesellschaft, in der Politik und in der

(Abg. Bergner)

Justiz, um solche Bestrebungen zu unterbinden. Da ich jetzt, nachdem hier etliches auch schon gesagt worden ist, ein bisschen was weggelassen habe, meine sehr verehrten Damen und Herren

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich dachte, Sie sind Opposition.)

(Unruhe DIE LINKE)

- Herr Kollege Fiedler, hören Sie doch erst einmal zu Ende zu -, möchte ich an dieser Stelle noch eines sagen, den Ausführungen des Kollegen Fiedler, und jetzt können Sie gern zuhören, was die Information durch das Justizministerium anbelangt,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich höre immer zu.)

möchte ich ausdrücklich zustimmen,

(Unruhe CDU)

denn das ist etwas, was ich in der Vergangenheit schon immer angemahnt habe. Ich glaube, dort sollte die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und vor allem auch den Mitgliedern des Justizausschusses in der Richtung Regierung - Ausschuss deutlich besser werden. Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Meyer das Wort.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Fiedler, ich habe schon bei der dritten Aktuellen Stunde hier immer das Gefühl, dass wir als Opposition das Problem haben, dass wir gar keine Opposition mehr sein müssen, das machen Sie ja schon.

(Unruhe CDU)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Verhalten und Verhältnis zwischen diesen beiden Regierungsparteien hier an diesem Tag gibt wieder einmal zu Bemerkungen Anlass. Das ist wirklich nicht mehr ganz einfach, Sie noch zu toppen, was das Thema angeht.

Ich werde auch nicht versuchen, keine Sorge, den Justizminister oder Ihre Regierung zu unterstützen, die kritischen Bemerkungen sind zu Recht gefallen. Aber ich werde einmal versuchen, den Rechtsstaat ein bisschen zu unterstützen gegen Untertöne, die ich von Ihnen meine, gehört zu haben. Vielleicht am Anfang einmal ein paar Feststellungen. Ja, es gibt Netzwerke von Neonazis in Thüringer Gefängnissen. Ebenso gibt es Netzwerke von Rockerbanden und von Schwermissträtern auch in unseren Gefängnissen. Die hat es gegeben, die gibt es wahr-

scheinlich aktuell und die wird es höchstwahrscheinlich auch in Zukunft geben. Diese Tatsachen sind skandalös, aber sie sind und bleiben Tatsachen. Dass es gleich Parallelwelten sind, wie Frau Berninger behauptet hat, das würde ich in Zweifel ziehen, das glaube ich bei unseren Situationen in den Haftanstalten zurzeit nicht. Wenn das der Fall wäre, müsste ich über das Thema ganz anders sprechen, mit ganz anderen Konsequenzen. Da ist dann nicht nur der Justizminister, sondern das ganze System infrage zu stellen. Soweit würde ich nicht gehen, parallele Strukturen ja, aber parallele Welten nicht. Es gelingt den Neonazis Gott sei Dank nicht, auch den Rockerbanden in den Gefängnissen nicht, schalten und walten zu können, wie sie wollen. Das ist Gott sei Dank noch nicht so, wie es in einigen Gefängnissen, beispielweise der USA, gang und gäbe ist. Es ist auch komisch, dass das Thema letztlich auf den Justizminister fokussiert und nicht beispielsweise auf den Innenminister.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn, was ich immer höre, wie viele V-Leute es in dem Milieu gibt, da fragt man sich doch, warum draußen keiner etwas davon wusste, dass da drinnen Leute sind, die nach draußen kommunizieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich dachte, jeder Zweite ist V-Mann, es scheint nicht so toll zu funktionieren, der Verfassungsschutz, das einmal ganz nebenbei bemerkt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Sie kennen nur einen Feind.)

An mir kann es aber nicht liegen, Herr Fiedler. Warum ist das eigentlich so, dass es Netzwerke gibt? Na ja, die einzelnen Personen oder auch organisierte Gruppen in den Gefängnissen verfügen über die Mittel, nach außen zu kommunizieren. Die haben eigene Mittel, das hat auch Frau Marx schon gesagt, das sind Handys, Signalgeber aller Art, Kassiber aller Art, da gibt es wilde Mischungen, was man sich da angucken kann. Sie haben aber natürlich - und das ist das entscheidende Thema - freiwillige Helfer und Helfershelfer drinnen und draußen, freiwillige zunächst einmal. Da muss man alles nennen, was man sich vorstellen kann an Personengruppen, nämlich Freunde, die Familie, andere Gefangene und tatsächlich manchmal auch Beschäftigte. Die Fälle hat es gegeben, die wird es auch weiterhin geben, leider. Aber so ist es nun mal. Und sie haben natürlich auch Helfer für eine Gegenleistung, für Geld, für Schutz, für Drogen, für alles andere, was irgendjemandem wertvoll erscheint, der im Gefängnis ist oder von draußen mit dem Gefängnis zu tun hat.

Um das zumindest teilweise zu unterbinden, müssen unsere Gefängnisse zu Hochsicherheitszellen werden. Ich sage bewusst, teilweise zu unterbin-

(Abg. Meyer)

den. Ich habe auch bewusst mir das Beispiel dafür ausgesucht Stuttgart-Stammheim. Ich kann mich gut daran erinnern - das war zu meiner Zeit, als ich politisiert wurde - wie in Stuttgart-Stammheim im deutschen Herbst Terroristen eingesenken haben, die definitiv gar keine Kontakte nach außen haben sollten. Und sie können heute noch nicht erklären, warum es drei von ihnen gelungen ist, parallel Selbstmord zu begehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, Sie schaffen es noch nicht mal, in einem extra dafür hergerichteten, mit extra dafür ausgebildetem Personal versehenen Gefängnis die volle Kontrolle über die Kommunikation zwischen Gefangenen zu erlangen. Dass sich vorzustellen für Thüringen, ist eine Horrorvision. Das ist nicht der Strafvollzug, den wir alle hier so wollen, davon bin ich überzeugt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, weder die Kosten noch der Erfolg und schon gar nicht die Wirkung auf den Strafvollzug sind das, was wir wollen. Deshalb ist die Forderung meiner Ansicht nach, wenn wir jetzt nicht von der politischen Forderung mal absehen, das muss ich ja nicht sagen, das macht ja freundlicher Weise die Koalition untereinander, welche Forderungen da aufzumachen sind, die Forderung, die wir als Justizpolitiker stellen sollten, heißt, nicht wegsehen, aber auch nicht handeln nach dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein soll. Es wird diese Netzwerke weiter geben. Was wir dagegen machen können ist natürlich konsequente Kontrollen, Schulung und Fortbildung der Mitarbeitenden - klar - und - das ist mir am allerwichtigsten dabei - die ständige Abwägung zwischen dem Vollzugsziel der Resozialisierung und der Strafverhinderung. An dem Punkt ist keine Aufregung mehr erforderlich, sondern nur noch das kühle Abwägen, was tun wir bei allen Forderungen, die berechtigterweise jetzt zu dem Thema der Netzwerke kommen, dann mit den 98 nicht in den Netzwerken verwickelten Personen, die inhaftiert sind und die wir eigentlich ganz normal wieder in die Gesellschaft zurückholen wollen, übrigens auch Neonazis. Diese Frage müssen wir uns dabei auch stellen, das wird nicht in einer Aktuellen Stunde sein, das gehört in den Justizausschuss, da bin ich gern für weitere Debatten zur Verfügung. Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat der Justizminister Poppenhäger das Wort.

Dr. Poppenhäger, Justizminister:

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich bedanke mich ausdrücklich für die Diskussion. Scherzhafterweise könnte man jetzt sagen, die Opposition hat ja die Aktuelle Stunde eingereicht, aber, Herr Fiedler, auch wenn man das Thema wichtig findet, darf man zwei Dinge nicht tun: Man darf nicht das Vermischen, was aktuell ist und was nicht aktuell ist. Ich will dazu nur sagen, dass die „Süddeutsche Zeitung“ und auch die „Thüringer Allgemeine“ vor Monaten berichtet hat, dass Herr Wohlleben verlegt worden ist und warum er verlegt worden ist. Zweitens, Herr Fiedler, Sie dürfen nicht alles durcheinander rühren. Was zu unterscheiden ist, ist die Causa Wohlleben und die Versuche der Kontaktaufnahme aus der JVA Hünfeld. Das sind nämlich zwei verschiedene Dinge, wie ich Ihnen gleich noch erläutern will.

Frau Abgeordnete Berninger hat von neonazistisch dominierten Substrukturen gesprochen. Dazu will ich sagen, dass natürlich unsere Anstrengungen darauf gerichtet sind, jede Art von Subkultur im Vollzug zu verhindern und jede Art von Subkultur möglichst aufzulösen. Das gilt ganz besonders natürlich für rechtsextreme Strukturen. Die Bediensteten sind dazu angehalten, jegliche Art verbotener Aktivitäten und Kennzeichen zu melden. Soweit Gegenstände in Hafträumen für Gefangene verbotene Symbole bzw. Medien rechtsextreme und verbotene Inhalte aufweisen, werden diese eingezogen und gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren gegen Gefangene eingeleitet.

Fortbildungsveranstaltungen, zum Beispiel die Veranstaltung „Rechtsextremismus im Vollzug“ und „Organisierte Kriminalität“ werden zentral im Bildungszentrum in Gotha angeboten. Zudem werden im Vollzug selbst gewonnene Erkenntnisse auch im Rahmen anstaltsinterner und anstaltsübergreifender Fortbildung ausgewertet. Solche Schulungsprogramme sollen auch dazu dienen, verwendete Codes bei der Kommunikation zu entschlüsseln und Informationswege aufzudecken und zu unterbinden. Im Jugendarrest und Jugendstrafvollzug gibt es seit 2010 das Antigewalt- und Kompetenztraining AKT, das sich an Jugendstrafgefangene mit rechtsextremistischer Orientierung und an Jugendliche mit Gewaltstraftaten richtet, um dem Abdriften in die Szene vorzubeugen.

Die Auseinandersetzung mit Subkulturen jeder Art ist eine ständige Aufgabe des Justizvollzuges und deshalb, Herr Abgeordneter Fiedler, haben wir die Information aus Hessen natürlich sehr ernst genommen, dass sich dort ausgehend möglicherweise ein Netzwerk von Neonazis im Strafvollzug entwickeln könnte. Aufgrund der Informationen, die wir dann aus den hessischen Justizvollzugsanstalten erhalten haben, wurden die Thüringer Justizvollzugsanstalten mit Schreiben vom 10. April dieses

(Minister Dr. Poppenhäger)

Jahres gebeten zu prüfen, ob Hinweise dafür vorliegen, dass es seitens des hessischen Netzwerkes Kontaktaufnahmen oder Verbindungen zu Gefangenen in Thüringer Justizvollzugsanstalten gab bzw. gibt und auch in Thüringer Justizvollzugsanstalten Gefangene mit rechtsextremem Hintergrund Bemühungen unternehmen, um anstaltsübergreifende netzwerkähnliche Strukturen zu schaffen.

Nachdem wir nunmehr alle Berichte der Anstalten vorliegen haben, kann ich Ihnen folgendes Bild schildern: In der JVA Tonna hat ein wegen schweren Raubes inhaftierter Strafgefangener offenbar postalisch Kontakt zu dem Initiator des hessischen Netzwerkes gehalten. Jedenfalls wurde sein Name mit Anschrift der JVA Tonna bei einem in der JVA Hünfeld im Zusammenhang mit den Ermittlungen durchgeführten Haftraumkontrolle sichergestellt.

Die Rolle des in Tonna Inhaftierten in diesem Zusammenhang konnte bisher nicht abschließend geklärt werden. Eine Kontrolle seines Haftraumes hat keine vertiefenden Erkenntnisse erbracht, auch die Postkontrolle hat keine Hinweise auf eine wie immer geartete Verstrickung des Strafgefangenen in die Aktivitäten des Netzwerkes oder auch den Versuch des Aufbaus eines eigenen Netzwerkes ergeben.

In der JVA Gera hatte ein wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern inhaftierter Untersuchungsgefangener, der mittlerweile nach seiner rechtskräftigen Verurteilung nach Tonna verlegt worden ist, postalischen Kontakt zum Initiator dieses hessischen Netzwerkes. Laut seiner eigenen Aussage kenne er diesen Menschen schon lange persönlich und gegen eine persönliche Verstrickung des Gefangenen in ein solches rechtsextremes Netzwerk könnte indessen bereits seine Verurteilung sprechen. Ich erinnere noch einmal an die Anzeige, die auch schon mehrfach zur Sprache gekommen ist - AD Jail Crew - wurde ausgeführt, dass Hafttätern, die wegen Kindesmissbrauchs in Haft seien, der Zugang zu diesem sogenannten Verein verwehrt sei. Möglicherweise handelt es sich um einen privaten Kontakt, der Sachverhalt wird weiter geprüft.

In der JVA Untermaßfeld sitzt ein wegen gefährlicher Körperverletzung inhaftierter Strafgefangener, der postalischen Kontakt zu einer Vielzahl dem rechten Spektrum zuzuordnenden Personen und Organisationen unterhalten hat. Darunter war auch der Initiator - Herr Abg. Fiedler - des hessischen Netzwerkes. Der Gefangene gilt als unauffällig und gegebenenfalls auch ängstlich. Selbstständige netzwerkartige Strukturen werden ihm im Bereich der JVA nicht zugetraut.

Aus den übrigen Thüringer Justizvollzugsanstalten liegen keine Erkenntnisse vor über Kontakte zwischen dort einsitzenden Gefangenen und dem Initiator des Netzwerkes in der JVA Hünfeld.

Ich will - auch wenn es in diesen unmittelbaren Zusammenhang nur begrenzt gehört - ein paar Worte zum Untersuchungsgefangenen Wohlleben sagen, dessen Inhaftierung in der JVA Tonna jüngst auch in der Öffentlichkeit und in der Tat nicht positiv für unseren Freistaat thematisiert wurde. Der Angeklagte Wohlleben befindet sich seit dem 29. November 2011 in Untersuchungshaft. In der Zeit vom April 2012 bis 4. Oktober 2012 war er in der JVA Tonna inhaftiert. Anhaltspunkte für einen Kontakt zu den bereits eben genannten Strafgefangenen gibt es gegenwärtig nicht.

Für die Anordnung zum Vollzug der Untersuchungshaft, also wie findet die Untersuchungshaft statt, ist nach § 119 StPO der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes in diesem Fall zuständig. Aufgrund eines Beschlusses des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes vom 29.11.2011 war die eingehende und ausgehende Post des Untersuchungsgefangenen Wohlleben nach § 119 Abs. 1 Nr. 2 StPO inhaltlich durch den Generalbundesanwalt zu überwachen. Die Postkontrolle einschließlich der Hauspost wurde durch die Bundesanwaltschaft vorgenommen.

Herr Abgeordneter Fiedler, ich bitte um Verständnis darum, dass ich insoweit zu dem näheren Verhältnis und zu den internen Diskussionen zur Frage der Durchführung dieser Postkontrolle auch im Hinblick auf die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts und im Hinblick auf das laufende Strafverfahren keine weiteren Angaben machen kann.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das hat schon mal ein Minister gemacht, der sich in die Richtung herausbewegt hat in Thüringen. Da habe ich etwas ganz anderes gehört in diesem Hohen Haus.)

Um so bedauerlicher ist es natürlich, wenn wir dann öffentliche Äußerungen haben, die natürlich ohne diese Differenziertheit, wie ich sie jetzt dargestellt habe, geeignet sind, auch Thüringen mit negativen Nachrichten in Verbindung zu bringen.

Ich will den derzeitigen Stand noch einmal wie folgt zusammenfassen: Es gibt in den Thüringer Justizvollzugsanstalten zurzeit in drei Fällen Hinweise darauf, dass eine Kommunikation mit dem in Hessen festgestellten Initiator einer geplanten neuen rechtsextremen Hilfsorganisation im Strafvollzug stattgefunden hat. Diese erfolgte jedoch unabhängig voneinander und in einem Fall vermutlich aus persönlicher Bekanntschaft. Es ist aber nicht auszuschließen, dass sich aus diesen Aktivitäten ein in der Tat neues Netzwerk auch in Thüringen hätte entwickeln können. Insofern will ich die Kritik auch gerne aufnehmen, dass man dort aufmerksam sein muss. Deshalb werden wir unsere Maßnahmen in diesem Bereich natürlich verstärken und auch prüfen, wie man länderübergreifend besser gegen solche Netzwerke im Strafvollzug vorgehen kann. So

(Minister Dr. Poppenhäger)

werden sich vor allen Dingen auch die Justizminister und die Justizministerinnen auf ihrer gemeinsamen Konferenz im Juni im Saarland mit dem Thema „Maßnahmen gegen die Vernetzung von rechtsradikalen Gefangenen“ beschäftigen. Über die Ergebnisse werde ich natürlich den Justizausschuss des Landtags - Herr Abgeordneter Bergner sprach davon - informieren. Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schließe damit den letzten Teil der Aktuellen Stunde und die Aktuelle Stunde als Ganzes.

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 1**

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen (Gesetz zur Stärkung der Personalvertretung im öffentlichen Dienst)

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 5/5837 -
ZWEITE und DRITTE BERATUNG

Ich eröffne die Aussprache zur zweiten Beratung. Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Bergner zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, ich kann es an dieser Stelle kurz machen. Wir haben im März-Plenum über den Gesetzentwurf gesprochen und es wurde dort im Wesentlichen alles gesagt.

(Beifall SPD)

Danke schön. Ich bin mir ziemlich sicher, dass sich die Argumente innerhalb eines Monats nicht geändert haben, jedenfalls ist das seitens meiner Fraktion der Fall. Meine Damen und Herren, das Thüringer Personalvertretungsgesetz gewährleistet nach unserer Auffassung ausreichende Mitbestimmungsrechte. Wir sehen eine Verfassungsänderung, wie sie die Fraktion DIE LINKE vorschlägt, nicht als sinnvoll. Sie würde zum einen keine zwingende Änderung des Personalvertretungsgesetzes mit sich bringen und zum anderen die Verfassung unnötig verklausulieren. Alles andere zum Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, habe ich bereits im März-Plenum hier ausgiebig erörtert. Wir werden den Gesetzentwurf deswegen ablehnen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Hey zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Hey, SPD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sprechen heute schon das zweite Mal über diesen Gesetzentwurf. Ich hätte mich gefreut, wenn die Fraktion DIE LINKE auf meinen Vorschlag bei der ersten Lesung eingegangen wäre und auf eine weitere Befassung verzichtet und diesen Gesetzentwurf zurückgezogen hätte, denn dadurch hätten wir erstens Lebenszeit besser und sinnvoller einsetzen können und zweitens wir hätten uns dann auch mit Themen befassen können, die wenigsten realistische Erfolgsaussichten haben.

Ich wiederhole das gern noch mal, wenn ich das in diesen beiden Punkten sage, die Bemühungen um diesen Gesetzentwurf sind aus unserer Sicht völlig sinnlos und sie haben auch überhaupt keine Aussicht auf Erfolg. Sie wollen bestimmte Regelungen im Personalvertretungsgesetz ändern, aber nicht im Gesetz selbst, nein, das muss gleich, wenn, in der Verfassung sein. Ich will zunächst einmal fragen, ehe wir auf diese fachliche Debatte kommen, ob denn eine Verfassungsänderung überhaupt sinnvoll wäre, da will ich zunächst einmal fragen, woher nehmen Sie eigentlich Ihre Gewissheit, dass diese Verfassungsänderung notwendig und dringend geboten ist? Das ist mir, auch nachdem ich die Protokolle der letzten Sitzung noch einmal durchgesehen habe, aufgrund der Wortmeldungen von Frau Berninger und Frau Renner überhaupt nicht aufgegangen. Ich stelle einmal die Frage: Stehen bei Ihnen denn dutzende von Personalvertretungen Schlanke? Sagen die, es ist ohne diese Verfassungsänderung äußerst schwierig, überhaupt unserer Tätigkeit nachzukommen? Steht in den Thüringer Zeitungen oder berichtet der MDR täglich oder alle wenigstens alle zwei oder drei Tage über die äußerst schwierige Situation, in der sich die Personalräte ohne Ihren Gesetzentwurf befinden?

(Beifall CDU)

Gibt es Unterschriftslisten, die Sie uns zeigen können, in denen gefordert wird, endlich die Verfassung in dieser Form zu ändern? Deshalb ist die Frage, die ich hier stelle, zunächst einmal: Wo besteht die Notwendigkeit der Verfassungsänderung? Das ist mir nach wie vor in dieser Diskussion noch nicht aufgegangen. Und außerdem ist es sehr schön, wenn wir auf die fachliche Debatte zurückkommen, einfach einmal darzustellen, wo haben wir denn im Moment überhaupt Probleme beim Personalvertretungsrecht oder anders ausgedrückt, wie sieht das Personalvertretungsgesetz in Thüringen denn seit mehr als einem Jahr aus? Ich will nur ganz kurz auf wenige Paragraphen abstellen. Wir

(Abg. Hey)

haben den § 2 „Grundsätze der Zusammenarbeit“ geändert, als wir das letzte Mal hier im Plenum, bevor wir das Personalvertretungsrecht dann verabschiedet haben, darüber diskutiert haben. Es geht darum, dass Personalräte und Dienststellenleitungen wieder auf Augenhöhe verhandeln. Deshalb gibt es jetzt in diesem § 2 auch die Begriffe kooperationsorientiert, respektvoll und offen. Daran wird man sich in der zukünftigen Zusammenarbeit auch messen lassen können. Es gibt den § 4 bei den Beschäftigten. Auch Leiharbeiter und sogenannte 1-Euro-Jobber fallen jetzt unter den Anwendungsbereich des Personalvertretungsgesetzes. Es gibt die §§ 13 und 14. Die regeln die doppelte Wahlberechtigung. Das heißt, für Mitarbeiter in sogenannten Jobcentern existiert neu eine doppelte Wahlberechtigung in der Stammdienststelle und im Jobcenter. Das ist die aktuellste und modernste Regelung innerhalb der Bundesrepublik zugunsten der Beschäftigten, meine Damen und Herren. Es gibt den § 16, die Zahl der Personalratsmitglieder. Das Quorum für die Anzahl der Personalratsmitglieder wird in kleineren Dienststellen herabgesetzt. Das heißt also, bereits ab 16 Beschäftigten sind drei Personalratsmitglieder festgeschrieben. Vorher waren es 20. Das ist eine deutliche Verbesserung. Wir haben die §§ 20, 21 und 23, da geht es um die Verlängerung des Durchführungszeitraums für Personalratswahlen. Wir haben den § 44, da geht es um die Kosten. Es ist eine neue Kostenregelung, bei der ausgeschlossen wird, dass ein freigestelltes Personalratsmitglied privat für seine Fahrten zur Stufenvertretung zahlen muss. Es gibt den § 45, die Freistellung vom Dienst. Die Freistellungsstaffel ist deutlich verbessert worden. Es gibt jetzt bereits ab 250 Beschäftigten einen Beschäftigten, der komplett freigestellt wird. Vorher waren es 300. Das ist die zweitbeste Regelung aller Bundesländer. Nur Schleswig-Holstein, da ist das Quorum bei 200, ist besser. Ich könnte diese Liste noch beliebig fortführen. Ich habe noch einiges hier auf meinem Blatt stehen, aber es ist ja kurz vor 18.00 Uhr, wir müssen das gar nicht in irgendeiner Form noch weiter ausdehnen. Das heißt also, wenn Sie uns glauben machen wollen, wie es vielleicht auch in wenigen Minuten wieder hier passieren wird, dass dieses Personalvertretungsgesetz ein fast unerträgliches sei und dass deswegen unbedingt die Thüringer Verfassung in irgendeiner Art und Weise so geändert werden muss, wie Sie es mit diesem Gesetzentwurf vorstellen, dann müssen Sie uns die Begründung geben, dass das tatsächlich so ist und dass die Personalräte in Thüringen über diese neue gesetzliche Regelung, die seit mehr als einem Jahr auch unter großem Beifall der Gewerkschaften und der Personalräte hier in diesem Hause verabschiedet wurde und seither in Thüringen gilt, dass die wirklich schlecht ist. Das müssten Sie hier erst einmal nachweisen. Nachdem ich Ihnen nun noch einmal aufgezeigt habe, dass dieses Personalvertre-

tungsgesetz endlich auch wieder den Namen verdient, nämlich ein Gesetz, um die Personalvertretung zu stärken, dann kommen Sie und sagen, wir müssten die Verfassung ändern. Sie wissen ganz genau, dass dazu eine Zweidrittelmehrheit hier in diesem Hause notwendig wäre, um überhaupt dieses Ansinnen in irgendeiner Form zu realisieren. Sie wissen auch ganz genau, wie hoch die Erfolgsaussichten sind, die sind gen null. Das haben wir Ihnen auch im März schon gesagt. Kein Problem, Sie gehen jetzt noch einmal rein unter der Attitüde, Sie seien ja für mehr Mitbestimmungsrecht und deswegen müsse die Thüringer Verfassung geändert werden. Ich sage Ihnen, in dieser Art und Weise ist das ein vollkommen sinnloses Unterfangen, wie ich es eben auch schon eingangs versucht habe darzustellen.

(Beifall CDU)

Wenn Sie mit uns wenigstens einmal in die Diskussion treten und sagen würden, wir wollen das jetzige Personalvertretungsrecht ändern - nein, es muss, wie gesagt, die große Keule, die nämlich mit der Verfassung sein. Ich sage Ihnen gleich, diese Aussicht ist wenig Erfolg versprechend. Wir werden nämlich auch diesmal mit der Mehrheit der hier vorhandenen Abgeordneten diesen Gesetzentwurf ablehnen. Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Abgeordnete Meyer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich nehme an, Sie erwarten von mir jetzt keine 14-minütige Rede. Wir haben im März bereits unsere Skepsis zu diesem Vorschlag gemacht. Die will ich gern noch einmal wiederholen in aller Kürze. Wir sind jederzeit und gerne bereit, in Richtung der LINKEN gesprochen, ein modernes Personalvertretungsrecht zu organisieren und zu diskutieren anhand der Paragraphen beispielsweise, die gerade genannt worden sind. Jeden sinnvollen Antrag und jede sinnvolle Änderung in dieser Richtung tragen wir mit, aber hier werden Ziele und Mittel deutlich verfehlt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Verfassungsänderung daraufhin braucht es nicht. Wir werden, um nicht auch in den Ruch zu kommen, etwa nicht mitbestimmungsfreundlich zu sein, uns enthalten, aus diesem Grund ganz taktisch, so wie hier zurzeit die LINKE sich auch manchmal taktisch verhält. Ich hatte fast schon angenommen, dass dieses Thema in dem Bündel drin

(Abg. Meyer)

ist, was vom Rechnungshof geschnürt wurde, aber das war es ja scheinbar nicht. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Gumprecht das Wort.

Abgeordneter Gumprecht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Grunde genommen geht es bei diesem Gesetzesantrag um zwei Fragen. Erstens um die Frage, ob die Mitbestimmung in der Thüringer Verfassung eingebracht werden muss und dies einer Änderung bedarf und zweitens impliziert der Antrag natürlich auch die Bewertung des derzeitigen Personalvertretungsgesetzes. Und da haben wir zwei völlig unterschiedliche Auffassungen, die noch von einem Großteil des Plenums geteilt wird.

Ich beginne mit der zweiten Frage. Sie wissen, natürlich haben wir vor einem Jahr, im Dezember 2011, das Personalvertretungsgesetz novelliert. Ich weiß auch, dass die Änderungen Ihnen nicht weit genug gingen, denn Ihre Anträge fanden keine Mehrheit. Nun versuchen Sie es auf einem neuen Weg, denn Sie wollen, und das haben wir damals schon abgelehnt, eine Allzuständigkeit der Personalvertretung erreichen in punkto Mitbestimmung. Herr Hey hat es gerade sehr umfangreich ausgeführt, worauf wir gerade Wert gelegt haben, wo die Personalvertretung neue Rechte eingeräumt bekommen hat und wir wesentlich andere Aspekte auf die Personalvertretung legen. Ich denke, wir haben in Thüringen ein gutes Personalvertretungsgesetz.

Meine Damen und Herren, bei der zweiten Frage geht es um die Frage, ist eine Änderung der Thüringer Verfassung in diesem Punkt nötig oder sinnvoll? Der § 37 Abs. 3 des Thüringer Personalvertretungsgesetzes garantiert nämlich den Beschäftigten und ihren Verbänden nach Maßgabe des Gesetzes das Recht auf Mitbestimmung in Angelegenheiten ihrer Dienststelle.

Meine Damen und Herren, damit haben wir eigentlich den Auftrag, den eigentlich Personalvertretungen haben sollen, konkret umschreiben. Dies wird auch von den Personalvertretungen gesehen. Herr Hey hat die Frage gestellt, wo sind denn diejenigen, die sich an uns wenden? Ich habe bis heute keine Beschwerden diesbezüglich. Ich bin sogar von unserem Personalrat angesprochen worden und ich habe im Vorfeld auch gerade dieser Debatte nochmals dort nachgefragt. Die sind sehr zufrieden mit dem, was vorliegt. Ich kann sagen, dass es für einen Landkreis doch eine sehr umfangreiche Zuständigkeit ist. Ich hatte es bei der Einbringung des Gesetzes schon einmal gesagt, das Entscheidende ist nicht allein der Buchstabe, sondern das Klima,

wie man miteinander umgeht. Das kann man sicherlich für Konfliktfälle per Gesetz lösen, aber nicht allein dadurch, sondern in dem gemeinsamen Willen nach Lösungssuche.

Meine Damen und Herren, ich hatte es schon bei der ersten Lesung gesagt, wir bleiben bei unserer Auffassung. Diese Änderung der Verfassung ist nicht nötig und auch nicht sinnvoll. Wir lehnen also den Entwurf ab.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Gumprecht. Als Nächste hat das Wort Abgeordnete Martina Renner für die Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Meine Damen und Herren, zunächst einmal werde ich auf einige in der ersten und in der heutigen Lesung zu unserem Gesetzentwurf vorgetragene Argumente eingehen müssen. Einer sachlichen Debatte in dem zuständigen Fachausschuss hat sich die Mehrheit des Hauses verweigert. Somit muss die Debatte jetzt auch in der fachlichen Ausgestaltung hier stattfinden. Aber vorweg, ich bin schon ziemlich erschrocken, das war ich auch schon in der ersten Lesung, welche Argumente hier ins Feld geführt werden. Sowohl Herr Meyer als auch Herr Hey, und Herr Hey hat dies heute wiederholt, haben in der ersten Lesung von uns verlangt, wir sollten den Gesetzentwurf doch ggf. zurückziehen, weil er geringe Chancen zur Annahme hätte.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wo der Meyer recht hat, da hat er recht.)

Was ist das für ein Verständnis von Parlament?

(Beifall DIE LINKE)

Was ist das für ein Verständnis von Parlamentariern und Parlamentarierinnen? Was ist das für ein nicht Ernstnehmen von parlamentarischen Initiativen aus diesem Haus? Ich will da auch differenzieren. Herr Meyer, aus der Sicht einer Oppositionsfraktion, die Sie ja vertreten, ist das für mich ganz und gar unverständlich zu sagen, was hier keine Aussicht auf Erfolg hat, bleibt besser in der Schublade. Denn so eine Haltung stärkt den Demokratieverdross in der Bevölkerung und - das sage ich auch - es schwächt uns. Denn Parlamente sind gerade dazu da, inhaltliche Debatten zu führen und idealerweise darf gerade nicht unterstellt werden, dass sich durch eine Koalitionsvereinbarung zu Beginn der Legislatur jede inhaltliche Debatte jenseits der Regierungsfractionen erübrigt hat.

(Beifall DIE LINKE)

Denkverbote durch Koalitionsvertrag mag es für die SPD geben, für uns nicht. Herr Hey, wir argumen-

(Abg. Renner)

tieren auch noch nach 18.00 Uhr, weil wir überzeugen wollen und nicht nach Hause.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Wir wollen beides.)

Sie hatten in der ersten Lesung gemutmaßt, wir werden bei dem Thema nicht lockerlassen, das kann ich Ihnen versprechen. Wir werden auch 2014 hier erneut für ein modernes Personalvertretungsrecht streiten, solange bis wir tatsächlich ein modernes und vollständig an den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen orientiertes Personalvertretungsgesetz in Thüringen haben.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Nur weil Sie es sagen, ist es noch lange nicht modern.)

Das machen wir mit und ohne Unterschriften, weil wir wissen was passiert, wenn wir mit Unterschriften kommen. Dann sind Sie die Ersten, die uns Populismus vorwerfen. Sie drehen die Argumente so, wie es Ihnen beliebt.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist ärgerlich.

(Unruhe CDU)

Die eigentliche Frage, die durch unseren Gesetzentwurf aufgeworfen wurde, ist für uns keine demokratietheoretische, auch keine verfassungsrechtliche - auf diesen Aspekt komme ich noch einmal zu sprechen -, sondern eine politische Frage. Die CDU und FDP und leider auch im Jahr 2013 die SPD haben die Fragen nach einem tatsächlich vollständigen modernen Personalvertretungsrecht nicht beantwortet und verweigern sich dieser Diskussion. Sie stellen das in Thüringen bestehende Personalvertretungsrecht und die bestehende Verfassungsnorm in Artikel 37 Abs. 3 als ausreichend und modern dar. Wir als LINKE-Fraktion hingegen kommen hier zu einem anderen Ergebnis. Vorhin ist gefragt worden, mit welcher Legitimation, mit welchem Rückhalt wir dies tun. Sie haben alle das Eckpunktepapier des DGB bekommen. Sie hatten alle die Einladung des DGB, zu diesem Eckpunktepapier zu diskutieren, Positionen auszutauschen und auch darüber zu diskutieren mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften, inwieweit hier parlamentarische Initiativen im Thüringer Landtag ergriffen werden sollten. Wir haben diese Gelegenheit genutzt.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen muss ich Sie an dieses Eckpunktepapier, an diesen Forderungskatalog zur Dienstrechtsreform erinnern in dieser Debatte hier, weil Sie scheinen ihn anscheinend nicht zu kennen, nicht zur Kenntnis genommen zu haben und auch das Gesprächsangebot nicht ernst genommen zu

haben. Darin erkennt der DGB zwar an, dass mit der Änderung des Personalvertretungsgesetzes im Jahr 2011 gegenüber der bis dahin geltenden Rechtslage, ich zitiere: „wichtige Verbesserungen der Arbeit für die Personalräte in Thüringen erreicht worden sind.“ Wer sich an den mitbestimmungsfeindlichen Zustand in Thüringen zwischen 2001 und 2011 erinnert, wird zu dem Ergebnis kommen, das ist auch unstrittig, dass es in der Tat zu Verbesserungen gekommen ist. Das heißt aber noch lange nicht, dass nicht noch weitere Verbesserungen nötig werden, vor allem mit Blick auf die Grundsätze, die Ausgangspunkte in Artikel 37 Abs. 3 der Thüringer Verfassung sind. Der DGB fordert von allen Fraktionen im Thüringer Landtag weitere Verbesserungen und benennt in seinem Papier für ein zukunftsorientiertes Personalvertretungsrecht notwendige Anforderungen. An erster Stelle fordert der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Einführung einer Allzuständigkeit bei der Mitbestimmung des Personalrates in allen innerdienstlichen Angelegenheiten nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1995 - alles nachzulesen im Eckpunktepapier. Der DGB fordert eine Allzuständigkeit, die Herr Hey - und das finde ich schon interessant - in der ersten Lesung zurückweist. Hatten Sie zu dieser Frage mit dem DGB eine Diskussion? Wie kommen Sie zu dem Ergebnis, die Forderung des DGB zurückzuweisen? Dazu habe ich von Ihnen hier heute nichts gehört. Sie selbst, die SPD, hat hier als Oppositionsfraktion noch im Jahr 2009, vertreten durch den Abgeordneten Baumann, genau diese Allzuständigkeit gefordert.

Ich frage mich manchmal, ob Sie bei diesen ganzen Kapriolen nicht irgendwann auch mal Bauchgrimmen bekommen, ob Ihnen schwindelig wird, ob Sie noch wissen, wo oben und unten, rechts und links, Mitte und vorn ist, mir ist das vollkommen unklar, wie man bei diesen Kapriolen noch klar denken kann.

(Beifall DIE LINKE)

Es wäre konsequent, zu sagen, wir können nicht anders, der Koalitionsvertrag bindet uns. Okay, das wäre ein Argument. Da wüssten wir das einzuordnen, da hätten wir eine klare Aussage, aber hören Sie auf mit diesen Scheinargumenten, die Sie hier anbringen. Das hat mit inhaltlicher, sachlicher, tatsächlich auch argumentativer Auseinandersetzung nichts zu tun.

Herr Gumprecht, an Sie gilt das dann auch. Sie fragten vorhin, wo ist denn ihre Grundlage, dass sie erneut mit einer Gesetzesinitiative tätig werden wollen? Ja, haben Sie das Eckpunktepapier auch nicht gelesen?, frage ich mich. Jetzt habe ich schon die zweite Fraktion gefunden, die anscheinend nicht in den durch den DGB zugesandten Forderungskata-

(Abg. Renner)

log gesehen hat. Der DGB - jetzt sage ich es Ihnen, weil Sie es anscheinend nicht gelesen haben - fordert in seinen Eckpunkten zum Dienstrecht, das, was die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Gesetzentwurf zur Novellierung des Personalvertretungsrechts formuliert und nunmehr Ihnen als unterste verfassungsrechtliche Schranke in der Thüringer Verfassung zu verankern vorschlägt. Hier will ich zur verfassungsrechtlichen Komponente doch noch etwas sagen, die in der ersten Lesung eine große Rolle gespielt hat, wenngleich die Fraktionen dieses sehr unterschiedlich beurteilt haben. Zunächst ist als Ausgangspunkt festzustellen, Mitbestimmung hat in der Thüringer Verfassung in Artikel 37 Abs. 3 zumindest formell Verfassungsrang, ich zitiere: „Die Beschäftigten und ihre Verbände haben nach Maßgabe der Gesetze das Recht auf Mitbestimmung in Angelegenheiten ihrer Betriebe, Unternehmen und Dienststellen.“ heißt es da. Nimmt man den Wortlaut „nach Maßgabe der Gesetze“ zur Kenntnis, so wird deutlich, dass Mitbestimmung keine tatsächliche verfassungsrechtliche Normierung kennt. Danach kann - ich hatte bereits in der ersten Lesung darauf hingewiesen - allein durch einfachgesetzliche Ausgestaltung und damit durch einfache Mehrheit im Landtag faktisch Inhalt und Reichweite der Verfassungsgarantie bestimmt werden. Mit dieser Formulierung wird also das eigentlich im Rechtsstaat vorgesehene Rangverhältnis von Verfassung und einfachem Gesetz faktisch in sein Gegenteil verkehrt. Richtig ist vielmehr, die Verfassung muss die Inhalte für die einfachgesetzlichen Regelungen verbindlich vorgeben.

Wir machen mit unserer Verfassungsänderung auf diese verfassungsrechtlichen Probleme, die bisher zu einer faktischen Aushöhlung der Verfassungsgarantie geführt haben, aufmerksam. Zu diesem schwerwiegenden gesellschaftspolitischen und verfassungsrechtlichen Problempunkt hat sich in der ersten Lesung und auch heute niemand aus den anderen Fraktionen geäußert. Das ist aus unserer Sicht bedauerlich. Stattdessen haben Sie darauf verwiesen, dass man den von uns und vom DGB geforderten Regelungsinhalt auch durch einfachgesetzliche Regelungen, sofern gewollt, schaffen könnte. Das ist zunächst einmal richtig, aber dazu drei Anmerkungen, die für sich stehen und das Problem noch einmal darstellen sollen:

1. Aufgrund der bestehenden Verfassungsregelung war ein Absenken der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte möglich, so dass zehn Jahre lang kaum noch von Mitbestimmung eigentlich die Rede sein konnte.

2. Eine Verfassung ist das zentrale Rechtsdokument, das den grundlegenden organisatorischen Staatsaufbau, das Verhältnis zu seinen Bürgerinnen und Bürgern und deren wichtigste Rechte und Pflichten festschreibt. Die Frage der demokratischen Verfasstheit des öffentlichen Dienstes ist für

uns eine grundlegende Frage genau dieses Staatsaufbaus.

3. - ebenso wichtig: Alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst bleiben trotz oder besser gesagt wegen ihrer öffentlichen Aufgaben als Arbeitsinhalte immer und überall auch Bürgerinnen und Bürger und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit allen Rechten und Pflichten und das natürlich auch mit umfassenden Mitbestimmungsrechten.

Die gesetzgeberische Verpflichtung nach erfolgter Festschreibung der Mitbestimmung im Verfassungsrang ist die konkrete Ausgestaltung im einfachen Personalvertretungsrecht, z.B. durch einen umfassenden Beispielskatalog ohne Ausnahmen und Sonderregelungen. Der Verfassungsentwurf der Fraktion DIE LINKE, das hat Herr Bergner, FDP, in der ersten Lesung zu Recht festgestellt, bindet den Gesetzgeber, bestimmte Standards der Mitbestimmung auf keinen Fall zu unterschreiten. Richtig, Herr Bergner,

(Beifall DIE LINKE)

das ist genau das Ziel mit dieser Gesetzesinitiative. Damit ist der Kerninhalt gut beschrieben. Diese notwendigen Mindeststandards für eine verfassungsrechtliche Mitbestimmungsgarantie, die ihren Namen wirklich verdient, sieht DIE LINKE auch mit Blick auf die Einschätzung und Forderung des DGB im derzeitigen Wortlaut des Artikels 37 Abs. 3 der Thüringer Verfassung und damit auch im geltenden Personalvertretungsgesetz nicht erfüllt.

Herr Hey will Satz 3 des im LINKEN-Entwurf neu gefassten Artikels 37 Abs. 3 als inhaltsgleich zum Wortlaut des § 68 Abs. 2 Personalvertretungsgesetz erkannt haben. Das ist falsch, denn § 68 als einfachgesetzliche Regelung formuliert die Frage von Dienstherrn von der Dienststelle her als Vorgabe. Artikel 37 Abs. 3 schreibt zugunsten der Personalvertretung einen einklagbaren Rechtsanspruch mit Verfassungsrang fest als zugunsten der Beschäftigten einen Rechtsanspruch und dazu noch auf Verfassungsebene. Daher ist in diesem Zusammenhang auf den Kern der politischen Differenz hinzuweisen, der ja heute noch auch offen zutage getreten ist, nämlich der sich unterscheidende Blickwinkel zwischen der SPD-Position und unserem LINKEN-Gesetzentwurf. § 68 ist von der Arbeitgeberseite, dem Dienstherrn, aus formuliert. Der Satz 3 im neuen Artikel 37 des Gesetzentwurfs meiner Fraktion ist von den Beschäftigten aus und deren Bedürfnissen und Interessen aus formuliert. Darin liegt der Unterschied.

(Beifall DIE LINKE)

Dazu habe ich heute in der Debatte leider auch nichts gehört. Genau bei dieser Frage, von welchem Blickwinkel gehe ich aus, von dem Blickwinkel der Beschäftigten oder von dem Blickwinkel der Dienstherrn? Da kommen wir dann an die Kernfra-

(Abg. Renner)

ge zum Mitbestimmungs- und Personalvertretungsrecht. Wollen wir ein Mitbestimmungsrecht, das modern und emanzipatorisch ist und wirklich das Mitgestalten ermöglicht oder eines, an dem auch weiterhin der antiquierte Geist des obrigkeitstaatlichen Verwaltungsdenkens hängt. Daher kann ich nur noch einmal die Beratung unseres Gesetzentwurfs zur Änderung der Verfassung „Gesetz zur Stärkung der Personalvertretung im öffentlichen Dienst“ dringend bitten, an den Innen- und Justizausschuss zu überweisen, damit wir tatsächlich darüber diskutieren können, welche Antwort das gegenwärtig geltende Personalvertretungsrecht auf diese Frage gibt und ob sich, wie wir sagen, Änderungsbedarf auch für die Thüringer Verfassung ergeben wird. Es wäre einem Parlament angemessen, diese Frage auch zusammen mit Berufsverbänden, mit Personalvertretungen, mit den Beschäftigten im Rahmen einer Anhörung dann zu erörtern.

Für den Fall, dass Sie sich erneut einer weiteren Beratung verweigern, möchte ich, wovon ich leider ausgehen muss, zumindest abschließend noch einmal darauf verweisen, dass auch vor dem Hintergrund, das ist uns sehr wichtig, der anstehenden Verwaltungs- und Funktionalreform ein modernes Personalvertretungsrecht dringend notwendig ist.

Die von Innenstaatssekretär Rieder in der letzten Lesung genannten guten Beispiele Polizeistrukturreform und Organisationsüberprüfung beim Landeskriminalamt taugen eher als solche nicht, zumindest wenn wir die Rückmeldung der Berufsverbände zur Kenntnis nehmen. Herr Geibert ist ja heute hier. Wir haben insbesondere zu der Organisationsveränderung im LKA den klaren Hinweis, dass sich die Berufsverbände, die Gewerkschaften in diesem Prozess der Evaluierung und Neujustierung ausgeschlossen fühlen. Das zeigt deutlich an, dass wir gerade für diesen Bereich, nämlich die Mitsprache bei strukturellen Veränderungen in den Behörden, die Mitbestimmung der Beschäftigten deutlich anheben müssen. Wir sind nämlich der Überzeugung, dass die notwendigen anstehenden Reformen für den öffentlichen Dienst nur erfolgreich sein werden, wenn Dienststelle und Beschäftigte ihre Verantwortung gemeinsam wahrnehmen können, und wenn nicht Reformen top-down von oben administriert werden, den Beschäftigten aufgestülpt werden und diese dann mit den Konsequenzen leben müssen. Dass dies scheitern wird, sehen wir zurzeit auch an den Folgen der Polizeistrukturreform. Ich bitte noch einmal darum, unseren Gesetzentwurf an den Innen- und Justizausschuss zu überweisen. Wir möchten eine argumentative und inhaltliche Auseinandersetzung. Die Argumente, nur weil wir absehen können, hier keine Mehrheit zu erringen, auf Gesetzesinitiativen zu verzichten, zählen für uns nicht und entbehren für uns auch jeder demokratiethoretischen Grundlage. Überden-

ken Sie Ihre Position und lassen Sie uns gemeinsam in den Fachausschüssen über ein modernes Personalvertretungsrecht in Thüringen diskutieren und streiten. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Frau Renner. Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten vor. Für die Landesregierung hat sich Herr Innenminister Geibert zu Wort gemeldet.

Geibert, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, bereits in der letzten Plenarsitzung im März wurde ausführlich über das Personalvertretungsrecht in Thüringen diskutiert. Die Mehrzahl der Redner führte aus, dass die Mitbestimmungsrechte durch das erst 2011 geänderte neue Personalvertretungsrecht gestärkt wurden. Selbst diejenigen, die meinen, es könne immer noch etwas besser werden, erkennen die Notwendigkeit der im Entwurf der Fraktion DIE LINKE angestrebten Verfassungsänderung nicht. Stattdessen wird zu Recht darauf verwiesen, dass die Verfassung nicht der richtige Ort für die angestrebte Änderung ist. Für ein funktionierendes Personalvertretungsrecht kommt es maßgeblich auf die Zusammenarbeit der handelnden Personen an. Die von Ihnen 2011 verabschiedeten Änderungen bieten eine ausreichende Grundlage für eine gute Zusammenarbeit der Personalräte und der Dienststellen. Die Rahmenbedingungen stimmen, nun müssen sie ausgefüllt werden. Wie das sehr gut funktioniert, durfte ich beispielsweise bei der Zusammenarbeit bei den in meinem Haus durchgeführten Maßnahmen und durchaus auch bei der Polizeistrukturreform erleben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, das Personalvertretungsrecht ist bereits umfänglich diskutiert, weshalb weitere Beratungen zu dem Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung nicht nötig sind. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Innenminister. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde aber der Antrag auf Überweisung sowohl an den Innen- als auch an den Justiz- und Verfassungsausschuss gestellt. Wir stimmen zunächst ab über den Antrag auf Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innenausschuss. Wer diesem Überweisungsantrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Das sind die Stimmen aus den Fraktionen SPD, CDU und FDP. Gibt es Enthaltun-

(Vizepräsidentin Rothe-Beinlich)

gen? Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über den Antrag auf Überweisung des Gesetzentwurfs an den Justiz- und Verfassungsausschuss. Wer dieser folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Das sind die Stimmen aus den Fraktionen SPD, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist auch diese Ausschussüberweisung abgelehnt. Ich schließe die zweite Beratung.

Ich eröffne nunmehr die Aussprache zur dritten Beratung. Gibt es hierfür Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir nun zur Abstimmung. Abgestimmt wird direkt über den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5837 in dritter Beratung und ich frage: Wer stimmt für diesen Gesetzentwurf? Das sind die Stimmen der

Fraktion DIE LINKE. Gibt es Gegenstimmen? Das sind die Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt. Wir kommen nunmehr - nein, wir kommen nicht zur Schlussabstimmung. Das war damit schon die Abstimmung. Der Gesetzentwurf wurde abgelehnt und ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Gemäß einer Verabredung im Ältestenrat wird jetzt kein weiterer Tagesordnungspunkt aufgerufen. Wir beginnen morgen um 9.00 Uhr erneut mit der Sitzung und ich darf diese Sitzung für heute beenden.

Ende: 18.54 Uhr